Volkswille

ORGAN FÜR DAS ARBEITENDE VOLK

MITTEILUNGSBLATT DER FREIEN GEWERKSCHAFTEN UND DER ARBEITER-SPORTVEREINE

Bezugspreis: Durch Boten halbmonatlich 1.20 RM., durch die Post monatlich 2.40 RM., Bestellgeld extra, im voraus zahlbar. Erscheint jeden Werktag vormittags. Preis der Einzelnummer 10 Rpf. Bankkonto: Städtische Sparkasse Gelsenkirchen. Postscheckkonto: 5405 Dortmund. Hauptgeschäftsstelle, Verlag und Schriftleitung: Gelsenkirchen, Ringstraße 33. Fernruf Sammelnummer 25841

Anzeigenpreis im Verbreitungsgebiet 8 Rpf., außerhalb 12 Rpf., für 1 mm Raumhöhe bei 27 mm Breite. Reklamen 1 mm Raumhöhe bei 90 mm Breite 50 Rpf. Kleine Anzeigen 5 Rpf. Inseratenannahme bis 19 Uhr. Bei gerichtlichen Klagen, Zwangsvergleichen und Konkursen erlischt jeder Rabattanspruch. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Gelsenkirchen

Nr. 192 | Gelsenkirchen, Dienstag, den 19. August 1930 | 12. Jahrgang

Wahlschacher mit der Volksnot

Verteuerung der Erbsen um 5 bis 6 Pfennig das Pfund

In diesen Tagen ist im Reichsanzeiger eine Verordnung der Regierung Brüning-Schiele erschienen, die lautet:

„Der Zoll für Erbsen, 11. Zolltarif, wird für Speiseerbsen auf 15 Mark und für Futtererbsen auf 4 Mark für einen Doppelzentner festgesetzt."

Die Verordnung ist unterzeichnet von den Ministern Dietrich und Schiele, sie ist ergangen auf Grund der Ermächtigung vom 15. April ds. Js., die der Reichsregierung gegen den Willen der Sozialdemokratie erteilt worden ist. Die Verordnung bedeutet, daß für

Speiseerbsen der Zoll um 275 Prozent erhöht

wird, während der Zoll für Futtererbsen unverändert bleibt. Sie bedeutet praktisch, daß in dieser Zeit, in der ein großes Heer aus der Arbeit geworfener Menschen, die mit ihren Familien in erster Linie die billigen Hülsenfrüchte essen müssen, weil Fleisch nicht erreichbar ist, die wichtigste und nahrhafteste Hülsenfrucht verteuert wird. Es ist eine Verteuerung der Erbsen um mindestens 5 bis 6 Pfennig das Pfund zu erwarten.

Ein Notstand lag zum Erlaß dieser Verordnung, die die Massen sehr hart trifft, nicht vor. Erbsen werden in der Hauptsache in Mitteldeutschland und in Ostpreußen auf Großgütern erzeugt. Die Erbsenpreise sind günstig, sie liegen bei 150 Prozent des Vorkriegsstandes und stehen zweifellos unter den meisten agrarischen Produkten mit am günstigsten. Es gibt überhaupt keine wirtschaftlichen Gründe für dieses neue Attentat gegen die heutige Notexistenz der arbeitenden Massen. Es gibt nur politische Gründe dafür und diese politischen Gründe sind einfach:

Es fehlte dem Reichslandbund für Mitteldeutschland und für Ostdeutschland noch ein Geschenk, um die Erbsen bauenden Großgrundbesitzer von Hugenberg weg zum Landbund hinüberzuziehen, das war umso dringlicher, als der Landbundkampf gegen den Finnlandvertrag noch nicht endgültig für Schiele entschieden werden konnte. Nach der alten Landbund-Parole: „Speckzoll vor Nationalpolitik" hat man die Verhökerung lebenswichtiger Volksinteressen zugunsten der politischen Machtziele der deutschen Agrarier einen neuen Triumph feiern lassen. Das Zollattentat auf die Erbsensuppe der Massen ist nur das vorläufige letzte Glied aus der Rechnung, die Herr Schiele für seinen Landbund der Interregnum-Regierung Brüning präsentiert. Mit Sicherheit kommt noch der finnländische Butter- und Käsewechsel, dessen Preis festzusetzen, Herr Ritter vom auswärtigen Amt nach Helsingfors gereist ist.

Ungeheuerlich ist die Liste dieser Attentate, die zugunsten des Großagrariertums seit dem Sturz des letzten sozialdemokratisch geführten Kabinetts von der Regierung Brüning-Dietrich-Schiele

gegen die Ernährung des Volkes

geführt worden sind. Die Einfuhr des billigen Gefrierfleisches wurde verboten. Das Versprechen, dafür ausländisches Fleisch verbilligt abzugeben, wurde nicht gehalten. Auf alle Agrarprodukte wurden entweder die Zölle oder Einfuhrscheine erhöht oder neue Einfuhrscheine geschaffen mit der klaren Absicht, die Agrarprodukte zu verteuern. Als die rückgängige Kaufkraft in Deutschland die Käsepreise senkte, wurde die Möglichkeit, wenigstens billigeren Käse essen zu können, durch Massenaufkäufe auf Kosten des Reiches verhindert. Obwohl der Roggenfrage nur durch Einschränkung des Roggenbaues beizukommen ist, versucht man die Volksernährung durch Verteuerung des Weizens zu verschlechtern. Als die Sozialdemokratie, um die Massen wenigstens gegen unberechtigte Uebervorteilung durch die Bäcker zu schützen, den Brotverkauf nach festem Gewicht verlangte, ging man über diese selbstverständliche Verbraucherschutzbestimmung beim Erlaß des neuen Brotgesetzes hinweg. Das arbeitende Volk kann heute sowieso keine Butter essen, denn Butter ist zu teuer. So hat die Regierung Brüning auch noch die Margarine dadurch zu verteuern und zu verschlechtern gesucht, daß man zur Festigung der Regierungsstabilität zugunsten der Fleischer einen Beimischungszwang von deutschen Rindertalg bei der Margarineproduktion durchzuführen versprach.

Diese Liste füllt nur das letzte halbe Jahr und betrifft nur die wichtigsten Dinge, mit denen die Volksernährung verschlechtert werden sollte, hauptsächlich dem agrarischen Interessentenhaufen zuliebe, der in der Reichsregierung entscheidend mitbestimmt.

Aber die Parole

Speckzoll vor National- und Staatspolitik

galt nicht nur für die Agrarier. Sie wurde von den anderen Interessentenhaufen ebenso rücksichtslos verfolgt.

Als die Benzin- und Benzolzölle erhöht wurden, wurde zugunsten der chemischen Groß-Industrie, der Braunkohlenindustrie und der Oel-Trusts die inländische Ausgleichssteuer auf Benzol zu niedrig angesetzt und die Nachverzollung der im Inland lagernden Vorräte überhaupt unterlassen. Das bedeutete ein Geschenk von Dutzenden von Millionen an die Interessenten auf Kosten der Steuerzahler. Bei der Neuregelung der Tabaksteuer hat man die Verpflichtung, die Konsumenten zu schonen, zugunsten der Groß-Konzerne einfach in den Wind geschlagen, die mindestens die Hälfte der neuen Steuerbelastung auf die Verbraucher wieder abwälzen dürften. Als die Bayerische Volkspartei die Annahme des Youngplanes von einer geringeren Biersteuererhöhung abhängig machte, hat man es selbstverständlich unterlassen, gegen

Das eiserne Parlament

19. Verbandstag des Deutschen Metallarbeiterverbandes

Berlin, 18. August. (Eig. Drahtbericht.)

In eine für die Arbeiterklasse ungemein schwere Zeit fällt die diesjährige Verbandstagung des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Nach dem Beschluß der Verbandsversammlung sollte diese wichtige Tagung der größten Gewerkschaft der Welt ursprünglich in Dortmund in der Westfalenhalle stattfinden. Technische Gründe, und zwar die Uebersiedlung des Verbandsvorstandes von Stuttgart nach Berlin, machten die Verlegung des Tagungsortes nach Berlin erforderlich.

Trotz ungünstiger Wirtschaftsverhältnisse konnte der DMV. seit seiner letzten Verbandstagung eine Mitgliederzunahme von 885 000 auf 945 000 buchen.

Auch die Finanzen der Organisation haben eine wesentliche Steigerung erfahren trotz Millionenausgaben für Arbeitslose, Kranke und invalide Mitglieder. Die starke Anteilnahme der Mitglieder an der diesjährigen Tagung geht schon aus den Anträgen hervor, die aus der Mitgliedschaft zur Beratung gestellt worden sind. Eine besondere Gruppe von Anträgen verlangt die Erhöhung der Leistungen, der vor 2 Jahren eingeführten Invaliden-Unterstützung, die sich außerordentlich bewährt hat. Eine andere sehr zahlreiche Antragsgruppe bezieht sich auf die Verkürzung der Arbeitszeit. Sie ist nicht nur zur Entlastung des Arbeitsmarktes, sondern auch deshalb dringend erforderlich, weil in der Metallindustrie an die Leistungsfähigkeit der Arbeiter denkbar größte Ansprüche gestellt werden. Der Verbandstag wird mit starkem Nachdruck eine erhebliche Verkürzung der Arbeitszeit fordern.

Die Tagung findet in dem großen Saale des Kroll-Etablissements am Platze der Republik statt.

Eine Anzahl Delegierter der Metallarbeiter-Internationale nimmt an den Verhandlungen teil. Nach einer Begrüßungsansprache des Verbandsvorsitzenden Reichelt wurde die 19. Verbandstagung eröffnet. Von vornherein — dies erhellen die Ausführungen der Referenten des Verbandsvorstandes — ist festzustellen, daß die ganze Tagung

Im Zeichen des Wahlkampfes

steht. Die Reden der Verbandsvorsitzenden Reichelt und Brandes gipfelten in einem entschiedenen Bekenntnis zur SPD., als der Partei, die mit den Gewerkschaften gemeinsam den Kampf für die Arbeiterbewegung führe. Sehr scharf gingen beide Redner gegen die Gewerkschaftsspalter, die Kommunisten, ins Zeug. **Auch der Sekretär der Metallarbeiter-Internationale verwies auf die bevorstehenden Reichstagswahlen. Die Augen der ganzen Welt seien auf**

Deutschland, besonders auf die deutsche Arbeiterschaft gerichtet. Gelinge es der deutschen Reaktion, die ihr Haupt immer kühner erhebe, erfolgreich aus diesem Wahlkampf hervorzugehen, so werde das zwangsläufig den Sieg der Reaktion auch in den anderen Ländern zur Folge haben.

Reichelt verwies in seinen Ausführungen auf die Verschärfung der Welt-Produktionskrise hin.

10 Millionen Arbeitslose

seien nach den letzten offiziellen Berichten zurzeit in Deutschland, England und Amerika vorhanden. Jeder Tag bringe neue Arbeitermassenentlassungen. Die übertriebene Rationalisierung habe sich als vollkommene Fehlrechnung erwiesen. Die mehreren hundert Millionen Reichsmark, die, zu hohen Zinssätzen im Ausland aufgenommen, zur Durchführung der Rationalisierung investiert wurden, seien verplempert, vergeudet. Die Folge sei Verteuerung der Produktionskosten und des Lebensstandards, Uebererzeugung, Marktkrise, Arbeitermassenentlassungen, Massenverelendung. Auch der Vertreter der Metallarbeiter-Internationale, Konrad Ilg, behandelte die Auswirkungen der internationalen, durch die fortschrittliche Rationalisierungsmaßnahme beschleunigten und verschärften Produktionskrise.

Die Uebersteigerung des Produktionsapparates in allen Ländern, die sich zur verhängnisvollsten Weltwirtschaftskrise, die die Menschheit je erlebt hat, auszuwirken drohe, manifestiert sich als Krise des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Parallel mit der gewaltig gesteigerten Produktion laufe die Verminderung der Kaufkraft der Massen. Dennoch glaubten die Unternehmer in Verkennung der realen Tatsachen, die Produktionskrise mit Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung beheben zu können. Welch wahnsinniger Widerspruch! Nur eine Verkürzung der Arbeitszeit — die Siebenstundenschicht sei das Gebot der Stunde — unter gleichzeitiger Hebung der Kaufkraft der Massen könne die Weltwirtschaftskrise überwinden.

Bringe das Unternehmertum die Einsicht und den Willen zur rationellen Behebung der Krise nicht auf, so seien Sozialkämpfe, wie sie die Welt noch nicht erlebt, unvermeidlich.

Der Montag nachmittag wurde ausgefüllt von den Ausführungen des Verbandsvorsitzenden Brandes zum Geschäftsbericht. Im Zusammenhang behandelte er den Kampf der Metallarbeiter in der Nordwestgruppe gegen die Lohnabbau-Aktion des Unternehmertums. Auch

Brandes forderte die Verbandsmitglieder mit allem Nachdruck auf, am 14. September geschlossen für die SPD. einzutreten. Wer die SPD. bei den Reichstagswahlen nicht unterstützt, übe Verrat an der Arbeiterklasse.

Unabhängige Demokraten wählen sozialdemokratisch

Berlin, 18. Aug. (Eig. Drahtber.) **Die von dem früheren Mitglied der Demokratischen Partei Ludwig Quidde und anderen Linksdemokraten gegründete Vereinigung Unabhängiger Demokraten hat nicht die Absicht, sich an den Wahlen durch eigene Listen zu beteiligen. Wie verlautet, beabsichtigen die Urheber der Neugründung, ihre Anhänger zur Wahl der sozialdemokratischen Liste aufzufordern, weil nur so die Reaktion abgewehrt und die Zersplitterung im republikanischen Lager verhindert werden könne.**

die Abwälzung der Biersteuererhöhung Vorsorge zu treffen.

Alle diese Maßnahmen, die zu Lasten der arbeitenden Massen und der Verbraucher, also derjenigen Schichten in Deutschland, die unter dem gegenwärtigen Wirtschaftsdruck ohnehin am schwersten zu leiden haben, zum Gesetz erhoben oder verordnet wurden, sind aber das Gegenteil von der Politik, die angesichts der erdrückenden Wirtschaftskrise in Deutschland betrieben werden mußte. Den nicht agrarischen Parteien des Bürgerblocks wird es deshalb auch himmelangst um ihre Wähler, die am 14. September entscheiden sollen, und sie inszenieren eine Preisabbau-Kampagne und ein Arbeitsbeschaffungsgesetz, mit dem sie ihre Sünden zu verdecken hoffen. Aber bei einer Regierungs-Koalition, die nur existieren kann, indem sie auf Kosten des Volkes Interessentenwünsche befriedigt, kann nicht die Rede davon sein, im Interesse der Verbrauchermassen die Preise zu senken oder neue Arbeit zu beschaffen. Die Senkung der Preise muß

eine Farce zur Täuschung der Wähler

werden und die Beschaffung neuer Arbeit kann nur eine neue Gelegenheit sein, den Interessenten neue Vorteile zuzuführen. Das Bürgertum ist in der heutigen hochkapitalistischen Organisation der Wirtschaft überhaupt mit seiner Regierungsweisheit am Ende. Das Bürgertum muß als politische Macht im Hochkapitalismus aussterben, weil es in seiner großen Masse nur noch als Angestellter oder Provisionsvertreter der Kartell- und Trust-Herzöge funktioniert. Was die Regierung Brüning gegen das Volkswohl tut, ist nur der Ausdruck dieser Regierungsunfähigkeit des Bürgertums.

Schutz der Verbraucher, Schutz der arbeitenden Massen, Wirtschaftspolitik zugunsten der Verbraucher- und Arbeitermassen sind nur möglich in einem Reichstag und in einer Regierung, in denen die organisierten Arbeiter und Verbraucher bestimmen, was zu geschehen hat. Darum kann nur eine Stärkung der Sozialdemokratischen Partei bei den kommenden Wahlen dem Mißbrauch mit der Volksnot ein Ende setzen.

Wahlkampf mit Biergläsern

Nazis und Hugenbergleute sprengen eine volkskonservative Versammlung

Dresden, 18. August. (Eig. Drahtber.) In Bad Schandau an der Elbe sprengten Deutschnationale und Nationalsozialisten gemeinsam eine Wahlversammlung der volkskonservativen Partei. Als der volkskonservative Redner zum Schlußwort kam, stürzten sich die Rowdys mit Biegläsern auf die Versammlungsbesucher.

Der Wahlaufruf der Großindustrie

Der Reichsverband der Deutschen Industrie veröffentlicht einen Wahlaufruf, in dem er seine Mitglieder auffordert, ihre Unterstützung durch Mitarbeit und Stimmabgabe nur solchen Parteien zuzuwenden, „die auf dem Boden der Verfassung stehen, die unzweideutig für die Erhaltung und Entwicklung der Privatwirtschaft sowie für das Privateigentum eintreten und die alle kollektivistischen Experimente ablehnen". Das ist der Aufruf zu Gunsten einer Politik, die man mit Recht als kalte Privatisierung bezeichnet hat. Das ist der Kampf gegen die öffentlichen Betriebe, Kampf gegen die Gemeinden. Das ist die Politik, die durch Verramschung öffentlicher Werke mit Hilfe der deutschen Großbanken an das ausländische Finanzkapital bezeichnet wird. Wir erinnern nur an den Verkauf der Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen. Auf diese Politik geht die Abschnürung der Gemeinden von den Auslandsgeldmärkten durch die Beratungsstelle zurück. Diese Abschnürung machte die öffentlichen Werke nicht nur für die Verramschung an das Privatkapital reif, sondern zwang auch die Gemeinden, ihre Aufträge zu drosseln. So ist diese Politik nicht zuguterletzt Grund und Ursache für die gegenwärtige fürchterliche Wirtschaftskrise und das ständige Anwachsen des Arbeitslosenheeres. Diese Politik arbeitet auf Abbau der sozialen Fürsorge und auf Abbau der Wohlfahrtseinrichtungen hin, ohne Rücksicht darauf, wo die Hunderttausende, die durch die Wirtschaftskrise um Arbeit und Brot gekommen sind, bleiben. Das steckt hinter der Ablehnung kollektivistischer Experimente und die Erhaltung und Entwicklung der Privatwirtschaft, für die sich der Reichsverband der Deutschen Industrie in seinem Wahlaufruf einsetzt!

In seinem Wahlaufruf erhebt der Reichsverband der Deutschen Industrie den Vorwurf, daß „die Wirkungen der internationalen Wirtschaftskrise auf Deutschland durch Verschleppen notwendiger Reformen verstärkt wurde, anstatt durch einsichtige und tatkräftige Politik gemildert zu werden, daß das Vertrauen weiter Volks- und Wirtschaftskreise zur Staatsführung gefährlich gelähmt ist und die herrschende Wirtschaftsnot und Arbeitslosigkeit im kommenden Winter die schlimmsten Formen annehmen wird". Dieser Vorwurf kann nur dem Kabinett Brüning-Schiele und den Parteien gemacht werden, die dieses Kabinett stützen. Die Sozialdemokratie war die Partei, die mit der neuen Reparationsregelung eine großzügige Finanzreform verknüpft wissen wollte, die zugleich Wirtschaftsreform war und die Wirtschaft anregen konnte. Der Versuch einer solchen Regelung und Milderung der Krise ist an dem Widerstand der bürgerlichen Parteien gescheitert, wie auch die sozialdemokratische Forderung nach einer positiven Konjunkturpolitik und einem großzügigen Arbeitsbeschaffungsprogramm durch Konzentration der öffentlichen Aufträge tauben Ohren begegnete. Wenn der Wirtschaftskrise in Deutschland nicht mehr durch geeignete Mittel begegnet worden ist, dann tragen die bürgerlichen Parteien daran die Schuld. Das Kabinett Brüning-Schiele hat durch seine unsinnigen agrarpolitischen Maßnahmen und durch seine Verteuerungspolitik die Krise wesentlich verschärft. Ihr Versprechen, die Wirtschaft durch Preissenkung anzuregen, ist bisher unerfüllt geblieben und wird leider unerfüllt bleiben. So sehen die Parteien aus, für die der Reichsverband der Deutschen Industrie für die Reichstagswahlen wirbt! Arbeiter werden nicht in die Gefahr kommen, diesen Parteien ihre Stimme zu geben.

Der Lohnstreit im Ruhrbergbau

Das Kündigungsschreiben eingegangen – Keine Begründung der Kündigung

Aus Kreisen des Bergarbeiterverbandes wird mitgeteilt, daß das offizielle Kündigungsschreiben des Zechenverbandes Montag bei den tarifbeteiligten Bergarbeiter-Organisationen eingegangen ist. Bestimmte Forderungen bezüglich der Neuregelung der Löhne enthält das Schreiben nicht, ebenso fehlt jede Begründung der Kündigung. Ein bestimmter Termin für neue Lohnverhandlugen wird nicht mitgeteilt. Am Schluß des Schreibens wird jedoch die Bereitwilligkeit des Zechenverbandes zum Eintreten in Verhandlungen ausgedrückt.

Montag erste Besprechung

Zwischen dem Zechenverband und den vier Bergarbeiter-Organisationen ist man übereingekommen, daß die erste gemeinsame Besprechung zu der vom Zechenverband gekündigten Lohnordnung im Ruhrbergbau am Montag, den 25. August, 2½ Uhr nachmittags, im Gebäude des Zechenverbandes in Essen stattfinden soll.

*

Die Gewerkschaften einig in der Abwehr

Die Bergarbeiterverbände werden bei den Verhandlungen vor allem eine gründliche Selbstkostenprüfung fordern und, wie verlautet, dabei aufzeigen, wo andere Möglichkeiten zur Selbstkostensenkung an die Stelle des geplanten Lohnabbaues treten können. Die Bergarbeiter weisen schon jetzt darauf hin, daß angesichts der Steigerung der Lebenshaltungskosten und der nicht unbegründeten Hoffnung auf eine Wirtschaftsbesserung von ihnen nicht erwartet werden kann, daß sie sich mit der Festlegung des heutigen Zustandes auf längere Zeit oder gar mit einem Lohnabbau einverstanden erklären. Berliner bürgerliche Blätter wollen wissen, daß die Zechenherren eine kurzfristige Verlängerung des Tarifabkommens etwa bis zum Ende des Jahres als erträgliches Kompromiß erachten und befürworten. Auch die christlichen Bergarbeiter protestieren aufs schärfste gegen die Lohnsenkungsversuche der Grubenindustriellen. Auch in allen Versammlungen des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter heben die Referenten hervor, daß eine Tarifverschlechterung angesichts der gegenwärtigen Notlage der Bergarbeiterschaft nicht ruhig hingenommen werden könne. Der Versuch einer Lohnkürzung würde schwere soziale Kämpfe auslösen. In den Bergarbeiterhaushaltungen herrsche Not. Ein Lohnabbau, wie ihn der Zechenverband vor hätte, sei für die Bergarbeiter völlig untragbar. Es gehe auch nicht an, die Folgen der schlechten Wirtschaftskonjunktur zum größten Teil auf die Bergarbeiter abzuwälzen. Der vom Zechenverband propagierte Lohnabbau sei eine falsche Maßnahme, weil er die Massenkaufkraft schwäche und lähme und den Wirtschaftsaufstieg geradezu verhindere, während ein Preisabbau, wie die Ergebnisse der großen Wirtschaftsunternehmungen zeigten, auch ohne Lohnabbau wohl möglich sei.

Diese Stellungnahme der christlichen Bergarbeiter gegen die Lohnsenkungsaktion des Unternehmertums muß dem Kabinett Brüning in die Ohren dröhnen. Denn es hat ja das Unternehmertum in seinen Lohnsenkungsversuchen ermuntert. Was die christlichen Bergarbeiter als Argument gegen die Lohnsenkung ins Treffen führen, ist seit Wochen und Monaten von den freien Gewerkschaften gepredigt worden. Leider stießen sie dabei auch bei dem Reichsarbeitsminister, wie der Oeynhausener Schiedsspruch gezeigt hat, auf taube Ohren.

Kampftagung der Krankenkassen

Konflikt mit dem Reichsarbeitsministerium

Dresden, den 18. 8. (Eig. Drahtb.)

Die 34. Mitgliederversammlung des Hauptverbandes Deutscher Krankenkassen, die zurzeit im Dresdener Ausstellungspalast tagt, ist eine Kampftagung. Es ist auf ihr bereits zu einem Konflikt mit dem Reichsarbeitsministerium gekommen. Die scharfe Kritik an der Reform der Krankenversicherung des Kabinetts Brüning hat der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, Ministerialdirektor Grieser, zum Anlaß genommen, die Tagung zu verlassen. Er hat sein Vorgehen mit folgendem Telegramm an den Vorsitzenden des Hauptverbandes Lehmann begründet:

„Nachdem Herr Lehmann politische Angriffe auf den Reichskanzler und den Reichsarbeitsminister Stegerwald gerichtet hat, bin ich gezwungen, die Tagung zu verlassen, da auf dieser der Rahmen der den Krankenkassenvereinigungen durch Gesetz gezogenen Grenzen überschritten wurde."

Lehmanns Vergehen bestand in der Selbstverständlichkeit, sich gegen die Behauptungen der Zentrumspresse, er sei Anreger und Vater der Notverordnung, mit aller Energie zu wehren. In seiner Abwehr hat Lehmann durchaus sachliche Kritik geübt. Anscheinend war es für Grieser unmöglich, diese Kritik zu widerlegen, so daß er es vorzog, die Tagung zu verlassen. „Die Notverordnung", so führte Lehmann in seinem Geschäftsbericht aus, „ist ein Schritt nach rückwärts, man kann nur hoffen, daß sie eine Episode bleiben wird. Sie verdankt finanzpolitischen Erwägungen ihr Leben. Demgegenüber hat der Dresdener Kongreß die Pflicht, die Lebensnotwendigkeit der Krankenversicherung zu betonen. Es ist falsch, die Steigerung des Aufwandes bei den Krankenkassen als Beweis für Mißbrauch zu betrachten. Was Mißbrauch scheint, sind Kriegs- und Inflationsfolgen, die Drosselung der Krankenversicherung, heißt das niederreißen, was in 15 Jahren mühsam aufgebaut wurde. Der einzige Lichtblick in der Verordnung ist die Neuregelung des kassenärztlichen Dienstes. Die Aerzte haben nun zu zeigen, ob sie bereit sind, wirkliche Uebelstände zu beseitigen.

Die Einführung der Krankenscheingebühr, wurde von Lehmann, den man dafür in der Zentrumspresse verantwortlich zu machen suchte, besonders scharf unter die Lupe genommen. Ihr Urheber, so betonte er, sei der frühere Reichsarbeitsminister Brauns, der dem Zentrum angehöre.

Er, Lehmann müsse es ablehnen, als Anreger und Vater der Reform angesprochen zu werden. Wenn der Reichsarbeitsminister Stegerwald von ihm angeregt sein wolle, dann könne er nur bedauern, daß der Minister nicht so manche wirklich vom Verband gegebene Anregung übernommen habe. Hoffentlich werde der Reichsarbeitsminister bald die Verfügung zur Beseitigung von Härten herausgeben, damit derjenige, der die neuen Gebühren nicht bezahlen könne, nicht auf ärztliche Hilfe verzichten müsse.



Hubert Wilkins, der berühmte Polarforscher, besichtigt mit seinen Angehörigen und mit amerikanischen Marineoffizieren das U-Boot, mit dem er demnächst zum Nordpol fahren will.

Die SPD.-Reichstagsliste für Westfalen-Nord

Am vergangenen Sonntag hat die Generalversammlung der Sozialdemokratischen Partei für den Bezirk Westfalen-Nord getagt und für die Reichstagswahl folgende Genossen bzw. Genossinnen aufgestellt:

Severing-Bielefeld, Schreck-Bielefeld, Janschek-Berlin, Finke-Herford, Dracke-Detmold, Pottlick-Hövel, Detmer-Minden, Lorenz-Stadthagen usw.

Spitzenkandidaturen im Rheinland

Köln, 18. August. (Eig. Drahtber.) **Der Bezirksparteitag der SPD. obere Rheinprovinz bestimmte als Spitzenkandidaten für den Wahlkreis Köln-Aachen die bisherigen Reichstagsabgeordneten Sollmann und Böcker, an dritter Stelle steht Kapperts-Aachen. Für den Wahlkreis Koblenz-Trier wurde als Spitzenkandidat der SPD. der bisherige Reichstagsabgeordnete Kirschmann bestimmt.**

Die Reichsliste der Zentrumspartei

Berlin, 18. August. (Drahtmeldung.) Der Reichsparteivorstand der Deutschen Zentrumspartei beschloß nach längeren Beratungen für den Reichstag die Zusammenstellung der Reichsliste für die bevorstehenden Wahlen. Die Liste wird geführt durch Reichskanzler Dr. Brüning und Prälat Kaas. Es folgen dann an sicheren Stellen als Vertreter der Industrie Geh. Finanzrat a. D. Bürgers-Köln und Florian Klöckner, als Vertreter der Frauen Frl. Peerenboom-Düsseldorf und als Vorsitzender des Reichsjugendausschusses der Zentrumspartei Aug. Winkler-Köln.

Brüning-Kandidaturen auch in Sachsen

Dresden, 18. August. (Drahtmeldung.) Dr. Brüning übernimmt die Spitzenkandidatur für die drei sächsischen Wahlkreise der Zentrumspartei.

Reichsminister Dietrich Spitzenkandidat

Berlin, 19. August. (Eig. Meldung.) Ein außerordentlicher demokratischer Parteitag des Wahlkreises Berlin vollzog am Montag abend die Kandidatenaufstellung zur Reichstagswahl. Nach einer Vereinbarung mit der Volksnationalen Reichsvereinigung sind die drei ersten Plätze auf der gemeinsamen Liste demokratischen Kandidaten vorbehalten. An erste Stelle wurde Reichsfinanzminister Dietrich gesetzt. Reichsminister a. D. Koch-Weser, der ursprünglich als Spitzenkandidat für Berlin genannt wurde, wird jetzt die Reichsliste führen.

Nr. 192. 12. Jahrg.
Zweites Blatt

Volkswille

Gelsenkirchen, Dienstag, den 19. August 1930.

„Soziale Erwägungen" sind unangenehm

Auch der Ruhrsiedlungspräsident soll bemüht werden

Zur

Bebauung zwischen Bismarckstraße und Böhlingshof

schreibt uns der Haus- und Grundbesitzerverein:

Zu dieser Angelegenheit brachte die Ortsgruppe vom 14. August 1930 einen Bericht über die Ausführungen der durch Stadtbaurat Fuchslocher vertretenen Stadtverwaltung über Einsprüche der Anlieger gegen die vorgesehene Bebauungsweise. Nach diesen Aeußerungen von Herrn Stadtbaurat Fuchslocher zu urteilen, befindet sich die Stadtverwaltung durchaus im Recht und die Anlieger ebensosehr im Unrecht. Die Anlieger können mit Rücksicht auf die große Bedeutung, die die Lösung der Bebauungsfrage für sie und ihre Grundstücke hat, nicht auf weitere Entgegnungen verzichten. Sie sehen sich gezwungen, die Sache weiter vor aller Oeffentlichkeit zu verhandeln, um ein anderes Ergebnis als das bisher zu erwartende, herbeizuführen.

In der „Gelsenkirchener Zeitung" bemerkte die Schriftleitung zu Ende ihres Berichtes, daß sie aus sozialen Erwägungen die Einsprüche nicht verstände. **Für die arbeitende und gleichzeitig ärmste Bevölkerung seien der beste Bauplatz und die schönste Gegend immer noch gerade gut genug.** Auf diese Randbemerkung einzugehen, wollen die Anlieger verzichten, obwohl dazu, vor allem mit Rücksicht auf die bevorstehenden Wahlen noch mancherlei gesagt werden könnte. Mit derartigen Ausführungen wird die Sache auf ein ganz verkehrtes Geleise geschoben.

Bei den Einsprüchen der Anlieger handelt es sich nicht darum, sich die ärmere und schwerarbeitende Bevölkerung vom Leibe zu halten und sie in irgendwelche dunkle Stadtteile zu verdrängen. Jeder der Anlieger ist vernünftig und sozial genug, anderen Mitbürgern denselben Platz und dieselbe Sonne zu gönnen, die er sich wünscht.

Es muß daher für sehr unzweckmäßig gehalten werden, wenn versucht wird, gegen die berechtigten Einsprüche der Anlieger mit Hereinschiebung von sozialen Momenten Stimmung zu machen.

Es handelt sich hier überhaupt nicht um eine soziale Frage, um soziale oder asoziale Einstellung der Anlieger, sondern ganz einfach um wirtschaftliche und rechtliche Gesichtspunkte. Es steht zur Debatte,

ob die Stadtverwaltung sich über Versprechen, die sie den Anliegern bei der Errichtung ihrer Häuser gegeben hat, heute hinwegsetzen kann;

ob die Stadtverwaltung, die von den Anliegern bei der Errichtung ihrer Bauten Verwendung besonders teuren Materials und besonders teuerer Ausgestaltung der Fassaden verlangt hat und Beschränkungen hinsichtlich der bebauten Fläche und Höhe auferlegt hat, um einen bestimmten Charakter des Wohnviertels zwischen Bismarckstraße und Hüttenstraße zu sichern, sich heute über damalige Zusicherungen hinwegsetzen kann, nachdem sich die Baukosten um viele Tausend RM verteuert haben;

ob überhaupt ein Bedürfnis an Neubauten mit einem hohen Mietzins von 23 RM pro Zimmer besteht, nachdem in Gelsenkirchen viele Neubauten mit derartigen Zimmerpreisen leerstehende Wohnungen aufweisen;

ob die Stadtverwaltung eine letzten Endes den Steuerzahler belastende Bürgschaft aufnehmen kann, solange die Rentabilität des Neubaues nicht gesichert ist;

ob die Deutsche Heimbau-AG. nicht nur auf dem Papier, wie so oft (siehe Siedlung Löchterheide, Siedlung Heßler, Siedlung Mark usw.), über Eigenkapital verfügt, sondern auch tatsächlich, so daß nicht die Stadt letzten Endes die Kosten des Verfahrens bezahlt;

ob es vom städtebaulichen Standpunkt aus zu verantworten ist, daß in Gelsenkirchen systematisch alle Ansätze zur Schaffung von Villenvierteln nach dreiviertel Ausführung zunichte gemacht werden, während in Buer alles getan wird, um auch in dieser Beziehung ein schöneres Stadtbild zu schaffen.

Vielleicht nimmt die Stadt und die Oeffentlichkeit einmal zu diesen sachlichen Gesichtspunkten Stellung. Aus steuerlichen Gründen ist immer bedauert worden, daß die bessergestellten Kreise nach ihrer Pensionierung von Gelsenkirchen abwanderten in Nachbarstädte mit einem glücklicher gestalteten Stadtbild. Immer ist verlangt worden, auch in Gelsenkirchen Wohnviertel zu schaffen, wie sie der Süden von Essen, Bochum und Dortmund aufweist. Schließlich sollte auch die Stadtverwaltung aus den bisherigen Fehlern in Gelsenkirchens städtebaulicher Entwicklung soviel gelernt haben, daß sie nicht diese einzigartige Gelegenheit versäumt, um mit wenig Kosten durch eine vorbildliche Verbindung der vorhandenen Friedhöfe, Grünanlagen und aufgeschlossener Bauweise ein wirkliches Gartenstadt- und Parkviertel zu schaffen.

Wir sind auch bereit, den

Wortlaut eines Kaufvertrages

über eines der bis jetzt schon bebauten Grundstücke am Böhlinashof zu veröffentlichen, damit die Oeffentlichkeit sieht, welche außerordentlich weitgehenden Bedingungen und Kosten seinerzeit die Stadt beim Erwerb der Grundstücke auferlegt hat. Daß die damals von ihr gemachten Versprechungen nicht gehalten werden sollen, kann auch die Stadtverwaltung nicht bestreiten. Der erste Verstoß war schon die

Errichtung des Aloysianums auf dem Böhlingshof.

Merkwürdig ist, wenn die Stadtverwaltung mit diesem ersten Fehler den zweiten rechtfertigen oder entschuldigen will. Weiter ist zu fragen, aus welchem Grunde der Geländekomplex an die Heimbau-AG. zu einem billigeren Preis veräußert werden soll, als die früheren Anlieger. Es ist zu prüfen, ob hier nicht städtisches Vermögen verschleudert wird. Außerdem ist darauf hinzuweisen, daß die noch in der Nachbarschaft liegenden Grundstücke der Stadtgemeinde bei Durchführung des jetzigen Planes im Wert sinken. Interessant wäre auch, zu erfahren, wer eigentlich das große Interesse an der Durchführung dieses Bauplanes hat. Sicherlich baut die Heimbau-AG. nicht nur ausgerechnet in Gelsenkirchen, um der Stadtverwaltung einen Gefallen zu tun, sondern um bei dem Bau zu verdienen. Sodann besteht immer die Möglichkeit, daß der Zuschuß aus dem Fonds, mit dessen Hilfe die Heimbau-AG. bauen will, der Stadt Gelsenkirchen demnächst auf ihren Hauszinssteueranteil in Anrechnung gebracht wird.

Ohne Zweifel ist es an sich zu begrüßen, wenn Arbeitsgelegenheit für Unternehmer und Arbeiter geschaffen wird. Man darf jedoch nicht Arbeitsgelegenheit um jeden Preis schaffen wollen und so außerordentlich große Kapitalien investieren, ohne die Wirtschaftlichkeit zu prüfen und ohne daß ein dringendes Bedürfnis da ist. Durch eine solche Tätigkeit schafft man sich im Moment eine kleine Entlastung, aber man belastet die Finanzen der Stadt in Zukunft in unverantwortlichster Weise.

*

Es ist weiter nicht verwunderlich, daß nun auch der Haus- und Grundbesitzerverein in der Frage des Bauvorhabens der Heimbau-AG. seine Stimme erhebt. Es ist auch weiter nicht verwunderlich, daß er lediglich die „Gelsenkirchener Zeitung" als das Organ zitiert, das die sozialen Momente der Angelegenheit in den Vordergrund rückt, denn wenn er die viel gründlicheren Ausführungen des „Volkswillen" zu diesem Thema hätte widerlegen sollen, so hätte er das sicherlich nicht gekonnt. Darum griff er zu der bequemsten Methode — der des Totschweigens. Im übrigen mag sich der Haus- und Grundbesitzerverein anstellen, wie er will, die sozialen Momente spielen bei diesem Projekt eine große Rolle, und sie sind nicht so einfach mit einer Handbewegung abzutun, wie das die Interessenvertretung der Hausagrarier gern möchte. Da der Haus- und Grundbesitzerverein so rechtes Beweismaterial nicht zur Hand hat, so versucht er mit einem vielfachen, immer aber zweifelnden „Ob" den Dingen näherzukommen. Aber auch mit dieser Methode wird er wenig Glück haben. Und wenn er schließlich weiter sagt, daß zu der Frage des sozialen Momentes, auf das die Anlieger nicht eingehen wollen,

vor den Wahlen noch viel zu sagen

wäre, so kann er gewiß sein, daß wir ganz gewiß als Sozialisten bei der Stellungnahme zu diesem Einzelfall, aber auch zum Gesamtproblem des Wohnungsbaues in Deutschland gerade vor den Wahlen eine solche Auseinandersetzung begrüßen könnten, denn wir wären in der Lage, nachzuweisen, daß die Hausbesitzer und die mit ihnen sympathisierenden Gruppen in den Parlamenten es immer wieder verstanden haben, die Durchführung eines vernünftigen Wohnungsbauprogramms zu verhindern. Wir können uns eines Lächelns nicht erwehren, wenn wir lesen, daß jetzt für die Herrschaften um den Haus- und Grundbesitzerverein herum die Errichtung des Aloysianums einen Stein des Anstoßes bedeutet. Die Hausagrarier und mit ihnen auch

die Villenbesitzer am Böhlingshof haben doch Vertreter ihrer Interessen im Stadtparlament!

Wenn die Sozialdemokraten aus grundsätzlichen Erwägungen gegen den Bau dieser Anstalt waren, warum sind die Vertreter der Villenbesitzer nicht auf dem Plan erschienen, um die angeblich zu fordernden besonderen Wohnrechte der Villenbesitzer zu verteidigen? — Wir glauben, die Antwort geben zu können: Weil die christlichen Villenbesitzer glaubten, nicht direkt oder indirekt gegen eine Anstalt Sturm laufen zu können, die doch „ein Hort für christliche Erziehung und Gesittung" werden soll.

Wo und wie der Arbeiter wohnt, das ist den Herrschaften vom Haus- und Grundbesitzerverein ebenso gleichgültig, wie den von ihm im Augenblick verteidigten Villenbesitzern. Darüber vermögen keinen Wissenden die Protestphrasen in der vorstehenden Zuschrift hinwegzutäuschen.

Daß die Heimbau-AG. nicht um der schönen Augen der Gelsenkirchener Stadtverwaltung willen das Bauprojekt ausführt, und daß sie dabei auch verdienen wird, ist wohl ohne weiteres klar. Noch klarer ist allerdings, daß die Gelder — wir schrieben schon neulich davon, daß es im ganzen 650 000 RM sein würden — bei mangelndem Entgegenkommen der Stadtverwaltung in eine der Nachbarstädte geflossen wären, daß dort natürlich auch das Bauprojekt durchgeführt und die Arbeitsgelegenheit für Arbeiter und Handwerker dorthin geflossen wären, das aber geniert ja anscheinend die großen Geister vom Haus- und Grundbesitzerverein nicht im geringsten, denn wir sehen, daß in dieser Angelegenheit noch weiter in Protesten gemacht werden soll. Es beweist dies folgende Zuschrift, der wir das heute für die Oeffentlichkeit Wesentliche entnehmen:

Am Samstag, dem 16. August 1930, fand im Lokale Kirchmeier, Ecke Bismarck- und Wanner Straße, eine Protestversammlung der Hausbesitzer und Interessenten statt, um sich weiter über die Gegenmaßnahmen für die Bebauung des Böhlinghofes durch die Siedlung Heimat zu beraten.

Zu der Versammlung, die unter dem Vorsitzenden, H. Regierungsbaumeister a. D. Minder, stattfand, hatten sich, außer dem Vorsitzenden des Haus- und Grundbesitzervereins, 15 Personen eingefunden.

Beschlossen wurde, sich an den Ruhrsiedlungsverband zu wenden, um von dort das Verbot der geschlossenen Bauweise zu erlangen.

Herr Minder, der, wie das Schild an seiner Haustür besagt, gleichzeitig der Vorsitzende der sogenannten Baugilde ist, ist derselbe, der vor einem Jahre, als der Streit um die Unterführung in Schalke Nord losging, bei der öffentlichen Ausschreibung der Zweitbilligste war; und unter allen Umständen die Arbeit haben wollte.

Die Vergebung damals verursachte den Stadtverordneten einiges Kopfzerbrechen, da Herr Minder jeden einzelnen Herrn vom Ausschuß persönlich in der Wohnung aufsuchte und für seine Firma einzunehmen versuchte. Er hat damals in dem von-Haus-zu-Haus-gehen eine solche Uebung bekommen, daß man jetzt, als bei der Gegenmaßnahme für die Bebauung des Böhlinghofes Unterschriften gesammelt werden sollten, keinen Besseren dafür finden konnte, als ihn; und so wurde Herr Minder in der Nachbarschaft herumgeschickt, um den Leuten einen Vortrag zu halten über die kommenden Nachteile und die bösen Nachbarn, die die Bebauung im Gefolge hätte. Verschiedene Geschäftsleute, die ganz in der Nähe der neuen Siedlung wohnen, haben Herrn Minder ihre Unterschriften nicht gegeben, sich aber bereit erklärt, eine Bebauung mit achtstöckigen Häusern, statt der vorgesehenen vierstöckigen Häuser zu befürworten.

*

Das Interessanteste an Vorstehendem ist der Beschluß, den Ruhrsiedlungspräsidenten in der Angelegenheit in Bewegung zu setzen.

Große Kundgebungen der SPD.

Achtung, Parteigenossen und -genossinnen!

Wie bereits mitgeteilt worden ist, veranstaltet die S. P. D. des Unterbezirks Recklinghausen-Gelsenkirchen zwecks Belebung des Reichstagswahlkampfes am Sonntag, dem 24. August 1930,

drei große Kundgebungen.

Sie finden statt in **Recklinghausen,** in **Gelsenkirchen** und in **Gladbeck.** Die Kundgebung in **Recklinghausen** wird **nachmittags 3 Uhr, im Saalbau,** abgehalten, die in **Gelsenkirchen, morgens 10,30 Uhr, im K.-V.-Theater,** und um **3 Uhr nachmittags in der Stadthalle,** die in **Gladbeck, nachmittags 4 Uhr, im Volkshaus.**

An den Kundgebungen nehmen die Ortsgruppen der Partei teil, die um die genannten Orte herumliegen. Die Redner bei den einzelnen Veranstaltungen sind: in **Recklinghausen** die Genossin **Juchacz** (Berlin) und der Genosse **Janschek,** in **Gelsenkirchen** die Genossen **Schreck** (Bielefeld) und **Heilmann** (Berlin), in **Gladbeck** der Genosse **Brandes** (Berlin).

Nach den Reden werden Demonstrationszüge gebildet.

Und nun auf zur Teilnahme! Es gilt zu zeigen, daß die Partei vom starken Siegeswillen beseelt ist, und daß alle Anstrengungen der Gegner, sie unterzukriegen, auf Sand gebaut sind.

Darum, auf in den Kampf, für den Sieg am 14. September!

STADT GELSENKIRCHEN

Achtung! Große Konferenz der Funktionäre der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei!

Nach einem einstimmigen Beschluß des Kartells der freien Gewerkschaften Gelsenkirchen-Buer findet am Mittwoch, dem 20. August 1930, um 19.30 Uhr (abends 7.30 Uhr), in der Stadthalle Gelsenkirchen, Essener Straße, eine

Konferenz sämtlicher Funktionäre der freien Gewerkschaften und der SPD.

statt.

Als Referent ist der Kollege Dr. Berger, Bochum, vom Bergbauindustriearbeiter-Verband gewonnen.

Er spricht über das Thema: „Die Gewerkschaften in der politischen Front."

Für den Stadtteil Buer findet diese Konferenz ebenfalls am Mittwoch, dem 20. August 1930, um 19.30 Uhr (abends 7.30 Uhr), im Lokale Kampmann, Buer, Essener Straße, statt.

Es wird über das gleiche Thema gesprochen wie in der Stadthalle Gelsenkirchen. Der Referent wird noch bekanntgegeben. Das Mitgliedsbuch legitimiert.

Es ist Pflicht aller Funktionäre, an dieser Konferenz teilzunehmen, da es gilt, die wichtigsten Errungenschaften der Arbeiterklasse zu verteidigen.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund,
Ortsausschuß Gelsenkirchen-Buer.
Deutscher Baugewerksbund.
Verband der Bergbauindustriearbeiter.
Verband der Nahrungs- und Genußmittelarbeiter.
Verband der Buchbinder.
Verband der Buchdrucker.
Zentralverband der Dachdecker.
Einheitsverband der Eisenbahner.
Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.
Graphische Hilfsarbeiter.
Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs.
Deutscher Holzarbeiterverband.
Zentralverband der Hotel-, Restaurations- und Cafe-Angestellten.
Deutscher Metallarbeiterverband.
Zentralverband der Maschinisten und Heizer.
Verband der Maler und Anstreicher.
Verband der Sattler und Tapezierer.
Zentralverband der Steinarbeiter.
Verband der Kupferschmiede.
Deutscher Bekleidungsarbeiterverband.
Zentralverband der Zimmerer.
und die der Afa angeschlossenen Verbände.

Weiße Zähne: Chlorodont

Geschäftsfreie Sonntage im Jahre 1930

Der Verein selbständiger Kaufleute schreibt:

Die zukünftigen geschäftsfreien Sonntage des Jahres 1930 sind für das gesamte rheinisch-westfälische Industriegebiet einheitlich festgelegt. Wie uns das Polizeipräsidium dazu mitteilt, sind in diesem Jahre folgende Sonntage geschäftsfrei:

Sonntag, den 5. Oktober,
Sonntag, den 26. Oktober,
Sonntag, den 14. Dezember,
Sonntag, den 21. Dezember.

An diesen Sonntagen können offene Ladengeschäfte in der Zeit von 14 bis 18 Uhr für den Geschäftsverkehr offengehalten werden. Während dieser Zeit ist die Beschäftigung von kaufmännischem Personal gestattet.

Halbe Straßenreinigungsgebühren für unbebaute Grundstücke

Vom Haus- und Grundbesitzerverein Gelsenkirchen, E. V., wird uns geschrieben:

Bei der Beratung der jetzt geltenden Straßenreinigungsgebührenordnung fand eine Bestimmung Aufnahme, wonach die unbebauten Grundstücke nur zur Hälfte der für bebaute Grundstücke geltenden Sätze herangezogen werden können. Diese Besserstellung erfolgte deshalb, weil das Interesse der unbebauten Grundstücke an der Straßenreinigung geringer als das der bebauten ist und weil, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, die unbebauten Grundstücke ohnehin keinen Ertrag bringen, sondern nur Steuerlasten aufzubringen haben.

Die Steuerzettel, die die Städtische Steuerkasse in diesen Tagen zustellen läßt, enthalten bezüglich der unbebauten Grundstücke eine besondere Rubrik für Straßenreinigungsgebühren. Wenn jemand Eigentümer eines unbebauten Grundstückes ist und auf dem Steuerzettel die Vergünstigung nicht in Erscheinung tritt, muß er gegen den Steuerbescheid Einspruch erheben, um die Berichtigung herbeizuführen.

Gefängnis für Nazi-Wagner

Das nationalsozialistische Wochenblatt „Die Neue Front" ist dafür bekannt, daß es sich zur Aufgabe gestellt hat, Andersgesinnte in der gemeinsten Weise zu beschimpfen und zu verleumden. Auch sozialdemokratische Führer sind in diesem Sudelblatt schon oftmals heruntergerissen worden. Da als verantwortliche Redakteure aber stets die nationalsozialistischen Abgeordneten Kaufmann und Wagner zeichneten, war es bisher in den seltensten Fällen möglich, die Verleumder vor Gericht zu bringen. In einzelnen Fällen ist das aber doch gelungen, indem Landtag und Reichstag die Immunität der betreffenden Herren aufhoben.

Der bisherige Reichstagsabgeordnete Josef Wagner in Bochum hatte sich am Dienstag vor dem Erweiterten Schöffengericht in Essen in drei Beleidigungsfällen zu verantworten. Wagner war wegen Beleidigung der jüdischen Religionsgemeinschaft in Essen angeklagt. In einem Artikel in der „Neuen Front" war behauptet worden, im Talmud (jüdische Bibel) ständen Stellen, die Juden Ungeheuerlichkeiten gegen Andersgläubige gestatteten. Im zweiten Falle lag der Anklage ein Artikel gegen den Stadtarzt von Wanne-Eickel zugrunde, indem diesem vorgeworfen wurde, aus Schikane einen Mann ins Irrenhaus gebracht zu haben. Im dritten Falle war in der „Neuen Front" Rechtsanwalt Dr. Levi in Essen angegriffen worden. Es war Dr. Levi zum Vorwurf gemacht worden, daß er in Kommunisten-Prozessen als Verteidiger aufgetreten ist. Die „Neue Front" hatte eine Karikatur Dr. Levis gebracht und ihn als „Verteidiger und Gesinnungsfreund kommunistischer Mörder" bezeichnet. Ausdrücke wie „Mörder", „Mordbrenner" und „viehische Greueltaten" kennzeichneten die Tendenz des Schmähartikels.

Im ersten Falle gelang es Wagner, eine Vertagung der Verhandlung zu erreichen. Der Verteidiger Wagners stellte vor Eintritt in die Verhandlung den Antrag, einen Sachverständigen zu laden. Der Staatsanwalt hielt die Ladung eines solchen für überflüssig, da zweifelsfrei eine Beleidigung der jüdischen Religionsgemeinschaft vorliegt. Das Gericht beschloß jedoch, die Verhandlung auszusetzen und einen Sachverständigen zu laden, da möglicherweise dessen Bekundungen Einfluß auf das Strafmaß haben könnten. Auch im zweiten Falle gelang es dem Angeklagten, eine Vertagung herbeizuführen. Doch dürfte Wagner in beiden Fällen wohl kein Glück haben, und im nächsten Termin die ihm gebührende Strafe erhalten.

Der dritte Fall nahm einen anderen Ausgang. Wagner versuchte sich zunächst der Verantwortung zu entziehen. Er bezeichnete als den Verfasser des Artikels gegen Dr. Levi seinen Parteifreund Terboven in Essen. Wagner rechnete in diesem Falle damit, sich mit Hilfe des Paragraphen 21 des Preßgesetzes aus der Schlinge ziehen zu können, der besagt, daß der verantwortliche Redakteur straffrei ausgeht, wenn er in der erstinstanzlichen Verhandlung den Verfasser des Artikels nachweist. Wagner glaubte, seinen Parteigenossen ruhig preisgeben zu können in der Annahme, daß Terboven wegen inzwischen eingetretener Verjährung nicht mehr zur Verantwortlichkeit herangezogen werden könne und er selber in Kürze wieder durch die Abgeordneten-Immunität geschützt sein werde. Terboven wurde vom Gericht als Zeuge vernommen. Ueber die Verfasserschaft des Artikels befragt, verweigerte er die Aussage. Durch dieses Verhalten schien dem Gericht die Verfasserschaft Terbovens nicht bewiesen. Wagner befand sich also weiter in der Klemme, das sah er ein und beantragte daher Vertagung, um nachweisen zu können, daß er „von dem Artikel vor der Drucklegung keine Kenntnis gehabt" habe. Er will sich nämlich zu jenem Zeitpunkt auf ein Vortragstour in Ostpreußen befunden haben. **Das Gericht lehnte in richtiger Würdigung der Bekundungen des Angeklagten den Vertagungsantrag ab, und verurteilte Wagner, dem Antrage des Staatsanwaltes gemäß, zu einer Gefängnisstrafe von 1 Monat.** Dem Nebenkläger wurde Publikationsbefugnis für den erkennenden Teil des Urteils zugesprochen.

Es dürfte dies nicht der letzte Fall gewesen sein, wo Nazi-Wagner einen gerichtlichen Denkzettel bekommt!

STADTTEIL BUER

Tagung der Westfälischen Kleingärtner

Am 11. und 12. Oktober dieses Jahres findet im Goldberghaus, Stadtteil Buer, der 8. Westfälische Kleingärtnertag statt. Vertreter des Herrn Oberpräsidenten Münster, der Herren Regierungspräsidenten Münster, Minden und Arnsberg, des Herrn Siedlungspräsidenten in Essen, sowie der hiesigen staatlichen und städtischen Behörden werden an der Tagung teilnehmen.

Der 1. Vorsitzende des Reichsverbandes der Kleingartenvereine Deutschlands, Herr Rektor Förster, Frankfurt a. M., wird durch seinen Vortrga die Anwesenden über die Bedeutung des Kleingartenwesens in Verbindung mit der Schreberjugendpflege unterrichten.

Gelegentlich dieser Tagung veranstaltet der Stadtverband der Kleingartenvereine Gelsenkirchen-Buer eine Gartenbauausstellung. Der Herr Oberbürgermeister Zimmermann hat als Förderer der Kleingartenbestrebungen in liebenswürdiger Weise das Protektorat der Ausstellung übernommen.

Die Ausstellung soll alle Besucher der Tagung und der Ausstellung über den Nutzen des Kleingartenbaues im Industriegebiet unterrichten und dahin wirken, daß noch vielmehr als bisher Selbsterzeugung von Nahrungsmitteln durch Kleingartenbau betrieben werden muß, um uns von der Einfuhr von Gemüse freizumachen.

Der Besuch der Ausstellung sei daher allen Bürgern der Stadt auf das wärmste empfohlen.

Unhaltbare Zustände

Es ist ein Jahr her, daß der große neue Siedlungsblock an der Feldhauserstraße im Stadtteil Buer-Scholven bewohnt ist. Es war immer der Stolz der Stadtverwaltung, in Statistiken für Bautätigkeiten mit dieser Siedlung zu prunken. Dieser Stolz verschwindet, wenn man einmal den Straßenzustand der Siedlung kritisch beobachtet. Nach Fertigstellung der Bauarbeiten wurde einfach an den Häuserreihen Lehm aufgeschüttet und die tiefsten Rillen und Löcher der Straßenmitte zugeworfen. Bei Regenwetter sind die Straßen nicht passierbar. Man versinkt bis über die Knöchel im Lehm. Es besteht durch einen Sturz in einem der unzähligen, fast metertiefen Löcher, direkte Lebensgefahr. In der Dunkelheit ist ein Stürzen fast unvermeidlich, da keine Straßenbeleuchtung vorhanden ist. Oft schon haben Passanten der Länge nach in den Pfützen gelegen, die in der letzten Regeperiode eine ansehnliche Tiefe besitzen.

Man muß einmal den Einzug neuer Mieter in dieser Regenzeit gesehen haben. Die Wagen versinken bis an die Achsen im Schlamm. Die Anwohner eilen dann zu Hilfe und mit einem Dutzend Menschenkräfte und letzter Anspannung der Pferdekraft wird das Gefährt aus der Patsche gezogen, ja eigentlich getragen. Es wäre dem örtlichen Tierschutzverein zu empfehlen, einmal anwesend zu sein, wenn ein Umzug oder ein Kohlentransport vonstatten geht. Fast jede Fuhre ist ein Skandal. Ist das Gefährt im Schlamm steckengeblieben, dann muß das Pferd brutale Schläge über sich ergehen lassen. Manchmal kann das Pferd beim besten Willen nichts ausrichten, dann müssen die Kohlen abgeladen werden. Die Schläge waren umsonst. Mit einigen Karren Asche wäre hier schon viel geholfen. Es ist unbedingt an der Zeit, daß der unhaltbare Straßenzustand verschwindet. Immer wieder kann man fragen, wo sind alle die Versprechungen geblieben, die die Stadtverwaltung den Scholvenern während des Eingemeindungskampfes gemacht hat?

Schweres Motorradunglück

Am Sonntag ereignete sich um 1.30 Uhr auf der Gelsenkirchener Straße, in der Nähe der Wirtschaft Arts, ein schwerer Motorradzusammenstoß. Es stießen kurz von der Kreuzung Balkenstraße die Motorradfahrer Wilhelm Lücke aus Gelsenkirchen und Emil Rohmann aus Langendreer, der auf dem Sozius noch die Frau Berta Zielonka aus Buer-Erle mit sich führte, heftig zusammen. Angeblich hatte einer der beiden Fahrer die Absicht, in die Balkenstraße einzubiegen, aber der Betreffende hatte vergessen, ein Zeichen zu geben. Bei dem Zusammenstoß trugen die Fahrer Lücke und Rohmann eine Gehirnerschütterung davon. Beide mußten dem Erler Krankenhaus zugeführt werden. Auch mußte Frau Z. zum Erler Krankenhaus transportiert werden, dort stellte sich heraus, daß die Verletzung nur leichter Art war. Stark beschädigt wurde das Rad des Fahrers R. Die Städt. Unfallwache, die den Transport der Verletzten vornahm, hat für Sicherstellung des Motorrades gesorgt.

Feierschichten ohne Ende. Wiederum mußte die Belegschaft der Schachtanlage Scholven wegen der noch immer anhaltenden Absatzschwierigkeiten am Samstag und Montag feiern.

STADTTEIL HORST

Panik auf der Todesbrücke

Am Samstag ereignete sich auf dem Ueberführungbauwerk der Straßenbahn beim Bahnhofe Horst Nord, weit und breit im Volksmunde unter dem Namen „Todesbrücke" bekannt, ein eigenartiger Verkehrsunfall. Ein in der Richtung Gladbeck fahrender Motorwagen der Linie Gelsenkirchen—Horst—Gladbeck erlitt oben auf der Höhe der Brücke einen Achsenbruch. Der Wageninsassen bemächtigte sich eine Panik, die leicht zu schweren Unfällen, Stürzen aus der Höhe herab, hätte führen könne. Indessen konnten sich sämtliche Personen in Sicherheit bringen. Schwierig und kompliziert war die Arbeit der Streckenabteilung der Vestischen Kleinbahnen, den beschädigten Wagen unter Anwendung der größtmöglichsten Vorsichtsmaßnahmen von der Brücke abzuschleppen.

17 neue Wohnungen für Bergleute

Das Ledigenheim der Zeche Matthias Stinnes in Brauck, das seit einiger Zeit in Umbau genommen war, um dort Familienwohnungen einzubauen, ist jetzt soweit im Bau vorgeschritten, daß mit dem Bezug der Wohnungen in den nächsten Tagen begonnen werden kann. Es handelt sich durchweg um Zwei- und Drei-Zimmer-Wohnungen. Der rechte Flügel des Gebäudes bleibt nach wie vor als Ledigenheim im Betriebe.

Ein notwendiger Strafantrag

Der Reichstag ein „Saftladen".
Die Abgeordneten „Galgenvögel".

Herrn
Oberstaatsanwalt
Bochum.

In einer am Freitag, dem 15. August, in Wattenscheid stattgefundenen Versammlung sagte der nationalsozialistische Stadtverordnete Voß aus Bochum folgendes:

> Der Reichstag, dieser Saftladen, ist jetzt aufgeflogen. Die Galgenvögel, er meinte damit die Reichstagsabgeordneten, fliegen jetzt aus dem hohen Hause aus und fangen im ganzen Lande an zu zwitschern.

Diese Aeußerung in öffentlicher Versammlung ist ohne Zweifel eine Herabsetzung der Volksvertretung und erstatte ich hiermit Anzeige. Als Zeugen benenne ich die politischen Beamten des Polizeipräsidiums Bochum, die in der Versammlung anwesend waren und die Aeußerung auch gehört haben müssen.

Hochachtungsvoll!
gez. Hau.

Katzenausstellung in Essen

In der Zeit vom 4. bis 7. September findet in der Halle 1 des Ausstellungsgeländes die erste Katzenausstellung in Essen statt, die vom Bunde für Katzenzucht und Katzenschutz E. V., Dresden, veranstaltet wird. Auf dieser Ausstellung aller Lang- und Kurzhaarkatzen kommt sowohl die wissenschaftliche Forschung über die Abstammung und Rassezugehörigkeit zum Ausdruck, als auch die praktische Möglichkeit, die Katze durch Erziehung, vernunftgemäße Haltung und eingeschränkte Zuchtwahl zum treuen Haus- und Nutztier zu gestalten. Perser in allen Farben, Deutsch-Langhaar, die sagenumwobene Tempel- und Königskatze Siams und besonders auch die noch gar nicht in ihrer Rassigkeit und Schönheit allgemein gewürdigten Hauskatzen in ihren mannigfaltigen Arten ringen um hohe Preise. Jeder Katzenbesitzer kann ausstellen, wenn er sich bis spätestens 20. August um Anmeldebogen und Ausstellungsbedingungen, erhältlich beim Ortsgruppenvorsitzenden Gustav Wermke, Essen, Witteringstraße 24, bemüht.

Gerichtliches

Schöffengericht Gelsenkirchen.

Josef Pluta noch einmal vor den Schöffen

Vorläufiger Epilog.

Vor einigen Wochen berichteten wir über einen Prozeß, in dessen Verlauf der Angeklagte Pluta zu einer unangenehmen Zuchthausstrafe von acht Jahren verurteilt wurde. Diese Totschlagsaffäre brachte dann auch eine andere Geschichte ins Rollen. Eine der „Freundinnen" der Frau P. war an dem Tage, dessen Abend einen so traurigen Ausgang nahm, von Pluta in einer Wirtschaft geohrfeigt worden, weil er gehört hatte, sie bemühe sich, ihm die Sittenpolizei auf die Fersen zu setzen. Als P. nun nach der Tat verhaftet war, nahm die Freundin, Frau B., die Gelegenheit wahr und erstattete gegen P.. Anzeige wegen Zuhälterei und Körperverletzung. Kurz bevor P. den verhängnisvollen Stich tat, war er auch wieder einmal auf dem Wildenbruch gewesen, und soll da die Zeugin geschlagen haben. Diese Aussage war nicht in vollem Umfange aufrecht zu erhalten und so wurde das Verfahren wegen Körperverletzung, vor allem auch im Hinblick auf die erlittene schwere Zuchthausstrafe, fallengelassen. Mit der Zuhälterei ist es nun ja so, daß es sich sehr schwer ganz einwandfrei nachweisen läßt. Im vorliegenden Falle gelang es, den Nachweis zu führen, daß der Ehemann seiner Frau, die gewerbsmäßig „auf den Strich" geht, Schutz gewährt und sich um ihr beizustehen in ihrer unmittelbaren Nähe bei den abendlichen Gängen aufgehalten hat. Nicht nachzuweisen war, daß der Angeklagte auch geldliche Unterstützung von seiner Ehefrau, von der er zeitweise getrennt lebte, angenommen hat. Von den Zeugen, die zum Teil mit ihrer Aussage recht vorsichtig waren, wurde einwandfrei festgestellt, daß von der Ehefrau P., die sich vor allem im Schutze ihres Mannes allerlei herausgenommen hatte, gesagt worden war: „Wenn ich mein Jüppken nich hier hab, verdien ich auch nichts!" Nach allem, was in der Verhandlung, die unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfand, vorgebracht wurde, war der Angeklagte der Zuhälterei als überführt zu betrachten, und das Gericht erkannte auf eine empfindliche Gefängnisstrafe von einem Jahr, die wahrscheinlich mit der noch zu verbüßenden Strafe zu einer Gesamtstrafe umgewandelt wird. Pluta erklärte, das Urteil nicht annehmen zu wollen. Allem Anschein nach überlegt er sich aber die Sache doch noch anders.

*

Aus Versehen ein Beinchen gestellt?

Ein Vorfall, der leicht schwerere Folgen hätte haben können, ereignete sich am 3. Juni in Bismarck. Dort war auf Veranlassung eines Geistlichen von einem Kriminalkommissar nach längerer Verfolgung von über 20 Minuten ein gefährlicher Betrüger festgenommen worden. Der Beamte befand sich mit dem Gefangenen auf dem Wege zur Wache, als ihm in der Nähe der Kirche ein Mensch in den Weg trat und ihm ein Beinchen stellte. Er stieß den Mann mit einem Stoß zurück, aber diese Aufforderung brachte den anderen gerade in Erregung. Mit beiden Fäusten ging er auf den Kriminalbeamten los, schlug ihm den Hut vom Kopf, so daß dem Ueberraschten nichts anderes übrigblieb, als zum Stocke zu greifen, um sich des Rauflustigen zu erwehren. Es gelang ihm, freizukommen und den Gefangenen abzuliefern. Der junge Mann aber. der den unliebsamen Zwischenfall verschuldet hatte, wurde durch den Vikar, der einen Wachtmeister herbeiholte, sichergestellt. Vor dem Gericht tut der wegen Widerstandes Angeklagte H. H. so, als ob er gar nicht gewußt habe, was er damals angerichtet hat. Zufällig will er auf die Uhr gesehen haben, und im Zurückgehen evtl. ein Beinchen gestellt haben. Als er den Schlag vor die Brust erhielt, will er ärgerlich geworden sein und auf den Gegner losgegangen sein. Da hätte er auf jeden Fall die für den Beamten äußerst schwierige Situation erkennen müssen. Nur seiner Jugendlichkeit und dem Umstand, daß er noch nicht vorbestraft ist, kann er es verdanken, daß er mit einer geringen Geldstrafe von 20 RM davonkommt.

*

SOS, für Stempelbrüder!

Wieviel hundertmal ist schon darauf hingewiesen, vorsichtig mit Unterstützungsämtern und allen mit der Arbeitslosenversicherung zusammenhängenden Dingen zu sein. Immer wieder lassen sich Menschen hiergegen Verstöße zuschulden kommen. Nicht genug, daß äußerste Not die Antriebsfeder ist. Auch Bequemlichkeit und andere Motive geben oft den Anstoß. Besonders in Herne muß die Versuchung, die Stempelkarten zu fälschen, um so in den Besitz unrechtmäßiger Gelder zu gelangen, groß gewesen sein. Und diese Seuche hat sich mehr und mehr verschlimmert, je weniger die Behörde brutal gegen die Frevler vorgegangen ist. Jetzt scheint der Geduldsfaden doch gerissen zu sein, und der Auftakt der Prozesse ist die Verhandlung gegen den 25jährigen H. B., der auf unglaublich plumpe Weise die Stempelkarte seines Freundes N., bei dem er wohnte, gefälscht hatte, weil er vergessen hatte, für N. einmal zum Stempeln zu gehen. Nicht einen Pfennig hat er selbst an dem ganzen Handel verdient, und N., der nichts von der Geschichte ahnte, ist anfangs ohne Grund beschuldigt worden. Obwohl der vorliegende Fall als Einzelfall äußerst milde betrachtet werden könnte, mußte das Gericht, um weiteren Verfehlungen vorzubeugen, doch ein geringes Exempel statuieren, und den schon vorbestraften H. B. in eine Gefängnisstrafe von vier Monaten nehmen. Gegen eine Buße von 30 RM aber soll diese Strafe ausgesetzt werden. Es kann nur immer wieder betont werden, um keinen Preis sich an Dingen, die die Unterstützung betreffen, zu vergehen. Die geringste Absicht kommt teuer zu stehen, wie in diesem Falle, wo die Verurteilung wegen schwerer Urkundenfälschung in Tateinheit mit versuchtem Betruge erfolgte.

ARBEITER-SPORT

Millionen reihen sich ein

Auch das freie Sportlerheer in roter Siegesfront schmiedet den Wahlsieg der Sozialdemokraten.

Das schaffende Volk steht vor einer überaus ernsten Aufgabe, die auch den letzten auf dem Posten sehen muß. Es **gilt am 14.** September einen neuen Reichstag zu wählen, und **mit dieser** Wahl zugleich ein entschiedenes Halt jener Regierung zu gebieten, die sich erdreistet, mit diktatorischen Mitteln elementarste Volks- und Sozialrechte abzubauen. Ein Sturm der Entrüstung muß zugleich jene Parteien dezimieren, **die mit den** demokratischen Rechten des Volkes ein frivoles **Spiel trieben,** und der selbst nach bürgerlichem Urteil reaktionärsten Regierung der Nachkriegszeit freie Hand in der Durchführung ihrer volksfeindlichen Bestrebungen ließen.

In diesem großen Ringen

des schaffenden Volkes gegen die Diktaturgelüste der sozialfeindlichen Reaktion dürfen auch die Sportler und Sportlerinnen nicht abseits stehen. Im Gegenteil, vom Abbau sozialer Volksrechte wird gerade die junge, sporttätige **Generation** am empfindlichsten betroffen — man denke nur **an die** riesige Erwerbslosigkeit der Jungarbeiter — und ist **es vielmehr** ernsteste Aufgabe des gesamten Sportvolkes, in vorderster Front die Wahlschlacht entscheidend zu beeinflussen.

Nur der aufbauende Sozialismus

ist in der Lage, aus Massenelend und volksfeindlicher Verhetzung heraus den Weg ins blühende Sonnenland zu weisen; **deshalb gilt es,** alle Kräfte in den Dienst des Sozialismus **zu stellen,** und beizeiten die rote Siegesfront zu formieren.

Millionen bekennen

sich zum völkerbefreienden Sozialismus; doch immer neue **Streiter gilt es** zu gewinnen, neue glaubensstarke Kämpfer **mit jungstürmendem** Elan für die große Idee zu erfüllen.

Das freie Sportlerheer des Westens

hat mit sprühender Begeisterung erst noch jüngst beim 2. Westdeutschen Arbeiter-Turn- und -Sportfest in Dortmund einen überwältigend großen, herrlichen Sieg errungen. Nunmehr gilt es in gleich edler Hingabe in der gemeinsamen roten Siegesfront

den Millionensieg der Sozialdemokratie

vorzubereiten und durchzuführen. Die freien Sportler und Sportlerinnen kennen den Gleichschritt, die gemeinsame Hingabe für das einige große Ziel, sie fühlen sich verbunden im Gleichklang der Gefühle mit ihren Arbeitsbrüdern und Arbeitsschwestern. Vom günstigen Wahlergebnis hängt außerordentlich viel für die weitere sportliche Tätigkeit ab. Niemand lasse sich da nachsagen, daß ihm der Sport schlechthin lieber ist, als die

Pflichterfüllung an der Gesinnung.

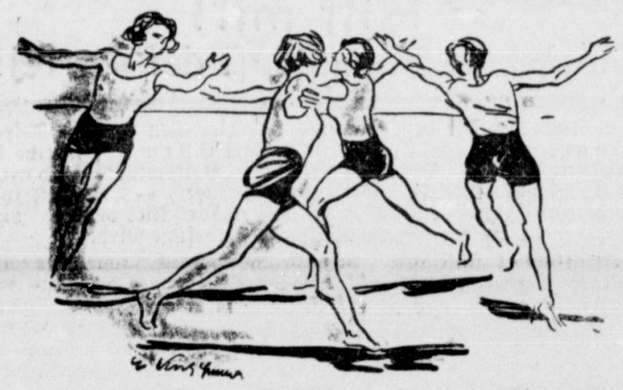
Deshalb, Sportvolk vor die Front! Auf zur Wahlarbeit und reißt mit in jungstürmender Begeisterung, was müde beiseite steht. Es geht um einen edlen, einen überragend herrlichen Sieg, den Sieg des Volkes.

Wahlkämpfe kosten Idealismus, äußerste Hingabe jedes einzelnen und — Geld. Besonders die Partei der schaffenden, die Sozialdemokratie, ist auf die Solidarität der ärmsten Volksschichten angewiesen. Da fließen keine Geldquellen der Kapitalisten oder Subventionen der russischen Regierung. Auf eine eigene opferbereite Hingabe der großen Masse kommt es an. Viel Wenig macht ein Viel. Deshalb auch hier die Mahnung an die freien Sportler:

Schafft Wahl-Munition!

Vier Wochen heißen Kampfes stehen bevor. Darauf stelle man sich auch in Sportlerkreisen ein. Vielseitige sportliche Betätigung tut dem Volke not, aus diesem Grunde lehnen Arbeitersportler ja auch einseitige Sportfexerei und Rekordsucht entschieden ab. Doch jetzt gilt die Umwertung in vielseitige Betätigung zugunsten des gesamten schaffenden Volkes. Niemand sei Sportler allein, sondern reihe sich ein als aktives Glied im großen Befreiungskampfe, vom Joche des Kapitalismus, den die Sozialdemokratie für die gesamte Menschheit führt. Deshalb: Frisch heran, schließet fester die Reihen. . . . :

Schmiedet den Wahlsieg der Sozialdemokratie!



Aus dem Betrieb der Arbeiter-Turn- und -Sportschule

Die Bundesschule des Arbeiter-Turn- und -Sportbundes in Leipzig unterhält neben den ordentlichen Lehrgängen Versuchsklassen, die durchaus nicht aus ausgesuchten Leuten zusammengestellt sind. Zur Teilnahme in den Versuchsklassen werden keine besonderen Bedingungen auferlegt. Das würde dem Sinn der Klassen widersprechen. Die Teilnehmer sind ordentliche Mitglieder aus den Arbeiter-Turn- und -Sportvereinen Leipzigs und seiner Umgebung. Versuchsklassen bestehen für die bedeutendsten Arten der Leibesübungen, wie Turnen, Leichtathletik, Schwimmen, Fußball und Handball und kommen einmal wöchentlich abends in der Bundesschule zusammen. Das Arbeitsgebiet der Versuchsklassen erstreckt sich auf das Erproben praktischer Lehr- und Uebungsmethoden und Systeme. Daneben geht einher die persönliche, körperliche und geistige Schulung und Bildung des Teilnehmers mit dem Ziel, ihn zu befähigen, um als Uebungsleiter oder Uebungsvorbild in seinem Verein tätig zu sein. Nur wer sich verpflichtet, das Gelernte in seinem Verein weiterzuverbreiten durch entsprechende Mitarbeit, kann Mitglied einer Versuchsklasse sein. Entsprechende Kontrollmaßnahmen sind eingeführt.

Der zweite Meisterschaftssonntag im Gelsenkirchener Bezirk

endete mit den gehegten Erwartungen, nur das Spiel Datteln gegen Marl brachte uns eine Ueberraschung. Ein 2:2 war das Ergebnis.

Bei herrlich schönem Wetter wickelten sich die einzelnen Spiele ab. Der Tabellenstand wird wohl keine Aenderung bringen, mit Ausnahme der 3. Gruppe, wo sich jetzt Datteln aufkrabbeln muß, um die Spitze zu halten und in der 4. Gruppe Vorwärts Gelsenkirchen.

Freiheit Gelsenkirchen — Gelsenkirchen-Heßler 1:3 (1:2).

Heßler war der Sieger. Der Unparteiische war reichlich weich. Sofort im Anstoß geht das Leder vor die Bude des **Platzvereins,** doch kann geklärt werden. Eine Drangperiode haben die Platzleute auszustehen. Ein Freistoß bringt den Gästen den ersten Erfolg. Der Platzverein setzt Dampf auf, und der Ausgleich ist erzielt. Das Spiel steht Unentschieden. Die Wogen des Kampfes beginnen aufzulodern. Der Schiedsrichter konnte noch unterbinden, aber Heßler kann kurz vor der Pause in Führung gehen. Nach der Pause wird das Bild noch bewegter. Zum Schluß des Spieles wird der Mittelläufer von Freiheit vom Schiedsrichter des Platzes verwiesen, ebenso mußte 5 Minuten vor Abpfiff wiederum je ein Spieler beider Parteien vom Platz. Ich will hoffen, daß die einzelnen Spieler der beiden Vereine sich dieses zu Herzen nehmen, Volkssport wollen wir treiben. „Dem Volke gilts, wenn wir zu spielen scheinen", dieses soll unser Wahlspruch sein jetzt und immerdar. F. Ch.

Die 2. Mannschaften trennten sich mit 2:0 für Freiheit.

Wanne — Herten 5:1 (4:1).

Auch dieses Meisterschaftsspiel konnte Wanne für sich buchen. Sofort nach Anstoß entstehen brenzlige Momente vor dem Tore des Gastes. Doch kann geklärt werden. Nach 5 Minuten Spieldauer kann Wanne durch den Halblinken in Führung gehen. Doch nicht lange währt die Freude. Herten zieht durch den Mittelstürmer gleich. Der Halblinke der Wanner ist es wiederum, der seinen Verein in Führung gehen läßt. Der Mittelstürmer schießt das dritte Tor und der Halblinke versteht es, dem Torwart das runde Leder zum vierten Male in das Netz zu schießen. Pause. Nach der Pause scheint eine Gleichwertigkeit des Gastes aufzukommen. Doch eine Viertelstunde vor Schluß vermag der Mittelstürmer der Wanner zum fünften Male einzusenden. Das Spiel hinterließ bei den zahlreich erschienenen Zuschauern den besten Eindruck. Der Schiedsrichter leitete gut.

Die 2. Mannschaft der siegesgewohnten Elf der Hertener mußte sich mit 3:0 kantern lassen.

Gladbeck-Zweckel überfährt Herwest-Dorsten mit 5:0 (4:0).

Dieses Meisterschaftsspiel, welches auf dem Platze an der Dorstener Straßen von statten ging und viele Zuschauer hatte, verlief zur vollsten Zufriedenheit beider Parteien. Sofort nach Anstoß gehen die Zweckeler aus sich heraus. Bange Momente entstehen, doch noch immer weiß die Verteidigung zu klären. Dann beginnt der Torreigen. Der Halblinke und auch der Halbrechte konnten je zwei Tore dem Torwart in das Gehäuse setzen. Pause. Nach der Pause scheinen die Herwester überlegen. Zum Schluß bekommt Zweckel noch das fünfte Tor. Der Schiedsrichter leitete gut.

Die 2. Mannschaft der Zweckeler holte einen Sieg von 4:1 heraus. Nur durch einen Glückszufall konnte Herwest-Dorsten das Ehrentor holen.

Buer-Resse zeigt seine gute Spielweise und revanchiert sich voll und ganz für die erlittene Niederlage 6:2 (3:1).

Im Resser Stadion wickelte sich dieses Meisterschaftsspiel vor sehr vielen Zuschauern ab. Nach 5 Minuten Spieldauer kann Resse durch seinen Mittelstürmer in Führung gehen. Wattenscheid kann kurz darauf durch einen Elfer ausgleichen. Der Linksaußen der Resser bekommt einen Platzverweis. Resse setzt jetzt wieder Tempo in das Spiel und der Halblinke weiß eine Vorlage einzusenden. 2:1. Kurz darauf fällt das dritte Tor durch denselben Stürmer. Nach der Pause werden die Wattenscheider überlegen. Dann macht sich Resse frei, es fallen noch drei Tore. Kurz vor Schluß bekommen die Wattenscheider das zweite Tor. Ein Elfer, den sie zugesprochen bekommen, wird verschossen.

Die 2. Mannschaft der Resser mußte eine Niederlage von 3:0 hinnehmen.

Vorwärts Gelsenkirchen bezwingt Buer-Scholven mit 5:0 (2:0)

Sofort nach Anstoß gehen die Vorwärtser aus sich heraus. Der Mittelstürmer kann das erste Tor treten. Kurz darauf ist es der kleine Halblinke, der das zweite Tor holen kann. Scholven versucht aufzuholen, doch rein nichts will ihnen gelingen. Kurz vor der Pause bekommen die Vorwärtser noch einen Elfer zugesprochen, der durch den Halbrechten verwandelt werden konnte. Nach der Pause dasselbe Bild. Hier sind es der Rechtsaußen und auch der Halbrechte, die den Torreigen beschließen.

Die 2. Mannschaft von Vorwärts konnte einen 2:0-Sieg landen.

Freie Turnersch. Recklinghausen — Spielv. Bertlich 3:5 (2:2).

Beide Mannschaften führten ein Spiel vor, welches im Sinne unserer Bewegung liegt. Bis zur Pause wurde ein 2:2 erzielt. Nach der Pause dasselbe Bild. Eine Viertelstunde vor Schluß 3:3. Dann macht sich das Fehlen eines Spielers bei den Recklinghäusern bemerkbar und Bertlich konnte noch zwei Tore setzen.

Die erstmalig aufgestellte 2. Elf der Recklinghäuser mußte sich eine Packung von 6:2 gefallen lassen.

Nur mit 1:0 konnte Schwarz-Weiß Rapen Recklinghausen bezwingen.

Der Sturm der Suderwicher hatte heute einen besonderen Tag. Die erste Halbzeit ein flottes Hin und Her, doch torlos geht es in die Pause. Nach der Pause wurden die Rapener merklich zurückgedrängt. Der Halbrechte der Rapener kommt vor, ein Schuß, und der Torwart mußte um sich greifen. Suderwich will den Ausgleich holen, doch die zahlreiche Verteidigung verhütete Erfolge.

Die 2. Mannschaft der Suderwicher konnte sich gegen die stärkere Elf der Rapener nicht durchsetzen und unterlag mit 3:1.

Röhlinghausen — Grün-Weiß Eickel 3:0 (0:0).

Bis zur Pause führten beide Mannschaften ein schönes und wahrhaft auf hoher Stufe stehendes Spiel. Nach der Pause fielen unsere Grün-Weißen merklich auf. Scharfe Momente entstehen, der Schiedsrichter ist gezwungen, mehrere Spieler des Platzes zu verweisen und bricht kurz vor Schluß das Spiel ab, da die Grün-Weißen nur noch 7 Spieler auf dem Platze haben. Die anderen Spiele fielen wegen Platzschwierigkeiten aus.

Spiel und Sport Datteln konnte gegen Vorwärts Marl nur ein Unentschieden (2:2) erringen.

Der Spielverlauf bringt uns folgendes: Sofort nach Anstoß geht Datteln forsch vor, ein blendendes Zuspiel, 1:0 für Datteln. Weiter geht das flotte Spiel. Marl will den Ausgleich holen, doch Datteln ist es wieder vergönnt, das zweite Tor zu holen. Dieses wird den Marlern zu bunt, ein Vorstoß und das erste Tor wird geholt. Pause. Nach der Pause scheint eine Gleichwertigkeit beider Mannschaften vorhanden zu sein. Kurz vor Schluß können die Marler das Ausgleichtor holen. Der Schiedsrichter leitete gut.

Auch die 2. Mannschaften trennten sich mit einem Unentschieden (1:1).

Wanne West — Freie Turnerschaft Eickel 1:1 (0:0).

Bis zur Pause 0:0. Nach derselben wurden wohl die Wester eine Zeitlang überlegen, doch keiner Partei war es vergönnt, einen Sieg zu holen.

Die 2. Mannschaft der Wester holte einen Sieg von 3:1 heraus, während die 2b-Mannschaften obiger Vereine sich mit 2:2 trennten.

Wanne West (Alte Knaben) — Freie Turnerschaft Eickel (Alte Knaben) 3:3.

Friedlich so wie immer trennten sich die Alten mit 3:3. Beide konnten gefallen. Die vielen Zuschauer kamen zu ihrem Recht.

Von dem Wurfkreis

Freie Turnerschaft Recklinghausen — Gelsenkirchen Neustadt 8:1.

Während der ganzen Spielzeit waren die Turner überlegen.

Turnerinnenspiele.

Spiel und Sport Datteln — Vorwärts Marl 0:3.

Die flotte, behende und flüssigere Spielweise der Marler war hier ausschlaggebend.

Wanne West — Freie Turnerschaft Eickel 1:6.

Zeitweise waren die Mädels der Wester so überlegen, daß sich Eickel nur auf die Verteidigung beschränken mußte.

Nachrichten aus dem Bezirk

13. Handballbezirk.

Berichtigung: Im letzten Volkssport und auch in der Presse wird das Spiel der Turnerinnen der Freien Turnerschaft Eickel gegen Dortmund, welches am 10. August stattfand, mit 4:3 für Dortmund gemeldet. Dieses entspricht nicht den Tatsachen. Die Mädels der Freien Turnerschaft Eickel haben das Spiel gewonnen. Fr. Ch.

13. Turnspartenbezirk.

Erweiterte Turnsparten-Vorstandssitzung am 16. August in Wanne, Lokal Grothof.

Genosse Wohlgemuth eröffnete die Sitzung mit einem „Frei Heil" und folgender Tagesordnung: 1. Kassenbericht, 2. Winterveranstaltungen, 3. Nächster Turnspartentag, 4. Bezirksangelegenheiten. Die Anwesenheitsliste ergab, daß mit Ausnahme des Genossen Strunk, der entschuldigt fehlte, und des Genossen Vollmer, der mit Verspätung eintraf, sämtliche Genossen erschienen waren. Unter Kassenbericht gab der Genosse Brinkmann bekannt, daß die einzelnen Quartalsbeiträge von den Vereinen nicht so eingehen, wie es gewünscht wird. Nach einer Aussprache wurde der Beschluß gefaßt: Vereine, die bis zum 15. September ihre Quartalsbeiträge nicht erledigt haben, bekommen Spiel- und Startverbot.

Unter Bezirksveranstaltungen wurde folgendes beschlossen: Am 16. November findet in Datteln eine Bühnenveranstaltung statt, verbunden mit einem Städtewettkampf im Geräteturnen. Teilnehmer: Gelsenkirchen, Wanne-Eickel und Datteln. Ebenso wurde beschlossen, nach Rücksprache mit dem 12. Bezirk, im Januar in Gelsenkirchen eine Bühnenveranstaltung abzuhalten, verbunden mit einem Städtekampf gegen Bochum. Unter „Allgemeiner Bezirkstag" wurde folgendes beschlossen: In Anbetracht der wirtschaftlich schlechten Lage wird von einer Vereinsvertretertagung abgesehen und findet die Jahrestagung im Januar in Gelsenkirchen statt, zugleich auch die Bühnenveranstaltung, um die einzelnen Vereine nach einem Punkte zu konzentrieren. Unter Bezirksangelegenheiten wurden noch einige interne Sachen behandelt. Das Kindertreffen wurde zurückgestellt bis zum Jahrestag. Um auch in puncto bessere Beteiligung der einzelnen Lehrstunden zu erzielen, wurde folgendes festgemacht: Die Frauen, Männer und Jugendliche machen jetzt immer gemeinschaftlich eine Lehrstunde. Die nächste Lehrstunde findet am 21. September in Wanne-Eickel in der Reimersturnhalle statt, und zwar von 9 bis 12 Uhr. Die nächste Sitzung des Turnspartenvorstandes ist am 19. November, nachmittags 5 Uhr, in Gelsenkirchen im Metallarbeiterheim. Da sonst weiter nichts vorlag, schloß der Genosse Wohlgemuth mit einem kräftigen Frei Heil zum weiteren Blühen und Gedeihen des Arbeiter-Turn- und -Sportbundes die Sitzung.

Fr. Chudziak, provisorischer Schriftführer.

Achtung! 13. Turnspartenbezirk! Achtung!

Quartalsrestanten.

Das Jahr ist bald vorüber und eine Anzahl von Vereinen hat es noch nicht für nötig gefunden, ihre Verpflichtungen dem Bezirkskassierer nachzukommen: Buer 25 (3.

Quartal), Freie Turnerschaft Bottrop (3. Quartal), Freie Sportvereinigung Gelsenkirchen (2. und 3 Quartal), Freie Turnerschaft Gelsenkirchen-Ueckendorf Neustadt (1., 2. und 3. Quartal), A.-T.-V. Gladbeck (2. und 3. Quartal), A.-T.-V. Herten (3. Quartal), Vorwärts Marl (2. und 3. Quartal), Eintracht Recklinghausen (3. Quartal), Freie Turnerschaft Recklinghausen (hier ist der Jahresbeitrag von 1929 noch fällig, ebenso das 1., 2. und Quartal 1930), Röhlinghausen (2. und 3. Quartal), Herwest-Dorsten (1., 2. und 3. Quartal), Freie Turnerschaft Wanne-Eickel (1., 2. und 3. Quartal), A.-T.-V. Wattenscheid (3. Quartal), Tus Gladbeck-Zweckel (1., 2. und 3. Quartal). Auch werden die neuen Vereine daran erinnert, ebenso ihren Verpflichtungen nachzukommen, u. a. die Freie Tennisvereinigung Gelsenkirchen. Die Gelder sind zu richten an den Genossen W. Brinkmann, Gelsenkirchen, Nordstraße 31. Die Handballvereine werden noch auf den Beschluß der letzten Turnspartenvorstandssitzung hingewiesen, bis zum 15. September ihren Verpflichtungen nachzukommen, andernfalls Spielverbot in Kraft treten wird.

Sportfeste sind Werbefeste

Lassen wir die einzelnen Veranstaltungen Revue passieren:

Sportwerbefest in Rapen.

Der Sportverein Schwarz-Weiß Rapen veranstaltet am 24. August in Rapen ein großes Sportfest. Es werden daran sämtliche dem Arbeitersportkartell Oer-Erkenschwick angeschlossenen Vereine mitwirken. Auch die eingeladenen Vereine werden dazu beitragen, das Fest zu verschönern. Das Hauptfußballwettspiel (Meisterschaftsspiel) Rapen gegen Datteln wird ein spannendes Treffen geben. An die Bevölkerung von Rapen und Umgegend die Einladung: Auf, am 24. August zum Sportfest nach Rapen!

Zum 10jährigen Bestehen Tus Gladbeck Zweckel.

Daß der Arbeitersport in Gladbeck-Zweckel marschiert, wollen unsere Zweckeler mit der Veranstaltung zeigen, die am 23. und 24. August vonstatten gehen wird. Die Anlagen des Vereinswirts Kiekenberg sind dafür wie geschaffen. Das Programm ist sehr reichhaltig, u. a. Fußballspiel Gladbeck-Zweckel gegen Bielefeld. Parole Samstag wie Sonntag: Auf, nach Gladbeck-Zweckel!

Das Programm des Arbeitersportkartells Wanne-Eickel zur diesjährigen Rast, verbunden mit 25jähriges Jubiläum der Arbeiter-Radfahrer am 23., 24. und 25. August.

Samstag, den 23. August:

Fußballspiel:

Röhlinghausen Jugend gegen Wanne Jugend. Anstoß 17 Uhr.

Freie Turnerschaft Eickel 3 gegen Wanne West. Anstoß 18 Uhr.

Freie Turnerschaft Eickel 2 gegen Grün-Weiß Eickel 2. Anstoß 18 Uhr.

Sonntag, den 24. August:

Der Morgen ist frei.

Stellplatz und Sammelpunkt ist Augustaschule.

Der Festzug trifft ungefähr um 15.30 Uhr auf dem Festplatz ein. — Geschlossener Aufmarsch in die Kampfbahn. Festrede unseres Kreisvertreters, Genossen Hirschfeld, Köln. Danach folgen die einzelnen Programmnummern.

16.30 bis 16.45 Uhr: Massenreigen der Radfahrer.

16.45 bis 17.30 Uhr: Massenvorführungen der Schüler und Schülerinnen, die Uebungen vom Zweiten Westdeutschen, der Turner und Turnerinnen, Sportler wie auch Sportlerinnen. Fußballer wie auch Handballer an der Schwedenbank. Zum Schluß humoristische Pendelstafette mit Hinderniffen.

5.30 bis 6.15 Uhr: Handballspiel der Turnerinnen Wanne-Eickel gegen Bottrop-Boy.

6.15 Uhr: Handballspiel Eickel gegen Wanne.

7.30 Uhr: Handballspiel Wanne Reserve gegen Gelsenkirchen Neustadt.

Die anderen Faßballspiele finden auf den Nebenplätzen statt, die Samstag bekanntgegeben werden. Während der Spiele finden die leichtathletischen Wettkämpfe statt. Abends im Zelt: Sondervorführungen und Geräteturnen.

Montag, den 25. August:

Fußballspiele:

Röhlinghausen 2 gegen Wanne 2.

Wanne 3 gegen Wanne West 2.

Wanne Schüler gegen Röhlinghausen Schüler.

Einstimmig wurde beschlossen, daß die einzelnen Vereine sich am Festzug zu beteiligen haben. Vor dem Antreten zum Festzug werden die Startnummern für die Leichtathleten und Spielausweise für die Mannschaften ausgegeben, und können nur diese an den Spielen und Kämpfen teilnehmen. Ebenso muß ein jeder Verein einen Ball mitbringen. G. W.

Achtung! An sämtliche Vereine des 13. Organisationsbezirks!

Im Volksfreund, wie auch im Volkwillen vom 13. August war eine Sportnotiz erschienen, daß Rasensport Dorsten 23 ein Spiel gegen einen bürgerlichen Verein ebendaselbst austrug zur Erringung der Stadtmeisterschaft. Mache die Vereine darauf aufmerksam, daß ich mit dieser Notiz nichts zu tun habe. Ich glaube, daß die einzelnen Genossen und auch die Mitgliedschaftsleitungen wissen, wie ich eingestellt bin. Das zur Aufklärung. Friedrich Chudziak, Pressewart.

13. Fußballbezirk.

Recklinghausen-Hillerheide

gibt vorläufig seinen Spielbetrieb auf. Das Jugendspiel Bertlich gegen Gladbeck-Zweckel am 24. August wird aus Zweckmäßigkeitsgründen auf den Platz der Zweckeler verlegt.

Der Bezirksausschuß.

Freie Turnerschaft Recklinghausen.

Mittwoch, den 20. dieses Monats, abends 8 Uhr, findet unsere Monatsversammlung im Volkshaus statt. Alles muß erscheinen. Der Vorstand.

Arbeiter-Rad- und -Kraftfahrer-Bund „Solidarität", Abteilung Gelsenkirchen.

Unsere Auto-Nachttour findet am Sonntag, dem 24. dieses Monats, statt. Es haben sich bis jetzt 78 Teilnehmer gemeldet. Weitere Anmeldungen können nicht mehr berücksichtigt werden. Die Abfahrt erfolgt morgens um 3 Uhr vom Gewerkschaftshaus, Essener Straße, aus. Proviant und viel Humor mitbringen. Pünktliches Erscheinen erwartet

Die Sportleitung.

Tabelle der 2. Klasse.

Stand am 11. August 1930.

Vereine	Spiele	gew.	unentschieden	verlor.	Torzahl	Punkte
Gladbeck-Zweckel	6	4	2	—	16 : 6	10
Rentfort	7	4	1	2	20 : 9	9
Herwest-Dorsten	7	3	1	3	9 : 11	7
Bottrop	7	3	1	3	4 : 10	7
Holsterhausen	6	1	4	1	10 : 9	6
Rasensp. Dorsten	6	2	1	3	11 : 11	5
Buer-Hassel	7	1	—	6	0 : 14	2
Gruppe 2.						
Rapen	6	6	—	—	28 : 4	12
Marl	7	5	—	2	9 : 8	10
Hillerheide	6	3	2	1	15 : 12	8
Essel	7	2	2	3	9 : 9	6
Suderwich	7	1	2	4	6 : 8	4
Haltern 26	6	1	—	5	1 : 10	2
Datteln	7	1	—	6	4 : 19	2
Gruppe 3.						
Wanne West	6	5	1	—	15 : 2	11
Herten	6	2	3	1	13 : 7	7
Wanne	6	3	1	2	18 : 18	7
Röhlinghausen	6	1	3	2	11 : 13	5
Eickel	6	1	2	3	15 : 17	4
Grün-Weiß Eickel	6	1	—	5	3 : 21	2
Gruppe 4.						
Wattenscheid	6	5	1	—	16 : 6	11
F. Sp. Heßler	6	3	1	2	24 : 13	7
Buer-Resse	6	3	—	3	16 : 11	6
Freiheit Gelsenkirchen	6	3	—	3	14 : 14	6
Buer-Scholven	6	2	—	4	7 : 15	4
Vorwärts Gelsenkirchen	6	1	—	5	10 : 16	2

Arbeiter-Schachverein, Bottrop, E. V.

Am Sonntag, dem 24. dieses Monats, nachmittags 3 Uhr, findet im Lokale Jokenhöfer, Gladbecker Straße, ein Freundschaftsspiel gegen Gladbeck statt. Da an 25 bis 30 Brettern gespielt werden soll, ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, zu erscheinen. Am Sonntag, dem 31. dieses Monats, vormittags 10 Uhr, findet im Lokale Oldiges, Horster Straße, zwecks Gründung der „Abteilung Stadtmitte" eine Gründungsversammlung statt. Hierzu sind Freunde und Interessenten herzlichst eingeladen. Da bereits einige Mitglieder vorhanden sind, finden die Spielstunden jeden Donnerstag abend von 7 bis 10 Uhr und jeden Sonntag vormittag von 10 bis 12 Uhr statt.

Arbeiter-Rundfunkhörer!

Lest Eure Zeitschrift:

„Der neue Rundfunk."



Wir Sozialdemokraten lassen uns nicht vom Ausland oder von Kapitalisten subventionieren!

Wir decken unsere Wahlunkosten durch die

Opferwilligkeit jedes einzelnen Sozialisten

Hast du schon dein Scherflein zum Wahlfonds der Partei abgeliefert?

Gib was du kannst!

Viel Wenig macht ein Viel!

Hilf mit!

Stärke die Kampfkraft der Partei!

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Inhalt: Alfred Zingler; für den Anzeigenteil: Karl Chemnitz, beide in Gelsenkirchen. — Druck und Verlag: „Volkswille", Ludwig Leypoldt, GmbH., Gelsenkirchen-Buer. — Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn dies ausdrücklich verlangt und zu diesem Zwecke Rückporto beigefügt wird.

Für unsere Kinder

FLICK FLOCK FLAUM

EINE ZWERGENGESCHICHTE IN BILDERN UND VERSEN



**Flick, Flock, Flaum, die Zwerge,
von dem letzten Berge,
staunten den Verkehrsschutzmann
in der Stadt gewaltig an.**



**„Ob wir's auch vollbringen?
Ja, es wird gelingen",
sagten sie nach kurzem Rat
und versuchten's in der Tat.**



**Alle Leute lachten,
als sie's fertigbrachten,
aber der Verkehrsschutzmann
hatte keine Freude dran.**



**Und er trug Verlangen,
unsre kleinen Rangen
zu belehren. Doch zum Glück
merkten's zeitig Flaum, Flock, Flick.**

Wirtschaft und Gewerkschaft

Gent und die Arbeitslosenfrage

Wer ist schuld an der Weltarbeitslosigkeit? Die Arbeitgeberpresse hat den Schuldigen entdeckt. Und wer ist's? Man höre und staune: Die Internationale Arbeitsorganisation. Das ist kein schlechter Witz. In einem Artikel der „Ruhr und Rhein-Wirtschaftszeitung" (Nr. 30) wird Genf vorgeworfen, es sei nicht in der Lage gewesen, die ungeheure Wirtschaftskrise der Welt und die in ihrer Folge erscheinende phantastische Arbeitslosigkeit zu beseitigen; das sei ein Mißerfolg der Organisation. Kein Wort von einer Schuld der Privatwirtschaft und der durch die kapitalistische Wirtschaftsführung unheilvoll beeinflußten Wirtschaftspolitik, kein Wort über die Schuld einer Rationalisierung ohne jede Rücksicht auf die Absatzmöglichkeit und einer Lohnpolitik, ohne jede Rücksicht auf die Kaufkraft der Massen — nein: die internationale Sozialpolitik ist schuld an der internationalen Arbeitslosigkeit, und deswegen spricht das Unternehmertum von einer „Krise der internationalen Sozialpolitik". Man sollte es nicht für möglich halten.

Hat die Internationale Arbeitsorganisation wirklich versagt? In erster Linie war es bisher ihre Aufgabe, den internationalen Arbeiterschutz zu schaffen und zu fördern. Hier hat sie zweifellos Großes geleistet, sowohl durch die Ratifikationen — es liegen heute mehr als 400 durch 33 Staaten vor — wie auch unabhängig davon, worüber in Kürze eine Erhebung des Internationalen Arbeitsamtes Bescheid geben wird. In Zeiten wirtschaftlicher Krisen tritt auf dem Gebiet der Sozialpolitik naturgemäß stets ein gewisser Stillstand ein. Das bisher Erreichte muß dann gegen den Ansturm der sozialen Reaktionen verteidigt werden. Das war auch die Lage auf der 14. Internationalen Arbeitskonferenz. Die Arbeitslosenfrage war der Grundakkord in allen Reden der Arbeitervertreter. In den Vorschlägen der Arbeitnehmergruppe wurde mehr als einmal auf die verhängnisvolle Wirkung einer nicht nach sozialen, sondern rein technischen Gesichtspunkten orientierten Rationalisierung hingewiesen, mehr als einmal die Unsinnigkeit einer übersteigerten Schutzzollpolitik mit ihren verheerenden wirtschaftlichen Folgen geschildert, mehr als einmal wurden Regierungen und Arbeitgeber beschworen, doch alles zu tun, um in gemeinsamer Arbeit, vor allem in Europa, die Schranken engstirniger wirtschaftlicher und nationalistischer Kirchturmspolitik zu beseitigen, damit auf dem Arbeitsmarkt ein gewisser Ausgleich und Belebung einsetzen.

Die Arbeitnehmer stießen jedoch mit ihrem Appell bei den Arbeitgebern auf taube Ohren. Diese wußten nichts besseres zu tun, als an der Organisation herumzumäkeln und der praktischen Arbeit Steine in den Weg zu rollen. So haben sie durch ihre intransigente Haltung es verschuldet, daß das Uebereinkommen über die Arbeitszeit im Kohlenbergbau scheiterte. Wohl jeder denkende Mensch — mit Ausnahme der Arbeitgeber — ist sich darüber klar, daß die Arbeitszeit- und die Ueberstundenfrage, um die es letzten Endes auch beim Kohlenübereinkommen ging, schon in kürzester Zeit energisch angepackt werden müssen, denn niemand kann mehr ernsthaft bestreiten, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit eines der wichtigsten Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sein wird.

Wenn die Arbeitgeber glauben, die von ihnen entdeckte „Krise der internationalen Sozialpolitik" müsse eine Einschränkung der Arbeiten und des Aufgabenkreises der Internationalen Arbeitsorganisation zur Folge haben, dann sind sie sehr im Irrtum. Gerade die Weltarbeitslosigkeit zwingt erst recht die großen Industrieländer, den internationalen sozialpolitischen Problemen künftig größere Aufmerksamkeit zu schenken. Ohne Lösung der Arbeitslosenfrage kann auch der Arbeiterschutz nicht aufrecht erhalten werden. Das ganze Genfer Werk ist bedroht, wenn der Weltseuche der Arbeitslosigkeit nicht Einhalt geboten wird. Diese Erkenntnis bricht sich jetzt auch bei den Sozialpolitikern Bahn, die bisher der Genfer Arbeit etwas kühl gegenüberstanden. So hat der ehemalige Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, der sozialpolitische Führer des Zentrums, der während seiner Amtszeit kein allzu eifriger Förderer der internationalen Sozialpolitik gewesen ist, vor kurzem einer Rede auf dem Verbandstag der christlichen Bergarbeiter in Aachen mit Recht betont: „Wir haben an der Förderung der internationalen Sozialpolitik das größte Interesse. Sie ist für uns eine Lebensfrage."

Bauwirtschaft 1930

Die vom Reich gegründete Deutsche Bau- und Bodenbank in Berlin hat für das erste Halbjahr 1930 eine Uebersicht über die Entwicklung der deutschen Bauwirtschaft veröffentlicht, in dem sie einen Rückgang der Nachfrage nach allen Arten von Neubauwohnungen feststellt. Der Rückgang betrifft nicht nur sogenannte Luxuswohnungen (d. h. gut ausgestattete, ohne Hauszinssteuerhypotheken finanzierte Mietwohnungen), sondern auch Wohnungen, die mit Hilfe von Hauszinssteuerdarlehen und anderen öffentlichen Mitteln erbaut wurden und deren Miete dadurch verbilligt worden ist. Während noch im letzten Jahr fast alle Arten von Wohnungen schon während des Baues vermietet werden konnten, sind jetzt auch die mit öffentlichen Mitteln verbilligten Wohnungen etwas langsamer abzusetzen.

Die Deutsche Bau- und Bodenbank gibt für den Mietanteil an den Ausgaben verschiedener Haushaltungen in Berliner Neubauwohnungen folgende Uebersicht:

	Einkommensgruppe in Mark	Auf einen Wohnraum kommen Personen	Anteil der Miete in Hauszinssteuerwohnungen am Höchsteinkommen	Anteil der Miete in Wohnungen mit Zusatzhypotheken am Höchsteinkommen
Angestellten-haushaltungen	bis 3000	2,06	28 — 40,4%	24 — 27,2%
	3000 — 3600	1,65	26,7 — 34,1%	22,3 — 27,7%
	3600 — 4300	1,4	23 — 36,6%	19 — 27,6%
	4300 — 5100	1,02	24,2 — 29,9%	24,3 — 27,8%
	5100 — 6100	1,11	23,4 — 29,5%	22,2 — 25,4%
	über 6100	1,28		
Arbeiter-haushaltungen	bis 2500	2,4	33,6 — 45,1%	28,8 — 33,6%
	2500 — 3000	2,6	28 — 40,4%	22 — 27,2%
	3000 — 3600	2,1	26,7 — 34,1%	22,3 — 27,7%
	3600 — 4300	2,2	22,3 — 28,5%	18,7 — 23,2%
	über 4300	1,96		

Die Deutsche Bau- und Bodenbank erinnert an die Feststellung des Hamburgischen Statistischen Landesamtes, wonach 81,3 Prozent der gesamten Wohnungssuchenden nicht mehr in der Lage sind, eine Miete zu zahlen, die im Jahre 600 Mk. übersteigt. Wir pflichten der Deutschen Bau- und Bodenbank zu, wenn sie daraus folgert, daß man dieses Ergebnis auf das ganze Reich übertragen darf.

Die Deutsche Bau- und Bodenbank betont, daß man Mieten von 25 bis 45 Mark im Monat erreichen müßte, um die notwendige Nachfrage nach Wohnungen in den Kreisen der minderbemittelten Bevölkerung wieder herzustellen." Es ergibt sich damit ein groteskes Bild: inmitten der fürchterlichen Wohnungsmisere muß man sich den Kopf zerbrechen, wie man der Tatsache abhelfen kann, daß Wohnungen leerstehen und nicht bezogen werden. Die Deutsche Bau- und Bodenbank schlägt für Verbilligung der Miete eine Abkürzung der Bauzeit, Normung und Typung, Ermäßigung der Zinsen und — eine gerade in letzter Zeit äußerst wichtig gewordene Angelegenheit — Ueberprüfung der amtlichen Gebühren und der Nebenkosten für Neubauvorhaben vor. Nicht zustimmen können wir der Auffassung der Deutschen Bau- und Bodenbank, daß man im Wohnungsbau „in den letzten Jahren unter Einfluß gewisser an sich durchaus begrüßenswerter wohnungsreformerischer Vorstellungen zu aufwendig gewesen sei", d. h. man habe für die breite Masse zu luxuriös gebaut.

Da sich die Regierung Brüning gerade damit beschäftigt, die Preise zu senken, empfehlen wir ihr das Studium der Großhandelspreise für Baustoffe, die in der Veröffentlichung der Deutschen Bau- und Bodenbank mitgeteilt werden. Es kosteten:

Ware	Jahresdurchschnitt 1928	Jahresdurchschnitt 1929	Januar 1930	Mai 1930
Mauersteine (1000) Berlin	34,11	35,77	37,10	36,00
Dachziegel (1000) Berlin	62,00	63,33	64,65	64,65
Kalk, 10 Tonnen Berlin	245,68	249,00	249,00	249,00
Zement, 10 Tonnen				
Berlin	493,25	500,00	493,55	480,00
Breslau	515,00	521,00	517,75	511,00
Leipzig	491,83	495,00	495,00	495,00
München	554,75	560,00	560,00	560,00
Essen	462,38	463,00	463,00	463,00

Von dem Gerede der Baustoffabrikanten, die Krise habe gedrückte Preise gebracht, bleibt wenig übrig. Es ist die höchste Zeit, daß mal etwas Energisches gegen den Baustoffwucher getan wird.

Unfallverhütung durch das Bild

Vor Jahrzehnten erschöpfte sich der Begriff „Unfallverhütung" in technischem Maschinenschutz. In mühsamen Kämpfen wurde durch die ständige Arbeit der Berufsgenossenschaften, denen gesetzlich nicht nur die Heilung und Entschädigung der Unfallverletzten obliegt, sondern auch die Sorge für Unfallverhütung, erreicht, daß allmählich alle gefährlichen Maschinen schon bei der Fabrikation beginnend so geschützt werden, daß nach menschlichem Ermessen kaum noch Unfälle durch Maschinen erfolgen können.

Der Schutz der Maschinen hat aber selbstverständlich Grenzen. Alle sich bewegenden und drehenden Teile können nicht abgedeckt werden, denn sonst könnte man mit den Maschinen nicht mehr arbeiten. Es gehört auch Anpassung und Mitarbeit des an der Maschine arbeitenden Menschen dazu, daß Unfälle verhütet werden!

Vergleicht man die Zahlen der Unfälle, die nicht an Maschinen, sondern beim Transport sich ereignen, die durch Fall von Personen von Treppen, Leitern und dergleichen oder die auf dem Wege von und zur Arbeit geschehen sind, so ergeben sich: Beim Transport 1428, durch Fall 657, auf dem Wege von und zur Arbeit 542 Todesfälle! Sie übertreffen also sämtlich bei weitem die Todesfälle an Arbeitsmaschinen, die 1928 nur die Zahl von 209 erreichten.

Diese Erkenntnisse führten dazu, psychologische Unfallverhütung zu betreiben, die sich an den arbeitenden Menschen selbst wendet, die seiner an sich menschlich verständlichen Abstumpfung und Gewöhnung an die Gefahr durch das alltägliche Einerlei des Arbeitsvorganges entgegenarbeitet.

Dieses Ziel wird erreicht, wenn immer wieder durch eindringliche, blickfangende Plakate an den besonders belebten Stellen der Fabriken und Betriebe Hinweise auf Unfallgefahren und die Folgen von Unfällen zu sehen sind. Die Unfallverhütungsvorschriften hängen zwar bestimmungsgemäß in jedem Betriebe aus. Aber besser als eine in Paragraphen gefaßte Vorschrift, bei der Arbeit Schutzbrillen zu tragen, wird es wohl beispielsweise in einem die Augen gefährdenden Betriebe wirken, wenn da ein Bild an der Wand hängt, das einen Einäugigen, eine Schutzbrille und ein Glasauge zeigt mit der großen Unterschrift: „Was trägst du lieber? Glasauge oder Schutzbrille?"

Für beinahe jedes Fachgebiet gibt es spezielle Unfallverhütungsbilder, außerdem eine große Anzahl allgemeingültiger in jedem Betriebe verwertbaren Warnungsplakate. Die Berufsgenossenschaften verteilen nach Möglichkeit an alle ihren angeschlossenen Betriebe diese Unfallverhütungsbilder. Aber auch der einzelne Arbeitgeber sollte unmittelbar bei der gemeinnützigen Unfallverhütungsbild G. m. b. H. beim Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften, Berlin W. 9, Köthenerstraße 37, die für seinen Betrieb besonders in Betracht kommenden Bilder anfordern. Eine Zusammenstellung der verkleinerten Abbildungen der Unfallverhütungsbilder ist zum Selbstkostenpreis von dort zu beziehen.

Wichtig ist freilich, daß auch die Bilder, die auf Wunsch in Wechselrahmen lieferbar sind, in bestimmten Zeitabständen gegen neue ausgetauscht werden, um immer wieder das Interesse neu zu wecken und neu zu beleben.

Frankfurt behält seine Kohlenfelder

Unser Frankfurter Mitarbeiter meldet: „Bekanntlich hat die Stadt Frankfurt a. Main vor einigen Jahren in der Nähe von Rossenray im Rheinland Kohlenfelder erworben in der Absicht, sie im Interesse der Frankfurter Gasproduktion auszubeuten. Diese Ausbeute sollte auch der von Frankfurt geplanten Gasfernversorgung dienen. Zu diesem Zweck wurde unter Führung der Frankfurter Gasgesellschaft die Südwestdeutsche Gas-A.-G. (Südwega) gegründet, der sich eine ganze Reihe süddeutscher Städte, u. a. Offenbach, Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe und Stuttgart anschlossen. Dieser Plan wurde durchkreuzt durch den Vertrag, den die hessische Kommunal-Gasversorgung (Hekoga) mit der Ruhrgas-A.-G. über die Belieferung Hessens mit Ferngas von der Ruhr her abschloß. Vor einigen Monaten hat nun die Ruhrgas-A.-G. der Frankfurter Gasgesellschaft ein Kaufgebot für die rheinischen Kohlenfelder gemacht, dabei aber einen Preis genannt, der so tief unter dem Kaufpreis lag, daß dieses Angebot in Frankfurt von vornherein nur als ein Tastversuch angesehen wurde. Im Laufe dieser Woche wird die Frankfurter Gasgesellschaft nun endgültig zu diesem Angebot Stellung nehmen. Wie wir hören, wird der Aufsichtsrat ablehnen, mit der Ruhrgas-A.-G. wegen Abstoßung der rheinischen Kohlenfelder in Verhandlungen einzutreten. Frankfurt also wird seine Kohlenfelder weiter behalten, und zwar schon mit Rücksicht darauf, daß die Frage der Gasversorgung Frankfurts noch vollständig ungeklärt ist. Es besteht hier keine Neigung, sich dem Lande Hessen anzuschließen und Ferngas von der Ruhr zu beziehen."

9,5 Millionen Mark Defizit der Stadt Köln

in 1. Steuervierteljahr 1930/31.

Im ersten Vierteljahr des laufenden Steuerjahres überstiegen in der Stadt Köln die Ausgaben die Einnahmen um ca. 9,5 Millionen Mark.

Auf zwei Posten ist dieses schlimme Ergebnis zurückzuführen: Die Einnahmen an Steuern blieben um ca. 3 Millionen Mark hinter dem Voranschlag zurück. Auf der Ausgabenseite aber sind besonders beim Wohlfahrtsetat die Anforderungen weit über den Voranschlag gestiegen.

*

Aehnliche Feststellungen werden ziemlich in allen Kommunen gemacht werden. Und die Löcher lassen sich auch nicht stopfen mit den Steuermitteln, die in der Steuernotverordnung den Gemeinden beschert werden (Biersteuer, Getränkesteuer und Bürgerabgabe). Nicht nur muß also gegen die Steuerpolitik des Brüningblocks geltend gemacht werden, daß sie in höchstem Maße unsozial ist; es muß auch betont werden, daß die Regierung sich in einem Riesenirrtum befindet, wenn sie glaubt, die von ihr den Gemeinden neu erschlossenen Steuerquellen reichten aus, um die Gemeinden instandzusetzen für ihre Aufgabenerfüllung.

Millionenverluste bei der Leipziger Stadtbank

Nach Meldungen aus Leipzig soll eine Berliner Treuhandgesellschaft, die das Kreditgeschäft der Leipziger Stadtbank zu prüfen hatte, zu dem Ergebnis gekommen sein, daß 15 Mill. Mark Kredite als verloren anzusehen sind.

Nach anderer Meldung besteht Aussicht, daß ein Teil der Kredite wieder einkommt.

Es handelt sich hauptsächlich um Kredite, die gegeben wurden, um vor dem Zusammenbruch stehende Unternehmen wieder flott zu machen.

Die Reichsbahnschatzanweisungen überzeichnet

Nach den nunmehr vorliegenden Ergebnissen der Zeichnung auf die 6prozentige Reichsbahnschatzanweisung ist der aufgelegte Betrag von 75 000 000 Mark wesentlich überzeichnet worden. Die Gesamtsumme der Zeichnungen beträgt etwa 110 Millionen Mark. Es muß deshalb eine Kürzung der gezeichneten Beträge stattfinden. Die Zuteilung an die Zeichnungsstellen erfolgt sofort durch die Leitung des Konsortiums. Die Bezahlung der zugeteilten Beträge durch die Zeichner hat nach den Zeichnungsbedingungen bekanntlich in der Zeit vom 18. bis 21. August zu erfolgen.

Dividenden

Das RWE. wird für das am 30. Juni abgelaufene Geschäftsjahr wahrscheinlich wieder 10 Prozent Dividende verteilen. Durch Ausdehnung des Absatzgebiets konnte das RWE. trotz der starken Krise seinen Stromabsatz erhöhen.

*

Beim Klöckner-Konzern wird mit einem Dividenden-Rückgang für das am 30. Juni abgeschlossene Geschäftsjahr gerechnet. Im vorigen Jahr war die Dividende von 6 auf 7 Prozent erhöht worden.

*

Die Schroederbank in Bremen, hinter der ein weitverzweigter Werft- und Maschinenkonzern steht, schüttet für das im Juni abgelaufene Geschäftsjahr wieder eine Dividende von 12 Prozent aus. Bei den Einnahmen aus Zinsen und Gebühren liegt ein Rückgang von fast 3 Millionen auf 5,8 Millionen Mark vor. Die Steuern haben sich mit 800 000 Mark halbiert. Dagegen sind die Unkosten von 1,9 auf 2,3 Millionen Mark gestiegen. Bei Berücksichtigung der Abschreibungen, über deren Natur und Ausmaß sich nichts sagen läßt, ergibt sich ein Reingewinn von 2,2 Millionen Mark gegenüber 4,8 Millionen Mark im Vorjahre.

Der Schiedsspruch für die mitteldeutsche Metallindustrie, der am 6. August gefällt und von den Arbeitnehmern abgelehnt wurde, ist von den Arbeitgebern angenommen worden. Sie haben beim Reichsarbeitsminister Verbindlichkeitserklärung beantragt.

Der Kongreß der Internationale des Post-, Telegraphen- und Telephonpersonals

wurde am Dienstag in Kopenhagen vom Sekretär Maier-Wien eröffnet. Aus 18 verschiedenen Ländern sind 27 Organisationen mit 524 000 Mitgliedern durch 58 stimmberechtigte Delegierte vertreten. Zum Vorsitzenden des Kongresses wurde Bowen-London gewählt, obwohl die Engländer wegen des sogenannten Zuchthaus-Gesetzes nicht aktive Mitglieder der Internationale sind.

Unterhaltung und Wissen

Ein Kaiserleben, aber arm und nutzlos

Der gekrönte Korporal

Zu Franz Josephs hundertstem Geburtstag am 18. August

Von Hermann Wendel

Als im Jahre 1910 der frühere Präsident der Vereinigten Staaten, Roosevelt, Franz Joseph in Wien besuchte, wurde er von dem Kaiser mit den Worten begrüßt: „Sie sehen in mir den letzten europäischen Monarchen der alten Schule." So war es in der Tat: der Großvater dessen, der mit seiner auswärtigen Politik im zwanzigsten Jahrhunder: zum Schicksal für die Völker des Erdteils wurde, hatte noch die Kaiserkrone des heiligen römischen Reiches getragen, und von der Vorstellungswelt dieses seines Großpapas unterschied sich die seine kaum. Franz Joseph der „letzte europäische Monarch der alten Schule" — das hieß: Franz Joseph, obwohl am 18. August 1830 geboren, wurzelte im achtzehnten Jahrhundert. Das war nicht nur seine persönliche Tragik.

Denn daß er bewußt und starrsinnig den Entwicklungstendenzen seines, des neunzehnten Jahrhunderts den Rücken kehrte, machte diesen gleichmütigen Altösterreicher mit der ewigen Virginia zwischen den Lippen und dem kühlen Pilsner als Lieblingstrunk zu einer unheilvolleren Erscheinung, als wenn er grausam, blutdürstig, ausschweifend, Nero plus Caligula, gewesen wäre.

Zum Tyrannen großen Stils fehlte ihm schon das Format; er war recht eigentlich eine subalterne Natur; nicht Blutdunst, Kanzleigeruch umwitterte ihn.

Schwunglos, ohne Phantasie, ohne Drang, Höhen zu erklimmen und in Tiefen zu spähen, blieb er all seine Tage der nüchterne Banause, dem Kunst und Dichtung verschlossene Gärten waren und der kaum je ein Buch zur Hand nahm; seine einzige Leidenschaft war die Jagd. Von seiner ehrgeizigen Mutter war er von früh auf zum Herrscher erzogen worden, aber er brachte für diesen schweren Beruf das denkbar leichteste Gepäck mit; gerade mit ein paar dürftigen Grundbegriffen von Ordnung, Zucht und Gehorsamspflicht der Untertanen trat er an die Spitze eines der größten Staaten Europas, mit achtzehn Jahren schon so unheimlich fertig, daß er Neues nicht mehr hinzuzulernen vermochte.

Der erste Habsburger, der unter einem fast preußischen Militärdrill aufgewachsen war, fühlte Franz Joseph sich als stets Obersten Kriegsherrn, obwohl er im Tiefsten seines Wesens nichts Soldatisches an sich hatte und der strategischen Talente erst recht entbehrte: ob er, wie 1859, höchstpersönlich kommandierte oder, wie 1866 und 1914, für die Zusammensetzung der Heeresleitung verantwortlich war, allemal ging es schief.

Aber er zeigte sich auch deshalb jederzeit im Waffenrock, weil an der Schwelle seiner Regierungszeit die Armee die Revolution gebändigt und „Ordnung" gemacht hatte.

Seitdem beharrte er bei dem Wahn, daß die Bajonette das wesentlichste und wirksamste Mittel seien, Ruhe und Sicherheit auch im Innern zu erhalten, und sein Idealstaat war, ein Korporalstraum, nach dem Muster einer Armee gebildet: keine Politik, kein „Räsonnieren", stummer Gehorsam, Vorgesetzte und Untergebene und ganz an der Spitze, unumschränkt gebietend, ER. Hinter der Stirn dieses Staatsoberhauptes war kein Platz für den Begriff Staatsbürger.

Aber auf Armee und Absolutismus schwor Franz Joseph auch deshalb, weil nur sie ihm den Zusammenhalt „seines" Reiches zu verbürgen schienen, und das Reich zusammenzuhalten, war der einzige Leitgedanke all seiner Handlungen. Freilich nicht im Interesse der Völker des Reichs, von denen er wenig wußte und die ihn gar nicht interessierten. Vielmehr kreiste all sein Tun und Lassen um den habsburgischen Hausmachtgedanken.

Die Donaumonarchie hatte er wie ein Rittergut von seinen Vorfahren geerbt; seine Pflicht war es, diesen Familienbesitz seinem Nachfolger ungemindert zu hinterlassen.

Wirtschaftliche Entwicklung, soziale Frage, Aufstieg neuer Klassen, Emporstreben niedergehaltener Nationen — all das stand nicht in dem dünnen Wörterbuch Franz Josephs. Ihn bewegte nur eins: Hausmacht und Familienbesitz. Um dieses mitteralterlichen Spuks willen, leistete er allen vorandrängenden Kräften der Zeit zäh und eigenwillig Widerstand.

Nur wenn es gar nicht anders ging, wich er zurück, wie 1860, als er in eine Verfassung willigte, wie 1867, als er sich mit der Zweiteilung des Reichs in eine österreichische, eine ungarische Hälfte abfand, wie 1906, als er dem allgemeinen Wahlrecht für den Wiener Reichsrat zustimmte, aber auch „der Genosse Franz Joseph", wie ihn damals schaler Spott der Reaktionäre hieß, blieb im Herzen der sture Selbstherrscher des achtzehnten Jahrhunderts, der zum Schwert griff, um sein Familienerbgut zu erhalten. Derart verlor er, weil er die geschichtliche Entwicklung gegen sich hatte, 1859 die Schlacht so gut wie 1866, aber zwei Menschenalter später war er noch immer nicht gewitzt genug, zu sehen, daß die Freiheits- und Einheitsbewegung der Südslaven so wenig zu hemmen war wie die der Italiener und Deutschen, und daß der Nationalgedanke den Vorrang behauptete vor dem dynastischen Prinzip. Er sah vom ganzen südslawischen Problem nur die Bedrohung der habsburgischen Hausmacht und unterzeichnete, ihr zu begegnen, am 27. Juli 1914 die Kriegserklärung an Serbien, die zum Fidibus des Weltbrandes und zum Todesurteil seiner Dynastie und Monarchie wurde.

Den vollen Zusammenbruch des Reichs erlebte er nicht mehr, aber Schatten der Vorahnung fielen im November 1916 über sein Sterbelager. Und schauerliches Sinnbild: am Anfang und am Ende seiner Regierungszeit standen die Galgen.

Als er die Herrschaft antrat, begann es mit dem gnadenlosen Hängen der magyarischen und italienischen „Hochverräter", und als sein Tag zur Rüste ging, wurden slawische und italienische „Hochverräter" in Massen gehängt. Franz Joseph erreichte ein Alter von sechsundachtzig Jahren. Ein langes Leben, ein Leben auf den eingebildeten Höhen der Menschheit, ein Kaiserleben, und doch: welch kaltes, welch armes, welch nutzloses Leben!

Diotimas Umgang mit Männchen

Von Hans Bauer

Vor zwei Jahren ging ein Stern am Buchhimmel auf, der hieß Van de Velde. Van de Velde verlieh der Meinung Ausdruck, daß es der tranig gewordenen Ehe nottue, mal ein bißchen mit Erotik aufgepulvert zu werden, und er gab aus seinem reichen Erfahrungsschatz als Frauenarzt einige praktische Anweisungen. Zunächst überraschte die Präzision und Umschweifslosigkeit des Themas. „Die vollkommene Ehe" wurde gut gekauft. Als sich dann aber herumsprach, daß das Kapitel über die Technik der Liebesbetätigung doch nur einen kleinen Teil des im übrigen fürchterlich wissenschaftlich aufgezogenen Buches ausmache und noch dazu in einem lästerlich medizinisch-fachlichen und mit komplizierten Fremdworten gesättigten Tones gehalten sei, schlief das Interesse allmählich wieder ein.

*

Es ist in deutschen Landen eine Dame aufgetaucht, die das beliebte Thema weiter spinnt und bei aller Gradheit des Kurses, den sie einschlägt und allem totalen Verzicht auf Beschönigungen und Umschreibungen, doch eine ungleich elegantere und gefälligere Sprache als der holländische Frauenarzt spricht. Die Dame nennt sich Diotima und ihr Buch heißt „Schule der Liebe." Es wäre kein Wort darüber zu verlieren, wenn es sich einfach um eine pornographische Angelegenheit handelte. Kein gutes Wort und kein böses. Pornographie steht jenseits der belletristischen Würdigung. Sie ist überhaupt nicht Literatur, sondern gehört, wie Schweizerkäse oder Matjeshering, in die Kategorie der leiblichen Genußmittel. Aber es handelt sich auch nicht um eine Borngräberei: um parfümierten Mist und Unterhöschenseligkeit. Die „Schule der Liebe" tritt mit hohen Ansprüchen an die Oeffentlichkeit. Platon und Nietzsche, heißt es in dem Prospekt, hätten bei ihrer Geburt Pate gestanden und entscheidend ist, daß nicht irgendein Winkelverleger sie herausgebracht hat, sondern immerhin Eugen Diederichs in Jena, der nicht gerade der erste beste ist. Sein Weg hat in den letzten Jahren ideologisch oft weit nach rechts geführt und beispielsweise die von ihm herausgebrachte und auf viele Dutzende Bände berechnete Buchreihe „Deutsche Volkheit" wendet sich energisch gegen die „öde Mechanisierung des Lebens", den „traditionslosen Amerikanismus" und appelliert an das „Blutwissen" und die „Besinnung auf das Selbst": also überaus seriöse und im Bereich der christlichen Kultur liegende Dinge. Ja, aber nun Diotima! Diotima hat andere Sorgen als das Blutwissen. Sie findet heraus, daß der „Liebesknecht" und die „Liebesmuschel", wie sie sich poetisch ausdrückt in ihrem Verhalten zueinander vielfacher Belehrung bedürfen und sagt es bei aller Graziösheit überaus deutlich, wie hier die schlechtere Methode durch die bessere zu ersetzen sei. Auch von der heimischen Verführungskultur hält die reichlich verwöhnte Diotima nicht allzuviel und es ist ihr Bestreben, reformierend einzugreifen und der Männerwelt mit wohlgemeinten Hinweisen behilflich zu sein. Eine Frage freilich erhebt sich. Stimmt es eigentlich immer, was Diotima sagt? Es ist doch eine Kleinigkeit zweifelhaft, daß über den diskretesten und am meisten dem persönlichen Geschmack unterworfenen Bezirk des erotischen Lebens sich allgemeine Regeln aufstellen lassen. Verehrte Diotima! Sind Ihre Behauptungen nicht hin und wieder ein wenig leichtfertig? Uebernehmen Sie sich nicht mit ihnen? Verfälschen Sie nicht Relatives zu Absolutem? Aber stimmt es auch allerorten und überall, was Diotima über die Methoden der von vollem Erfolg begleiteten erotischen Werbung und Beglückung verbreitet: es hat auf alle Fälle etwas Asthmatisches und Dampfbadewannenhaftes an sich, die Leute über das Akrobatische beim Sexualakt unterrichten zu wollen. Schrecklich, wenn eine Frau merkt: Sein Benehmen ist Seite 53 vom „Vollendeten Kavalier". Aber wie erst, wenn sie gewahr wird: Das hat er bei der Diotima gelesen, Kapitel „Stille vor dem Sturm", praktischer Wink Nummer 1 . . . . und — wenn sie ihm nicht zu sagen wagt, daß ein Druckfehler vorliegt.

Vielleicht macht Eugen Diedrichs mit seiner „Schule der Liebe" bessere Geschäfte als mit den Bänden „Deutsche Volkheit", über deren schlechten Absatz er in der Oeffentlichkeit bittere Klagen geführt hat. Wenn es dem kulturwilligen Mann nicht gelingt, das Wissen über die Salier- und Frankenkaiser ins Volk zu tragen, so ist es immerhin einiges, darüber Aufklärung geschaffen zu haben, daß, wie die Diotima sagt, „freudliche stützende Kissen nicht zu verschmähen seien, die die Liebeshöhle leichter und vollständiger betretbar machen."



Nachdruck verboten. (19. Fortsetzung.)

Und die heilige Jungfrau hatte immer geholfen. Nicht umsonst würden auch dieses Jahr die Bittprozessionen längs der Mosel ziehen. Und wie hätte Bremm ohne die göttliche Gnade wohl all die Krankheiten aus seinem Weinberg vertreiben können? Er hatte viel gespritzt, daß ihm das Wams durch die fressende Brühe in Fetzen vom Leibe gefallen war, aber ohne der Menschen Schirm und Helferin wäre es ihm doch niemals gelungen. —

Bremm hatte noch sein bestes Fuder, seinen heimlichen Schatz im Keller liegen. Den würde er erst verkaufen, wenn die diesjährige Ernte so gut wurde, daß er einigermaßen Ersatz hatte; wenn das wenige, was vom vorigen Jahr da war, das hatte er losgeschlagen, es taugte ja auch nicht viel, er war froh gewesen, wenigstens einigermaßen das wieder herauszubekommen, was er hineingesteckt hatte. Wenn er jetzt nur das Geld hätte, um sich Arbeitshilfe zu leisten! Bremm fühlte, daß es Zeit für ihn wäre, einmal öfter zu ruhen; mit den Vierzigen im Weinberg, das will mehr heißen als mit den Sechzigen in der Arbeit der Stadt. Aber für den Mann im Weinberg gibt es kein Ausruhen, der kann erst ruhen, wenn er im Grabe liegt. Und doch, wenn er hoch hinauf zu seinen letzten Stöcken gestiegen war und da wieder einmal verschnaufte, dann flog kein Gedanke des Neides zu jenem hin, der tief unten in Ebenen sein Korn baut und seinen fetten Klee mäht. Mit einem Gefühl, das nicht Hochmut war, aber stolze Liebe, ließ der Weinbauer seinen Blick über die Reben gleiten, die ihm im Sonnenglanz voller Verheißung schimmerten: dies war das Edelste, was man bauen kann, dies war allen Schweißes und aller Mühsal am meisten wert.

In grünen Zeilen hinauf und hinab standen jetzt die Rebstöcke, keine Furche im Acker konnte gerader gezogen sein. Jetzt sah man recht, wie sorgsam gepflegt die Weinberge waren — kein Unkraut, keine wuchernde Ranke — sie kamen wohl aufgeräumten, sorglich behüteten Staatsstuben gleich, vornehmen Gärten, in denen man lustwandeln kann, ohne auch nur den Schuh zu beschmutzen.

Simon Bremm schaute zum Zuckerberg hin, an dem der Ohm seinen Besitz hatte. Ei, da war ja heut der Ohm Jakob! Der stand jetzt gerade an der steilsten Stelle, es sah aus, als klebe er an der Wand; ein einsamer Käfer, der langsam hinankriecht. Man mußte sich wundern, wie der das noch schaffte. Simon Bremm fühlte eine gewisse Bewunderung: an dreißig Jahre älter als er und noch immer im Berg! Alle Achtung!

Auch Jakob Bremm sah den Neffen im Warmenberg. Er sah den aber nur von weitem, wenn er in den Reben arbeitete, im Dorf sah er ihn nicht. Nachkommen ließ er sich keinen von den Bremms — wozu? — er war nicht für Familie. Er schätzte auch seines Bruders Sohn, den Simon, nicht hoch ein; der Joseph hatte recht: der Vater war beschränkt. Oh, der Joseph, der war schon ein Schlauer, der schlug mehr nach ihm, dem Großonkel, aber weil der Joseph mit Wölfen heulte, die ihm gar nicht gefielen, darum hatte der Alte auch ihn nicht in seinem letzten Willen bedacht. Jakob Bremm hatte sein Testament gemacht, obgleich er noch längst nicht ans Sterben dachte; solange er noch in seinen Berg gehen konnte, lebte er gern. Aber man mußte doch für den Berg sorgen auf alle Fälle, im Leben und Sterben, und so vermachte er, was ihm am Zuckerberg gehörte, dem bischöflichen Priesterseminar zu Trier. Die waren reich, die konnten seinem Berg mehr Gutes antun, als er ihm hatte antun können — kein einzelner Winzer hat dazu Geld genug, — dann wurden seine Reben reichlicher gedüngt und geschiefert, gewässert und gespritzt, und neue Gesetze wurden angelegt; er konnte dann ruhig im Grabe liegen bleiben, sein Berg war aufs beste versorgt.

Mit immer noch scharfen Augen und schlau lächelnd blinzelte der Greis seinen Rebstöcken zu: „Ihr könnt euch freuen, ihr könnt euch freuen!" Oh, sie waren ja auch brav, sie hatten viele Gescheine in diesem Jahr. Wenn die alle zu Trauben wurden, gab's einen guten Herbst. —

Auch am Klosterberg drüben standen die Rebhänge hoffnungsvoll. Der Vater Dreis war plötzlich gestorben, die drei Brüder hatten sich das Weingut geteilt. Der Kaspar nannte jetzt soviel sein eigen, daß er es wohl hätte wagen dürfen, einen bescheidenen Hausstand zu gründen; aber wo fand er das Mädchen, das er zur Frau wollte? Es war nicht der Tod des Vaters allein, der den jungen Mann so ernst stimmte. Seine Miene war so niedergeschlagen, daß die Väter im Dorf den Toten beneideten, der von einem Sohn so betrauert wurde.

Die Bremm hatte den Kaspar Dreis getroffen oben am Kirchhof auf dem Klosterberg — ach, sie war so unruhig um ihre Maria, die ließ nichts, gar nichts mehr von sich hören seit dem letzten Besuch — würde der Kaspar nicht so gut sein, die einmal aufzusuchen? Sie selber konnte jetzt nicht fort. Da hatte der Bursche sie angesehen, so gramvoll, daß sie betroffen ward; und er hatte stumm verneinend den Kopf geschüttelt. —

Kaspar hatte an Maria die Todesanzeige seines Vaters geschickt.

Jesus! Maria! Joseph!
Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, unseren lieben Vater, den wohlachtbaren Herrn
Sebastian Wilhelm Dreis
Weingutsbesitzer

im Alter von 68 Jahren, wohlvorbereitet durch einen christlichen Lebenswandel, versehen mit den heiligen Sterbesakramenten, nach kurzer Krankheit in die Ewigkeit abzuberufen usw.

Maria hatte ihm darauf ihr Beileid ausgesprochen, wohlgesetzt, in der üblichen Form. Ach, ein einziges wenn auch nicht so wohlgesetztes Wort wäre ihm lieber gewesen! Es wehte ihn kühl an von der ersten Seite des Briefblatts — er wendete es, und da stand noch mehr.

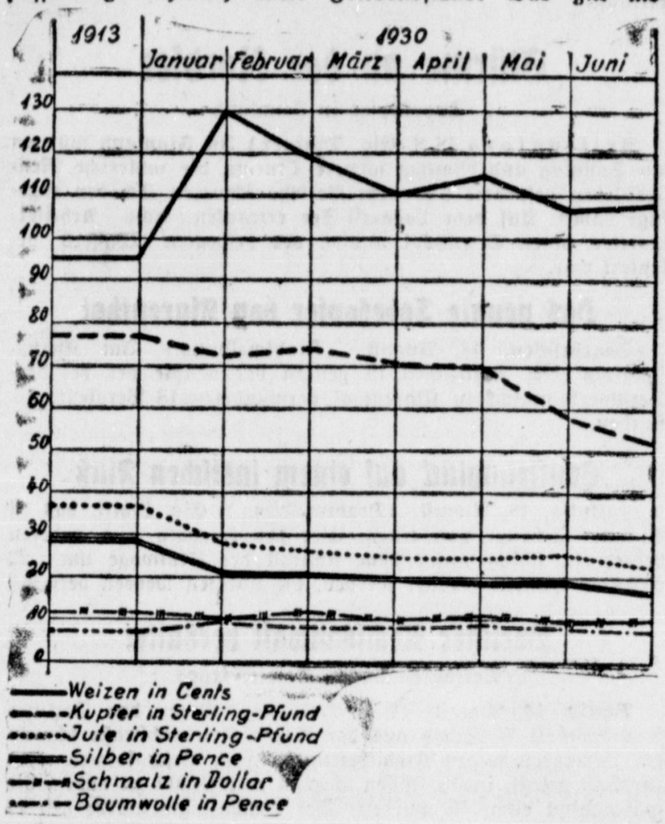
„Lieber Kaspar, ich bitte Dich, mich nicht mehr zu besuchen. Herr Dousemont neckt mich immer mit meinem Schatz, und das vertrage ich nicht. Komm bitte nicht mehr her, da Du doch gar nicht mein Schatz bist, und auch niemals nicht sein wirst. Maria."

Sie hat einen anderen! Das war des jungen Mannes erster Gedanke. Da du doch gar nicht mein Schatz bist — war er denn nicht doch ihr Schatz gewesen? Ihr Schatz — ja, ja, wenn auch ein wenig anders ihr Schatz, als es sonst üblich war. Und alle hatten ihn auch dafür gehalten; in ihm und Maria ein zukünftiges Paar gesehen. Und nun wollte sie ihm das ableugnen? „Da du doch gar nicht mein Schatz bist" — ihn also verleugnen?! Mit einer harten Hand griff es ihm ans Herz. Er stöhnte in Schmerz auf: sie hatte etwas Besseres gefunden, einen Reicheren, darum gab sie ihn auf. Oh, dieses junge Ding, und schon so berechnend!

(Fortsetzung folgt.)

Bewegung der Weltmarktpreise in der ersten Hälfte des Jahres 1930

Der Rohstoffpreissturz auf den Weltmärkten hat auch in der ersten Hälfte des Jahres 1930 angehalten. Bei verschiedenen Rohstoffen, z. B. bei Textilien, ist die Preisabflachung erst im letzten halben Jahr ausgeprägter in Erscheinung getreten. Eine Reihe von Preisen für wichtige Rohstoffe liegt erheblich unter Friedensstand. Das gilt ins-



besondere für die Metallmärkte, wo die Versuche, die Preise durch Produktionsdrosselung zu treiben, auf der ganzen Linie gescheitert sind. Auch die Bemühungen, die Getreide- und Textilrohstoffpreise durch staatliche Eingriffe nach oben zu drücken, sind so ziemlich ohne Erfolg geblieben. Das beweist wohl am besten, daß wir es mit einer Annäherung der Weltmarktpreise an den Friedensstand und nicht nur mit einem bloßen konjunkturellen Rückschlag zu tun haben. Der Sturz der Rohstoffpreise hat sich auf die Fertigwarenpreise nicht hinreichend ausgewirkt. Daraus geht hervor, daß eine Senkung der Einzelhandelspreise ohne Lohnkürzung durchaus möglich ist.

Preußen und die Wahlreform

In einer Kleinen Anfrage der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei war unter Hinweis auf die Verminderung der Zahl der Abgeordneten in Braunschweig, Thüringen und Mecklenburg-Schwerin gefragt worden, ob das Staatsministerium bereit sei, für Preußen ein neues Wahlgesetz vorzulegen. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat der preußische Minister des Innern geantwortet, daß die Fragen der Wahlreform für Preußen zurückgestellt werden müssen, bis über eine Reform des Wahlrechts entschieden ist.

Die Umsätze der deutschen Warenhäuser

bleiben im Monat Juni um mehr als 7 Prozent hinter der Vorjahrshöhe zurück. Bei den Umsätzen in Hausrat liegt eine Verringerung um 18 Prozent, bei den Nahrungs- und Genußmitteln eine solche um 10 Prozent vor. Die Umsätze in Bekleidung halten sich nur geringfügig unter dem Vorjahrsstand (Verringerung um 2,6 Prozent). Für das gesamte erste Halbjahr wird eine Verringerung der Umsätze um 3,1 Prozent festgestellt.

Ein peinlicher Ueberrest

Das Ende der gewerbsmäßigen Stellenvermittlung.

Die Reichsregierung beabsichtigt, dem neuen Reichstag baldmöglichst nach seinem Zusammentritt einen Gesetzentwurf vorzulegen, der sich mit der gewerbsmäßigen Stellenvermittlung befaßt.

Bekanntlich ist nach dem Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung **die gewerbsmäßige Stellenvermittlung vom 1. Januar 1931 ab verboten.** Gewerbsmäßige Stellenvermittler, die ihr Gewerbe mindestens seit dem 2. Juni 1910 auf Grund behördlicher Erlaubnis ausüben, sollen dabei eine Entschädigung erhalten.

An dieser gesetzlichen Regelung soll festgehalten werden, soweit es sich um gewerbsmäßige Stellenvermittler handelt, die ihr Gewerbe erst nach dem 22. Juni 1910 begonnen haben. Sie müssen also ihre Tätigkeit mit dem Ende des laufenden Jahres einstellen; eine Entschädigung für sie sieht das Gesetz nicht vor.

Von den gewerbsmäßigen Stellenvermittlern, die ihr Gewerbe mindestens seit dem 2. Juni 1910 mit behördlicher Erlaubnis ausgeübt haben, sollen die Stellenvermittler für künstlerische Berufe ebenfalls am 31. Dezember 1930 ihren Betrieb einstellen. Sie erhalten dafür eine Entschädigung, die durch das Gesetz bestimmt werden wird. Die Stellenvermittlung für künstlerische Berufe wird in Zukunft durch paritätische Einrichtungen ausgeübt. Eine Ausnahme soll für die Konzertagenten gelten. Sie dürfen ihren Betrieb fortführen.

Alle übrigen gewerbsmäßigen Stellenvermittler, die ihr Gewerbe mindestens seit dem 2. Juni 1910 mit behördlicher Erlaubnis ausgeübt haben, sollen an Stelle einer Entschädigung die Erlaubnis erhalten, ihr Gewerbe bis zum 30. Juni 1933 fortzuführen.

Das Verbot der gewerbsmäßigen Stellenvermittlung bleibt, selbst wenn es restlos erginge, eine Halbheit, solange nicht der Benützungszwang der öffentlichen Arbeitsnachweise und Facharbeitsnachweise hinzukommt. Wie auch die aus öffentlichen Mitteln unterhaltenen Arbeitsnachweise nichts Ganzes sind, solange die Pflicht zu ihrer Inanspruchnahme fehlt, solange ist auch der Anreiz zur Winkelvermittlung gegeben, die sich auch nach dem Verbot aufrechtzuerhalten sucht und sich teilweise bereits in die Form paritätischer Nachweise gekleidet hat, wobei nur irgendeine Vereinsgründung mit Eintragung vorauszugehen braucht.

Der Widerstand eines Teils der Unternehmer gegen die Facharbeitsnachweise mit fach- und sachkundigen Vermittlern ist sachlich durchaus unberechtigt und verfolgt lediglich den Zweck, organisierte „billigere" Arbeitskräfte zu bekommen.

Hier könnte die Regierung durchgreifen, ohne daß dem Reich Ausgaben entstehen, wenn nicht die Rücksicht auf den Interessentenhaufen weit größer wäre als die auf das Interesse der Arbeitnehmerschaft. Wie hoch muß die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland noch anschwellen, bis es endlich dazu kommt, dem öffentlichen Arbeitsnachweis das Monopol auf die Arbeitsvermittlung zu sichern?

Am 14. September werden wir uns auch daran erinnern, daß der letzte Reichstag den Benutzungszwang

Schulaufsatz und Stadtverwaltung

Eine Stunde Deutsch bei Konrad Adenauer / Er will den Bürokratenstil ausrotten

Wir lesen in unserem Dortmunder Bruderblatt folgende hübsche Satire:

Köln, 12. August.

Gutes Deutsch zu schreiben, ist eine Kunst. Mancher lernt's nie. Zum Beispiel: Adolf Hitler wird, man braucht nur einmal einen Blick in die nationalsozialistischen Zeitungen zu tun, so lange mit seiner deutschen Sprache auf dem Kriegsfuß leben, als sein Erdenwallen währt. Das beste Deutsch hat, nach unserem Geschmack, immer noch Heinrich Heine gesprochen und geschrieben. Aber der war ein Jude, und darum hat er es sicherlich nur deshalb in hinterlistiger Absicht getan, um auf diese Weise die deutsche Rasse zu verderben . . .

Wilhelm, der Schwadlappen, redete und schrieb seinerzeit auch sehr viel. Die Quantität ersetzte aber hier nicht die Qualität. Wilhelms „Stärke" war zum Beispiel die Inversion. Etwa so: „Wir Hohenzollern sind die Instrumente des Himmels und sind wir deshalb verpflichtet, den deutschen Aar fliegen zu lassen." Wie gesagt, mancher lernt's nie.

Es kommt auch nicht darauf an, daß man, um gutes Deutsch zu schreiben, für jedes Fremdwort einen krampfigen deutschen Ausdruck sucht. An solchen Minderwertigkeitskomplexen litt jahrelang der sogenannte „Deutsche Sprachverein". (Wie es jetzt ist, wissen wir nicht.) Er gab in den Jahren vor dem Krieg jeden Monat eine Liste seines Fremdwörter-Ersatzes heraus. Fenster = Luginsland, Apotheek = Giftküche, Papier = Holzfaserstoff. Als Pennäler hat der Schreiber dieser Zeilen einmal versucht, auf Holzfaserstoff seine Braut anzudichten. Es ist ihm, das kann wohl heute gesagt werden, vorbeigelungen.

Noch einmal: Gutes Deutsch ist ein Kunst. Und mancher lernt es nie und nimmer.

*

Nun aber kommt Konrad Adenauer, Kölns Oberbürgermeister, daher und behauptet, daß es doch zu erlernen sei. Lieber Herr Adenauer! Sie sind Jurist. Das verzeiht alles. Wären Sie, wie unsereins, Philologe (von Gesinnung, und nicht von Pensionsberechtigung), Sie würden den Mut zu so kühnem Experiment schwerlich aufbringen.

Mindestens aber den ihm unterstellten Dienststellen will der Herr Oberbürgermeister beibringen, wie man richtiges Deutsch von sich gibt. So lesen wir denn jetzt (in Nr. 20 des Verwaltungsblattes der Stadt Köln) eine geharnischte Verfügung Numero 282 des Verwaltungschefs über „Abfassung und Schriftsätze". Darin heißt es mit einem Stich ins Wehmütige, das auch diese forsche Kommandosprache durchzittert:

Der Oberbürgermeister. 2. 8. 1930.
A. 1a Nr. 22/01.

Nach meiner Feststellung werden die Bestimmungen in Ziffer 164 der Allgemeinen Dienstanweisung nicht genügend beachtet. Ich ersuche daher, künftig streng darauf zu achten, daß Berichte, Verfügungen, Schreiben usw. in gutem Deutsch und kurzen, klaren Sätzen abgefaßt werden. Das nachstehende Merkblatt bietet hierzu einige Hinweise.

Dr. Adenauer.

Wir sind zu hundert Prozent davon überzeugt, daß es so ist! Den Akten verweigern sich immer die Musen. Bürokraten schreiben nicht, um sich auszudrücken, am wenigstens „mit kurzen klaren Sätzen", sondern Bürokraten schreiben, um einen Bericht zur Abfassung zu bringen, beziehungsweise abzufassen. Und das ist bekanntlich ganz etwas anderes.

Habt ihr schon einmal — wir rufen sämtliche Kölner Mitbürger zu Zeugen an — je in eurem Leben ein amtliches Schriftstück gesehen, das Heine oder Heyse, wir nennen nur diese beiden besten deutschen Stilisten, ohne Rotstriche passieren ließen, wären sie noch Studienräte.

*

Konrad Adenauer aber pflügt dennoch mit einem Mut, der anerkannt werden muß, den steinigen Acker. Beweis ist das „Merkblatt", das in der oben wiedergegebenen Verfügung genannt wird.

Darin sagt er, daß statt „welcher, welche, welches" genau so gut, nein besser, „der, die, das" gesagt und geschrieben werden kann. Aber man sagt z. B. nicht: Die Leute, die die Behauptung aufgestellt haben", sondern hier heißt es mindestens mit besserem Deutsch: „Die Leute, welche die Behauptung . . . usw." So ganz apodiktisch einfach liegen also die Dinge nicht! Daß „derselbe, dieselbe, dasselbe" durch „er, sie, es" in prächtigster Weise abgelöst werden kann, wie es das Merkblatt fernerhin (Verzeihung: ferner!) angibt, wer wollte es bestreiten! Aber auch hier ist zu befürchten, daß nun gleich der erste Sekretär hingeht und das Kind mit dem Bade ausschüttet.

Es ist unbedingt richtig: Warum schreiben die Sekretäre immer „zur Versendung bringen" oder warum „erstatten sie Meldung", statt daß sie etwas „versenden" und „melden"? Wenn aber in dem Merkblatt auch gesagt wird, „zum Vorschein kommen", wäre gleich „erscheinen", so muß man doch dahinter ein dickes philologisches Fragezeigen machen. Angenommen: Herr Adenauer kommt, was bei ihm ja nicht vorkommen soll, einmal abends spät vom Glase Kölsch nach Haus: Er sucht, von den Gewissensbissen des guten Ehemanns geplagt, verzweifelt nach dem Hausschlüssel und finden ihn in seiner Hosentasche nicht. Endlich verspürt er an der Wade etwas Kaltes. Er entdeckt, daß seine Hosentasche ein Loch hat (wieder ein ganz hypothetischer Fall!) und daß der Schlüssel durch das Hosentaschenloch in die Tiefe gerutscht ist. Und nun lockert Herr Adenauer unten teils die Sockenhalter; teils die Bänder der Unterhose. „Erscheint" dann nun der Schlüssel oder „kommt er zum Vorschein"? Das ist doch sehr die Frage. Vielleicht tut der Schlüssel, wenn er ein vernünftiger Schlüssel ist, beides, und zwar völlig zu Recht.

Anderseits würde Herr Adenauer einem mit prächtigen Baß begabten Kaspar durchaus mit Recht die Gage sperren können, der die Wolfsschlucht durch den Gesang um jeden höllischen Kredit bringen wollte: Samiel, komm' zum Vorschein!"

*

Der Versuch, wenigstens die Stadtverwaltung Köln von den allerschlimmsten Bürokratismen zu säubern, könnte dankenswert sein, wenn er nicht so aussichtslos wäre. Eher fällt der Mond auf die Erde, als daß der deutsche Amtsschimmel darauf verzichtete, die Muttersprache zu mißhandeln.

Und dann — in der Gegenwart soll es wohl auch noch gewisse andere Nöte als das miserabligte Sekretärsdeutsch geben . .

Die Nazis als Unternehmersöldlinge!

Der Hakenkreuz-Hauptmann an den Fabrikdirektor Fritsche: „Sie sind nirgends besser geborgen, als bei unserer NSDAP."

Als weiteren schlagenden Beweis für die enge Verbundenheit zwischen Nationalsozialisten und Unternehmertum, bringen wir den nachstehenden, in der „Leipziger Volkszeitung" veröffentlichten Brief zum Abdruck, den ein nationalsozialistischer Hauptmann, ein Organisator der Hakenkreuzler in Dresden, an den Weimarer Direktor Fritsche geschrieben hat. In den markantesten Sätzen heißt es da:

„Warum kamen Sie nicht zu unserer engeren Sitzung, welche ich Ihnen damals empfohlen hatte? Wir sind dort immer absolut unter uns — alles erprobte Eingeweihte —, holen Sie das Versäumte nach. Zu Ihrer Bemerkung betr. sozialistischer Arbeiterbewegung, Antikapitalismus und wie Sie sich danach ausdrücken, will ich Ihnen nur mitteilen:

„Lassen Sie sich doch nicht immer von dem Text unserer öffentlichen Plakate beirren" — der „Zweck heiligt das Mittel."

Welche Partei lockt nicht ihre Träger? Sind Sie versichert, mein verehrtester Herr Direktor! — wenn Ihnen um Ihre Zukunft bange ist (bezüglich Ihres zur Zeit schwankenden Unternehmens), dann sind Sie nirgends besser geborgen als bei unserer NSDAP.

Gewiß — es sind Schlagworte — wie „Nieder mit dem Kapitalismus! — Juden" usw.,

aber selbige sind notwendig (unbedingt), denn unter dem Banner „Deutschnational" oder nur „national" allein, wissen Sie, kommen wir nicht zum Ziel — haben also keine Zukunft mehr.

Also verstehen Sie nur recht —

wir müssen die Sprache der verbitterten sozialistischen Arbeiter sprechen, um selbige eben an uns zu ziehen — sonst würden sie sich nicht bei uns zu Hause fühlen.

Diesmal sitzt der Schlag wie der Blitz über Nacht —. Inzwischen sind auch durch diese langjährige Erwerbslosigkeit die Arbeiter so zermürbt,

daß sie es als eine Rettung ansehen, billiger arbeiten zu können.

In der Hoffnung, Sie in unserer nächsten Sitzung zu sehen, verbleibe ich Ihr ergebener Hauptmann Göhler oder Görke." (Die Unterschrift ist unleserlich.)

Eine weitere Randbemerkung: „Die höchste Gefahr ist das Ueberhandnehmen der Intelligenz im Volke. Deshalb schon müssen die Juden das Feld räumen. Sie sind das Urübel."

Dieser Brief spricht für sich selbst und charakterisiert ganz klipp und klar das Wesen der Nazibewegung. Der Nazi-Hauptmann stellt selbst in dem Schreiben fest, daß das Geschrei der Nazis gegen den Kapitalismus nur eine der jesuitischen Methoden ist, um die Arbeiterstimmen abzufangen, um den unwissenden Arbeiter zu ködern, denn „der Zweck heiligt die Mittel".

Der Zweck der nationalsozialistischen Propaganda ist der Schutz des großkapitalistischen Eigentums, ist die Erhaltung der Ausbeutermethoden des Unternehmertums.

gegen die die Nationalsozialisten in ihrer Presse, in den Versammlungen heuchlerisch zu Felde ziehen. Was man an den Plakatsäulen findet, was großsprecherisch in den Versammlungen verkündet wird, all das sind nur Schlagworte, um die großkapitalistischen Geldgeber zu befriedigen. Sie liefern

Dutzende von Millionen an die Kassen Adolf Hitlers

ab, damit die schaffende Bevölkerung zerklüftet und zerrissen wird. Dann erst blüht der Hafer der großen Unternehmer, dann erst sind sie imstande, die Löhne herabzusetzen, wie denn auch der nationalsozialistische Hauptmann offen und ehrlich erklärt, daß es die Arbeiter als „eine Rettung ansehen" würden, „billiger arbeiten zu können".

Wenn daher der Reichsverband der Deutschen Industrie die Unternehmer aufgefordert hat, eine Mark pro beschäftigten Arbeiter und Angestellten an den Wahlfonds abzuführen, so ist gar kein Zweifel, daß nicht nur die bürgerlichen Parteien, sondern vor allem die Nazis aus dieser Unternehmerquelle schöpfen werden! Dazu steht den Gegnern eine riesige Presse des Bürgertums zur Verfügung, um das Volk über alle diese Dinge hinwegzutäuschen. Auch dieses Gift muß aus den Wohnungen des Proletariats entfernt werden. Ferner kommt noch ein Heer von Intellektuellen dem Kapitalismus zu Hilfe, die daran interessiert sind, daß diese Gesellschaft erhalten bleibt und alles daransetzen, um den Einfluß der Arbeiterschaft zu beschneiden.

Allen diesen Mächten stellt die Sozialdemokratie die einmütige, geschlossene Front der Funktionäre gegenüber, die mit der Fackel der Aufklärung hineinleuchten in das Dunkel der Volksverderber.

Mit aller Schlagkraft, mit frischem Elan und fester Siegeszuversicht geht die Sozialdemokratie zum Sturm vor, denn jedes Parteimitglied weiß: es geht in dieser Entscheidung um Lohn und Brot, um die gesamte Lebenshaltung der Arbeiterklasse. Die Losung heißt: Faschismus oder Sozialismus, Diktatur oder Demokratie, Trinkgelderpolitik oder Auf- und Ausbau des Volksstaates! Diese Losung stellen wir der Front des Geldsacks gegenüber, damit wir am 14. September sagen können: Mit uns das Volk, mit uns der Sieg!

Achtung! Flugblatt-Verbreitung!

Sonnabend, den 23., und Sonntag, den 24. August, im gesamten Bezirk Westliches Westfalen

Wir bitten unsere Mitglieder, an der Verbreitung unseres zweiten allgemeinen Flugblattes an den obengenannten Tagen vollzählig teilzunehmen.

Die Sammelpunkte für die Flugblattverbreitung in den einzelnen Ortsgruppen bzw. Distrikten werden von den Ortsvorständen in unseren Zeitungen noch bekanntgegeben. Wir bitten daher, den Bekanntmachungen unter Parteinachrichten in den nächsten Tagen erhöhte Beachtung zu schenken.

Der Bezirksvorstand.

Zugzusammenstoß in einem lothringischen Bahnhof

4 Tote, 15 Schwer- und 27 Leichtverletzte

Saarbrücken, 18. August. Ein Güterzug fuhr in dem lothringischen Bahnhofe Kreuzwald auf einen von Saarlouis kommenden Personenzug auf und drückte den ersten Wagen des Personenzuges zusammen. Vier Personen wurden getötet, 15 schwer und 27 leichter verletzt. Bisher konnten erst zwei Tote identifiziert werden.

Zwei Tote und sechs Schwerverletzte

bei einem Autounglück

Karlsbad, 18. August. (Drahtmeldung.) Ein mit 22 Arbeitern besetzter Lastkraftwagen fuhr am Sonntag morgen in der Nähe des Ortes Klösterle in einen Straßengraben und fiel dann gegen einen Baum. Durch den Anprall wurden die Insassen aus dem Wagen geschleudert. Zwei von ihnen waren auf der Stelle tot, sechs weitere, von denen zwei in Lebensgefahr schweben, wurden schwer verletzt ins Karlsbader Krankenhaus eingeliefert. Das Unglück soll darauf zurückzuführen sein, daß der Chauffeur eine Kurve in zu raschem Tempo zu nehmen versucht hatte.

Schweres Autounglück auf Fünen

Kopenhagen, 18. August. (Drahtmeldung.) Ein Automobil mit fünf Insassen stieß in der Nähe von Middelfart auf der Insel Fünen bei einem Uebergang mit einem Zuge zusammen. Das Automobil wurde von der Lokomotive 40 Meter weit mitgeschleppt und vollständig zertrümmert. Drei Personen, der Hofbesitzer Mads Jensen, sein erwachsener Sohn und seine Schwägerin wurden sofort getötet. Frau Jensen und ein siebenjähriges Kind lebensgefährlich verletzt.

Flugzeugabsturz

Kopenhagen, 18. August. (Drahtmeldung.) Ein mit einem Monteur und einem Piloten besetztes Flugzeug stürzte heute mittag bei Karlsborg ab. Der Pilot war auf der Stelle tot, der Monteur wurde schwer verletzt.

Schreckenstat eines Pariser Großunternehmers

Paris, 18. Aug. (Drahtmeldung.) Ein in einem Pariser Villenvorort ansässiger Großunternehmer hat heute seine Frau und zwei Kinder im Schlafe erschossen und dann Selbstmord verübt. In einem hinterlassenen Schreiben bedauert er, daß er nicht auch seine beiden anderen, zurzeit in den Ferien weilenden Kinder habe aus der Welt schaffen können. Die Tat dürfte auf wirtschaftliche Schwierigkeiten zurückzuführen sein.

Folgen der Sturmflut

Hamburg, 18. August. (Drahtmeldung.) Das Unterelbegebiet ist von großen Ueberschwemmungen heimgesucht. Alle Außendeichländereien von Stadersand bis nach Freiburg stehen unter Wasser. Das auf den Feldern noch liegende Getreide ist überall, soweit es nicht mit dem Wasser abgetrieben ist, durch das Schlickwasser wertlos geworden. In den Niederungen des Hinterlandes ist der Wasserstand weiter gestiegen. Weite Flächen sind bereits überschwemmt. Ueberall hat das Vieh eiligst von den Weiden genommen werden müssen. Auch die obere Oste und ihre Nebenflüsse sind im starken Steigen begriffen und haben Wiesen und Felder unter Wasser gesetzt. Leider hat die Sturmflut auch ein Todesopfer gefordert. Der Pächter des Lokals auf der Wittenberger Landungsbrücke ließ sich, da die Brücke unter Wasser stand, vom Brückenwärter mit einem Boot von Land holen. Infolge des hohen Wellenganges auf der Elbe schlug das Boot voll Wasser. Der Brückenwärter konnte schwimmend eine Barke erreichen, von der er später durch hinzueilende Boote gerettet wurde. Der Brückenwirt ertrank.

Stürme an der Nordsee

Todesopfer in Finnland

Helsingfors, 18. 8. Eig. Drahtbr.) In Finnland wüteten am Sonntag und Montag schwere Stürme, die zahlreiche Menschenleben gefordert und dem Verkehr schweren Schaden zugefügt haben. Auf dem Laöaresi-See ertranken sechs Arbeitersportler, deren Segelboot infolge des bewegten Wassers gekentert war.

Das neunte Todesopfer von Klarenthal

Saarbrücken, 18. August. (Drahtmeldung.) Im Knappschaftslazarett Völklingen ist gestern der neunte der bei dem Bergwerksunglück in Klarenthal verwundeten 18 Bergleute gestorben.

Schiffsunglück auf einem indischen Fluß

Kalkutta, 18. August. (Drahtmeldung.) Ein Schiff, das 54 Spinnereiarbeiter von einem Ufer des Hooghly zum anderen beförderte, schlug unter dem Anprall der Flutwoge um. 22 Arbeiter konnten gerettet werden, die übrigen werden vermißt.

Berliner Rechtsanwalt verhaftet

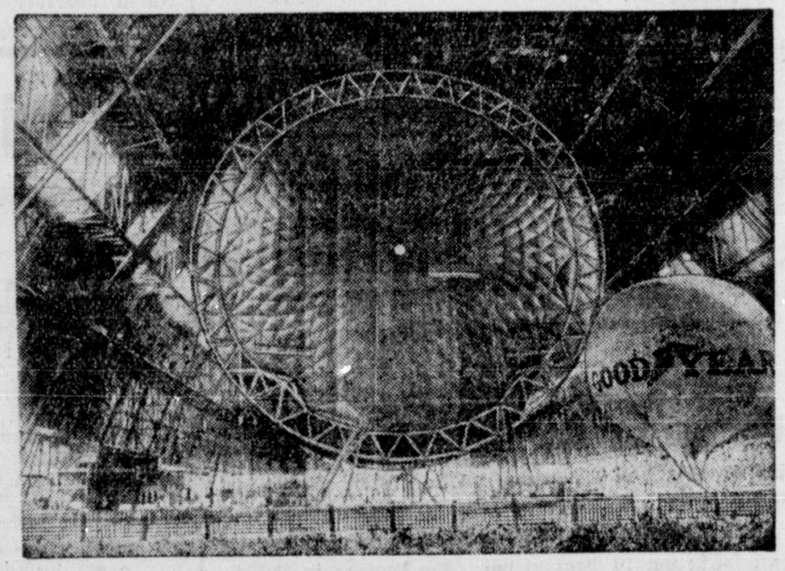
Verfahren wegen Kreditbetrugs.

Berlin, 18. August. (Eig. Meldung.) Gegen den Berliner Rechtsanwalt J. Schatz aus der Neuen Friedrichstraße schwebt ein Verfahren wegen Kreditbetruges. Dem Beschuldigten wird zur Last gelegt, in 10 Fällen Wechsel verausgabt zu haben, die später nicht eingelöst wurden. Der Beschuldigte wurde gestern auf Anordnung der Staatsanwaltschaft von der Berliner Kriminalpolizei in Haft genommen.

Rückgang in der Einwanderung nach Amerika

Von den 153 714 Quotendieen der 71 ausländischen Nationalitäten für das Fiskaljahr 1929/30 blieben 16 946 unangefordert. Interessant ist, daß von der Quote für England und Nordirland in Höhe von 65 721 rund 10 000 Einwanderungsmöglichkeiten unbenutzt geblieben sind.

(Früher überstieg die Zahl der Einwanderungslustigen weit die von den Vereinigten Staaten festgesetzte Quote.)



Neuester Bildbericht aus Akron (USA.), wo das größte Zeppelin-Luftschiff der Welt gegenwärtig erbaut wird. Nachdem die ersten Ringe des Luftriesen fertiggestellt sind, wurden auch sofort die Gaszellen fertiggestellt und in die fertigen Ringe einmontiert. Unser Bild gibt den kolossalen Unterschied in der Größe zwischen einer solchen Gaszelle und einem rechts davor befindlichen Freiballon treffend wieder.

GESETZ das tötet

Roman von Frank Arnau

39) (Fortsetzung.)

Der Landgerichtsrat nahm erst die Personalien der Angeschuldigten auf, dann wandte er sich an Else Merten.

„Sie wissen, weshalb Sie hier stehen, Else Merten?"

„Sie haben also mit dem jungen Mann dort, mit dem Chauffeur Lutz Fink, ein Verhältnis gehabt und trotz Ihrer Jugend intim mit ihm verkehrt?"

Das Mädchen senkte den Kopf.

„Der Verkehr ist nicht ohne Folgen geblieben. Sie merkten, daß Sie in der Hoffnung waren und haben Ihrem Geliebten davon Mitteilung gemacht — ist es so?"

Else schwieg.

„Ja, Sie müssen sich schon bequemen, mir auf meine Fragen zu antworten! — Haben Sie Lutz Fink mitgeteilt, daß Sie schwanger sind?"

Nun weinte Else, aber Antwort gab sie keine.

Lutz Fink mischte sich ein.

„Sag doch ja, Else — es wird schon den Kopf nicht kosten!"

Der Untersuchungsrichter sagte streng zu Lutz Fink:

„Sie reden, wenn Sie gefragt werden!" Dann zu Else: „Also Sie haben Ihrem Geliebten Mitteilung gemacht und daraufhin hat er Ihnen den Rat gegeben, das Kind [illegible] zu lassen!"

Das Gewimmer und Geschluchze des Mädchens konnte als Zustimmung zu den Worten des Landgerichtsrats gelten. Er beschloß aber, das Verfahren abzukürzen; es schien ihm mehr Erfolg zu versprechen, wenn er den Chauffeur vernahm.

„Lutz Fink — Sie haben also Ihrer Geliebten geraten, die Frucht Ihres sträflichen Verhältnisses beseitigen zu lassen?"

„Jawohl, Herr Richter! Ich dachte nämlich..."

„Was Sie gedacht haben, kommt augenblicklich nicht in Betracht. — Haben Sie selbst gewußt, daß die Hebamme Mühlmann sich mit solchen Dingen befaßt?"

„Ich werd' es wohl selbst gewußt haben!"

„Woher?"

„Gott — Herr Richter! Solche Sachen hat man eben einmal gesprächsweise gehört und sich gemerkt."

„Haben Sie selbst Ihre Geliebte zu der Angeklagten Mühlmann gebracht?"

„Ich will es nicht leugnen, Herr Richter!"

„Und was geschah weiter?"

„Das weiß ich nicht. Man hat mich weggeschickt, und wie ich dann wiederkam, habe ich die Else nach Hause gebracht."

„War sie da schon sehr krank?"

„Nee, Herr Richter. Von krank keine Spur!"

„Und während der Nacht wäre sie um ein Haar draufgegangen! — Else Merten, ist das so, wie Lutz Fink es erzählt hat?"

„Ja!"

„Nun sagen Sie mal — warum haben Sie das eigentlich getan? Sie sind zwei junge Leute, die beide arbeiten können. Nachdem es nun einmal geschehen und das Mädchen in der Hoffnung war, hätte sie das Kind zur Welt bringen müssen, und es wäre Ihnen gewiß nicht zu schwer gefallen, es groß zu ziehen. Konnten Sie nicht heiraten?"

„Ich bin stellenlos, Herr Richter!" sagte Lutz Fink.

„Nun ja — Sie werden es gewiß nicht immer bleiben! Aber das ist dieser verdammte Leichtsinn der jungen Leute! Erst wird unbedenklich drauflos geliebt, und wenn das Unglück geschehen ist, dann sagt man sich nicht etwa: es geschieht uns schon recht, wir müssen jetzt eben auslöffeln, was wir uns eingebrockt haben! Nein, man läuft lieber zu einer alten Hexe, riskiert Leben und Zuchthaus und läßt sich das Kind abtreiben! Ist Ihnen denn gar nicht zum Bewußtsein gekommen, Else Merten, daß Sie das nicht tun dürfen? Daß das ein Verbrechen ist? Und daß Sie außerdem draufgehen können?"

„Nein, Herr Richter!" schluchzte Else.

„Warum haben Sie's denn eigentlich getan?"

„Ich hab mich so gefürchtet! Die Schande! Und mein Vater!"

„Na ja! Und Sie, Lutz Fink? Sie kennen sich doch offenbar mehr aus! Sie mußten sich doch sagen, daß das unrecht ist!"

Lutz Fink räusperte sich:

„Daß es unrecht ist, habe ich wirklich nicht eingesehen! Warum soll denn für uns arme Teufel verboten sein, was die reichen Leute ohne Bedenken tun können? Ich konnte die Else freilich nicht in die Klinik zu Herrn Professor Hubermann nach Halensee schicken — wie der Herr Kommerzienrat Dominique seine Frau . . .!"

„Nehmen Sie sich in Acht, Lutz Fink! Sie machen Ihre Sache nicht besser, wenn Sie Beschuldigungen gegen andere Leute ausstoßen!"

„Is aber doch wahr, Herr Richter! Die ganze gynäkologische Klinik ist doch nichts anderes, als eine ganz öffentliche Abtreibungsanstalt für die reichen Weiber. Die dürfen natürlich, weil sie es dazu haben, Hunderte und Tausende zu bezahlen. Aber wenn mal ein armes Mädchen in seiner Angst, und weil es nichts für das Kind zu nagen und zu beißen hat, zu einer weisen Frau läuft, dann ist das natürlich 'n Verbrechen!"

„Halten Sie das Maul — Sie sind ein unverschämter Mensch! Wie kommen Sie denn dazu, derartig ungeheuerliche Behauptungen aufzustellen? Vor dem Gesetz sind alle Menschen gleich!"

„Wer's nicht glaubt, zahlt 'n Taler!"

„Ruhe!"

„Aber ich wer' es erst glauben, wenn Sie nicht nur mich und die arme Else, sondern auch die reichen Weiber vor Gericht stellen, die sich das von Professoren machen lassen!"

„Wenn Sie nicht augenblicklich still sind, lasse ich Sie abführen!"

„Gott, ich bin ja schon ruhig — ich weiß ja, daß ich gegen Sie nicht aufkommen kann. Aber sagen mußt' ich das doch, damit Sie mich nicht für ganz blöd kaufen. Unsereiner weiß schon auch, was sich tut, wenn man so lange in Herrschaftshäusern herumkugelt wie ich!"

„Sie gehen von einer ganz irrigen Ansicht aus. Uebrigens haben wir uns darüber nicht zu unterhalten. Die Else Merten gibt zu, daß sie einen strafbaren Eingriff an sich hat vornehmen lassen. Sie geben zu, daß Sie das Mädchen dazu angestiftet, daß Sie es zu der Frau Mühlmann gebracht und dort wieder abgeholt haben. — Was haben Sie der Frau Mühlmann für die Behandlung gezahlt?"

„Fünfzig Mark", sagte Lutz Fink.

„Sie sind doch arbeitslos — wo hatten Sie denn das Geld her?"

„Das Geld — das Geld — die Else hat das Geld gegeben!"

(Fortsetzung folgt.)

Uebertritt zu den Sozialdemokraten

Berlin, 19. 8. (Eig. Meldung.) Der Vorsitzende der Königsberger Demokratischen Partei, Bialluch, ist, wie der Vorwärts meldet, zur Sozialdemokratie übergetreten.

Wirths „Wahlreform"

heute vor dem Reichskabinett

Berlin, 18. August. (Eig. Drahtbericht.) Das Reichskabinett wird sich am Dienstag mit einem vom Reichsinnenministerium ausgearbeiteten und bisher streng geheim gehaltenen Gesetzentwurf über die „Reform des Reichstagswahlrechts" beschäftigen. Der Entwurf beruht auf der Initiative des Reichsinnenministers Dr. Wirth und bezweckt die insbesondere in den letzten Monaten vom Zentrum immer wieder geforderte Wahlreform in dem neuen am 14. September zu wählenden Reichstag in Fluß zu bringen. Der Gesetzentwurf sieht vor allem die Beseitigung der Reichswahlliste und die Verkleinerung der Wahlkreise vor. Gegenwärtig gibt es 35 Wahlkreise. Die kleinsten Wahlkreise Mecklenburg und Pfalz haben eine Wohnbevölkerung von rund einer Million, die größten: Ostpreußen, Westfalen-Nord, Westfalen-Süd, Oberbayern, Schwaben, Franken und Württemberg eine Wohnbevölkerung von mehr als 2½ Millionen. (Nach der Zählung von Juni 1925, deren Ergebnisse natürlich inzwischen überholt sind.)

Nach dem neuen Entwurf sollen künftig 162 Wahlkreise gebildet werden mit einer durchschnittlichen Bevölkerungszahl von 300 000. Da das Wahlalter beibehalten wird, bedeutet, das Wahlkreise mit rund 250 000 Wahlberechtigten und eine 80prozentige Wahlbeteiligung, vorausgesetzt von rund 200 000 Wählern. Die Reststimmen sollen nach dem Entwurf in Zukunft in den Wahlkreisen verrechnet und aufgeteilt werden.

Georg Bernhard bleibt abgesetzt

Berlin, 19. 8. (Eig. Meldung.) Am gestrigen Montag trat der Aktionsausschuß der Staatspartei für Potsdam I noch einmal zusammen, um zur Frage der Spitzenkandidatur Stellung zu nehmen. Finanzminister Höpker-Aschoff wohnte selbst der Sitzung bei. Man einigte sich schließlich dahin, daß Potsdam I grundsätzlich der Volksnationalen Reichsvereinigung (Mahraun-Gruppe) zugesprochen werden sollte, weil die Wahlkreise Berlin, Potsdam II und Frankfurt a. d. O. schon demokratische Spitzenkandidaten haben. — Georg Bernhard, der von den Demokraten als Spitzenkandidat vorgeschlagen ist, ist also endgültig abgesetzt.

Internationale und Völkerbund

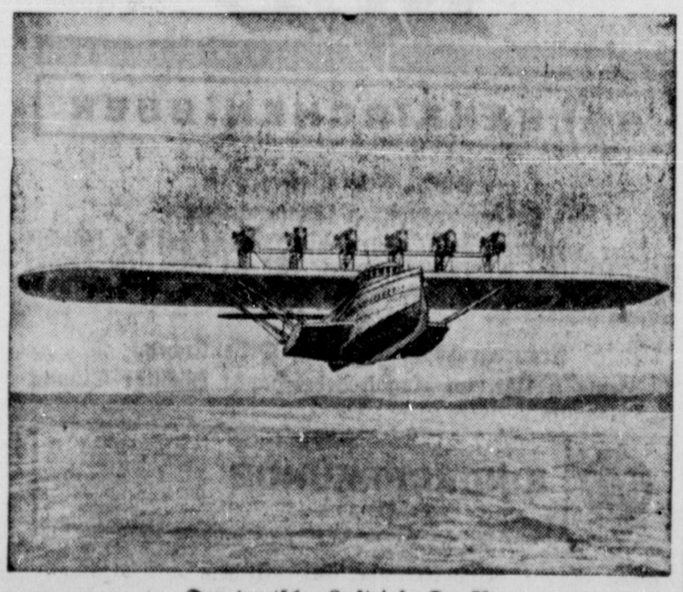
Die Beratungen in Zürich

Zürich, 18. August. (Eig. Drahtbericht.) Die Völkerbundskommission der Arbeiterinternationale trat am Montag im Sekretariat der Arbeiterinternationale in Zürich unter dem Vorsitz von Brouckère zur Beratung einer umfangreichen Tagesordnung zusammen. Zur Beratung stehen: Die Revision des Völkerbundspaktes, die Konvention über die Stärkung der Kriegsvorbeugungsmittel des Völkerbundsrates, der Vertrag über die finanzielle Unterstützung des angegriffenen Staates und der Bericht der Kommissionen über die Ratifikation der Völkerbundskonventionen.

Der Streik in Frankreich

Vermittlungsbemühungen des Arbeitsministers

Paris, 18. 8. (Eig. Drahtbr.) Der sogenannte kritische Montag, der vierte seit dem Beginn des nordfranzösischen Streiks, ist ebenfalls vorübergegangen, ohne daß es zu den, von den Scharfmachern auf Seiten der Kommunisten und der Arbeitgeber in gleicher Weise herbeigewünschten Zwischenfällen gekommen wäre. Auch die Hoffnung des Textilkonsortiums, das seit Tagen den bevorstehenden Zusammenbruch des Streiks durch die ihm nahestehende Presse verkünden ließ, ist bis jetzt an der nach wie vor mustergültigen Disziplin der sozialistischen Arbeiterschaft gescheitert. Die Arbeiter sind am Montag nur in die Fabriken zurückgekehrt, deren Direktionen die Bedingungen der Gewerkschaften angenommen haben. Inzwischen sind die Verhandlungen zwischen dem Arbeitsminister und der Streikleitung fortgesetzt worden. Am Dienstag wird der Minister nochmals eine Delegation der Streikenden empfangen. Zugleich werden in der französischen Presse immer mehr Stimmen laut, die Tardieu auffordern, in den Streik einzugreifen. Die radikale „Republic" beschuldigt Tardieu, daß er aus Feindschaft gegen das Sozialversicherungsgesetz die Bemühungen seines Arbeitsministers sabotiere.



Der deutsche Luftriese Do X
zum erstenmal nach Einbau der neuen amerikanischen Motoren

Katastrophen-Politik

Einer Aufsehen erregenden Verlautbarung von freigewerkschaftlicher Seite entnehmen wir:

Zweidreiviertel Millionen Arbeitslose! Ueber eine Milliarde Mark Defizit, von denen dreiviertel Milliarden durch die Notverordnungen hereingebracht werden sollen. Dies Defizit wird bis zum Winter gewaltig steigen! Soll es wieder durch weiteren Abbau der Sozialfürsorge oder nach neuer Reichstagsauflösung mit § 48 beseitigt werden?

Der Ausfall an Kaufkraft durch die Arbeitslosigkeit wird vom Institut für Konjunkturforschung statistisch erfaßt. Danach beträgt der Lohnausfall durch Arbeitslosigkeit 1927 2 526 000 000 Mark; 1928 2 680 000 000 Mark; 1929 3 820 000 000 Mark; 1930 (1. Halbjahr) 2 050 000 000 Mark.

Wenn man von diesen ungeheuerlichen Ziffern die gezahlten Unterstützungen abzieht, so bleiben (für 1927 liegen keine vollständigen Zahlen vor) 1928 1 600 000 000 Mark; 1929 2 370 000 000 Mark; 1930 (1. Halbjahr) 1 850 000 000 Mark.

Das sind wahrhaftig erschreckende Zahlen! Sie bedeuten eine Summe von Elend und Not für Millionen arbeitswilliger Menschen! Sie bedeuten auch weitere Verelendung von Mittelschichten. Daß man dieser Entwicklung nicht mit einem Zaubermittel begegnen kann, liegt auf der Hand. Aber alle denkbaren vernünftigen Mittel sollten angewandt werden, diesem Elend zu begegnen. Wir sagen: Preisabbau; die Unternehmer: Lohnabbau; Stegerwald sucht Lohn- und Preisabbau nach Oeynhauser Art zu verquicken.

Notwendig ist eine

Preissenkung für Inlandswaren!

Sie kann aber praktisch gar nicht oder nicht in der Hauptsache durch Lohnsenkung erfolgen. Es müßte eine praktisch gar nicht denkbare Lohnermäßigung erfolgen, um durch sie zu einer nennenswerten Preisermäßigung zu kommen. Im Ruhrkohlenbergbau betrug nach Schmalenbach 1927 der Lohnanteil 7,18 Mark bei 13,64 Mark Selbstkosten, im Mai ds. Js. betrug der Lohnanteil 6,75 Mark. Das sind etwa 50 Prozent der Selbstkosten.

Nach den Zahlen des Instituts für Konjunkturforschung haben nur wenige Industrien ähnlich hohe Lohnkosten, so die Kleineisenindustrie 45—50 Prozent, Elektrotechnik 35—40 Proz., Maschinenbau 25—30 Prozent. In einer Reihe von Industrien liegen die Lohnkosten sehr niedrig: Braunkohlenbrikettfabriken 15 Prozent, Textilindustrie 12—17 Prozent, Chemische Industrie 10 Prozent, Walzwerke 13 Prozent, Lederindustrie 10 Prozent, Steinkohlenkokerei 10 Prozent. Eine Preissenkung um 10 Prozent auf Kosten der Löhne bedingte einen Lohnabbau um rund 20 Prozent im Bergbau, den Eisenindustrien usw. In den Industrien mit niedrigem Lohnanteil müßten es 30, 50 und mehr Prozent sein. Daß so etwas unmöglich ist, liegt auf der Hand.

Lohnabbau wäre nur zu ertragen, wenn mindestens Preissenkung für den notwendigen Lebensunterhalt der breiten Massen in gleichem Ausmaß gegenüberstände. Von den Ausgaben in Arbeiterfamilien entfallen aber mindestens 60 Prozent auf Ernährung, Wohnung, Versicherung, Steuern und Beiträge. Es bleiben höchstens 40 Prozent, die von einer Preissenkung für Industriewaren usw. beeinflußt werden könnten. Wie groß müßten diese Preissenkungen sein, um die Lebenshaltung zu beeinflussen, einen Ausgleich für Lohnsenkungen zu bieten und die alte Kaufkraft zu erhalten? Eine Senkung der Preise ist schon deshalb notwendig, um der gegenwärtigen und der drohenden Verteuerung der Lebenshaltung entgegenzuwirken.

Was geschieht aber auf dem Gebiet des Preisabbaues? Einstweilen wird geredet. Duisburg verkündet: Preisabbau unmöglich. Senkung der Baustoffpreise wird abgelehnt, dafür aber (welcher Hohn!) Raumersparnis als Mittel zu billigerem Wohnungsbau empfohlen. Besonders bei Klein- und Kleinstwohnungen soll an Korridoren usw. gespart werden, Badeeinrichtungen sollen wegfallen!

Das von der Reichsregierung erbetene Gutachten über die Möglichkeit von Preissenkungen ist erstattet. Bei der gegenwärtigen Notlage der deutschen Wirtschaft, so heißt es in dem Gutachten, sei es grundsätzlich notwendig, auf jede wirtschaftlich mögliche Senkung der Preise hinzuwirken. Der Anteil der Waren mit kartellmäßig gebundenen Preisen werde von Regierungsstellen für das Jahr 1929 auf 15 von 30 bis 60 Millionen Mark Industrieumsatz geschätzt, also auf 25 bis 30 Prozent des deutschen Industrieumsatzes überhaupt. Jedenfalls seien die kartellmäßigen Preisbindungen von erheblicher Bedeutung für die Gesamtpreislage, zumal solche Preisbindungen gerade bei sehr wichtigen Rohstoff- und Halbfertigwaren vorliegen. Einmütig war der Reichswirtschaftsrat der Meinung, daß eine allgemeine und plötzliche Beseitigung aller Preisbindungen erhebliche Verschärfungen der gegenwärtigen Wirtschaftsschwierigkeiten herbeiführen werde. Wenn aber auch eine durchgängige Aufhebung der Kartellpreise, d. h. letztlich ein Verbot der Kartelle, nicht empfohlen werden könne, so sei es doch erwünscht, die Bindungen in einzelnen Fällen, wo unangemessen hohe Preise oder Preisspannen vorliegen, nötigenfalls durch Anwendung der Regierungsvollmachten zu beseitigen.

Mit der Kartellnotverordnung ließe sich, etwa in der Hand eines klugen, rücksichtslosen Reichswirtschaftsministers, sehr viel machen. Aber wer glaubt denn, daß dies unter der von der Volks- und Wirtschaftspartei abhängigen Regierung Brüning geschehen wird?

Ueber eine Milliarde Mark Defizit war Ende Juli in der Reichskasse vorhanden. Am 1. August betrug aber der Fehlbetrag schon über eine Milliarde Mark, im Winter werden es bei 3,5 Millionen Arbeitslosen an zwei Milliarden sein!

Unser Tonfilm —

ein Dorn im Auge der Volkpartei

Die Sozialdemokratie hat seit langem alle technischen Errungenschaften wie Film und Lautsprecher in den Dienst der politischen Aufklärungs- und Erziehungsarbeit gestellt. Zum Leidwesen ihrer Gegner hat sie damit große Erfolge erzielt. Vor einigen Tagen wurde mitgeteilt, daß in diesem Wahlkampf der Tonfilm zum ersten Mal Verwendung finden würde.

Die Genossen Wissell, Paul Hertz und Breitscheid

sprechen in diesem Film über die Politik der Regierung Brüning. Sie schildern in kurzen eindrucksvollen Reden den verhängnisvollen Kurs, der von ihr auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung gesteuert wird. Die Gegner fürchten die Wirkung des Tonfilms. Ein Blatt der Deutschen Volkspartei, der Partei der Schwerindustrie, deren Bettelbriefe auf die Schreibtische aller „Wirtschaftsführer" fliegen, und von dort „in Ansehung treuer Dienste" gut honoriert werden — ein Blatt ausgerechnet dieser Partei ließ sich gelegentlich der Ankündigung des Tonfilms folgendermaßen aus:

„Wenn man die 56 000 Reichsmark, die die Herstellung dieses Tonfilms gekostet hat, benutzt hätte, den Aermsten und Elendesten unseres Volkes zu helfen, so wären sie sicher besser angebracht worden als für eine solche Spielerei, die mit politischer Aufklärung ganz gewiß nichts zu tun hat."

Ausgerechnet ein Blatt der Deutschen Volkspartei sagt das, deren Führer erklärt, es müsse Halt gemacht werden mit den Ausgaben für die Sozialpolitik, für die Wissell sich in unserem Tonfilm mit größter Wärme einsetzt.

Uebrigens hat sich das Blatt noch einen anständigen Bären aufbinden lassen. Der Tonfilm kostet nur den zehnten Teil der von ihm genannten Summe, nämlich genau 5600 Mark. Aber das durfte, selbst wenn man es wüßte, natürlich nicht gesagt werden, denn dann hätte ja ein Grund zum Hetzen nicht vorgelegen. Ueber die Wirkung ihrer unfreiwilligen Reklame für unseren Tonfilm mögen sich die Gegner im klaren sein.

Die bürgerliche Klasse benutzt den Film mit Vorliebe dazu, die Massen zu verdummen, unser Tonfilm dient der Aufklärung. Und wir sind stolz darauf, daß unsere Partei dieses Mittel zuerst in den Dienst ihrer Sache gestellt hat. Mit Tausenden begeisterten Werbern wird auch der Tonfilm der Partei die Wähler aufrufen zum Kampf um ihre Menschenrechte und wird sein Teil dazu beitragen, daß der 14. September ein Siegestag für die deutsche Sozialdemokratie werde — trotz der Deutschen Volkspartei.

Wirtschaft

Die Internationale des Post-, Telegraphen- und Telephonpersonale

forderte auf ihrem Kongreß in Kopenhagen durch besonderen Beschluß die allgemeine Einführung der 48-Stunden-Woche, Sicherung der Koalitionsfreiheit und des vollen Staatsbürgerrechts sowie Mitwirkung bei der Gestaltung der Dienstbedingungen.

Die Fünftagearbeitswoche

ist von der Arbeiterschaft in den Eisenbahnbetriebswerkstätten der Lehigh-Eisenbahnlinie in Pennsylvania (Vereinigte Staaten) durch einen kurzen Streik erkämpft worden. Die zugleich geforderte Erhöhung der Stundenlöhne von 1,25 auf 1,35 Dollar konnte nicht durchgesetzt werden. Die Gewerkschaft rechnet jedoch damit, in Kürze [illegible]

Das Eisenbahnunglück in Kreuzwald

Paris, 18. August. (Drahtmeldung.) Bei dem Zusammenstoß im Bahnhof Kreuzwald in Lothringen, bei dem 4 Personen getötet wurden, wurden nach den letzten Feststellungen insgesamt 35 Personen verletzt, davon 15 schwer. Sechs Verletzten mußten die Beine abgenommen werden. Der aus Saarlouis kommende Zug, der auf den Kohlenzug auffuhr, war mit Bergarbeitern besetzt. Die Lokomotivführer der beiden Züge konnten den Zusammenstoß nicht voraussehen, da ihre Maschinen am Ende der Züge schoben. Die Strecke war vom Weichensteller für den Zug aus Saarlouis freigegeben worden.

33 Nationalsozialisten zwangsgestellt

Königsberg, 18. August. (Drahtmeldung.) In Groß-Heydekrug (Kreis Fischhausen) kam es am Sonntag nachmittag zu einer schweren Schlägerei zwischen Nationalsozialisten aus Königsberg und Ortsbewohnern, wobei acht bis zehn Personen, darunter einige schwer, verletzt wurden. Bei ihrem Einrücken in Königsberg wurden 120 Nationalsozialisten von der Schutzpolizei festgestellt und nach Waffen durchsucht. 33 Personen mußten, da sie sich nicht ausweisen konnten, zwecks Feststellung ihrer Personalien zur Polizeiwache gebracht werden.

Explosion auf einem amerikanischen Dampfer

Jacksonville (Florida), 18. August. (Drahtmeldung.) In einer Petroleumladung des hier liegenden amerikanischen Dampfers „Brilliant" brach aus bisher unbekannter [illegible]

Während der Volks-Tage

Das Wichtigste für die Hausfrau

Billige Lebensmittel

Palmbutter 1-Pfd.-Platte 40 ₰
Margarine 1-Pfd.-Paket 42 ₰
Feine Molkereibutter mit u. ohne Salz Pfd. 1.55
Salatöl helles Liter 65 ₰
Erdnußöl Liter 80 ₰
Speck fett, geräuchert, eig. Schlacht. Pfd. 88 ₰

Gelbe Erbsen 5 Pfund 0.95
Grüne Erbsen 5 Pfund 0.95
Weiße Bohnen 5 Pfund 0.95
Braune Bohnen 5 Pfund 0.95
Vollreis 5 Pfund 0.95
Ital. Tafelreis 4 Pfund 0.95
Eiersuppeneinl. 2 Pfund 0.95
Eierschnittnudeln 2 Pfd. 0.95
Malzkaffee 2 Pfund 0.45
Kornkaffee 2 Pfund 0.45

Zitronenmost Liter 0.95
Himbeersaft Liter 1.45

Jg. große Bohnen 1/1 Dose 0.72
Brechspargel mittel 1-2 Dose 1.00
Stangenspargel 50/60 1/2 Dose 1.00
Stachelbeeren 1/1 Dose 0.85
Erdbeeren 1/1 Dose 1.45
Apfelgelee mit Himbeer 2-Pfund-Eimer 0.95
Gem. Marmelade 2-Pfund-Eimer 0.78
Erdbeerkonfitüre 1-Pfund-Glas 0.85

Oelsardinen 4 Dosen 0.95
Norweg. Sild mit Tomaten 4 Dosen 0.95
Norweg. Sild in Oel 4 Dosen 0.95
Fleischsalat Pfund 0.95
Mayonnaise Pfund 0.95

Sülze Hausmacher Art Pfund 0.50
Polnische Pfund 0.95
Weißwurst Pfund 1.00
Streichmettwurst Pfd. 1.25
Sahneschnittkäse ca. 1 Pfd Stück 0.45
Holländ. Käse vollfett, 40% Pfd. 0.82
Edamer Käse vollfett, Pfund 0.85
Tilsiter Käse vollfett Pfund 0.95 0.88
Emmenthaler finnisch, Pfund 1.25
Molkereibutter feinste holl. Pfd 1.70

Kleinfleisch in Gelee 2-Pfd.-D. 0.98
Eisbein in Gelee, ohne Knch. 1-Pfd.-D. 0.98

Bonbonmischung Pfund 0.48
Milchkaramellen Pfund 0.65
Schokol.-Plätzchen Pfund 0.95
Gebr. Mandeln Pfund 0.95
Erfrischungswaffeln Pfd. 0.85
Makronen Pfund 0.85
Elite-Mischung Pfund 0.95

Tarragona Liter 0.95
Grich. Muskatwein Liter 0.95
Nierstein. Domthal Liter 0.95
Span. Süßwein blutrot
Orig. Insel Samos
Malaga rotgold
Preise ohne Glas Fl. 0.85 / Fl. 0.95 / Fl. 0.95

Alsbergs Kaffee frisch gebr., „Spezial-Misch." Pfund 2.95

Alsberg
Gelsenkirchen Akt. Ges.

Reiner Weinbrand 1/1 Fl. Hausmarke Preis o. Glas 2.95

Hohe Verdienstmöglichkeit

Für den Bezirk Buer und Umgebung wird noch ein tüchtiger **Vertreter** zum Vertrieb von Büchern (nur große besonders interessierende Werke) gegen Provision **gesucht.** Redegewandte, verkaufstücht. Interessenten wollen ihre Meldung schriftl. einreichen an d. Exp. d. Ztg. unt. Nr. V. B. 100

Trau-Ringe
in größter Auswahl stets vorrätig bei
Bäumer & Cie., Gelsenkirchen.
Reparaturen an Uhren und Goldwaren werden gut und billig ausgeführt.

Nebenverdienst
(Adressenschreiben) vergibt noch
M. A. John, Erfurt 841/1.

Inserieren bringt Gewinn.

DER MASSENMORD

Ende Mai des Jahres 1924 brachten Berliner Blätter folgende Nachricht:

Ein Förster in Straußberg bei Berlin bemerkte vor einiger Zeit, als er auf dem nächtlichen Patrouillengang durch den Wald ging, einen Mann, der etwas zu vergraben suchte. Auf die Frage des Försters, was er dort treibe, erklärte er: Ich vergrabe die Frucht meiner Frau. Als diese Frau nun infolge der Anzeige des Försters vor der Kriminalpolizei erschien, sahen die Beamten eine vollständig von Arbeit und Elend ausgemergelte Frau vor sich, die ganz ruhig zugab: Jawohl, ich habe es getan. Wir haben bereits 8 Kinder, und es ist eine Unmöglichkeit, diese Familie, die wir heute schon nicht mehr ernähren können, noch weiter zu vermehren.

Auf Grund des Strafgesetzbuches erhält diese Frau nun bis zu 5 Jahren Zuchthaus. Man sollte nun meinen, daß angesichts der Schwere der Strafe das »Verbrechen« der Abtreibung verhältnismäßig selten begangen wird. Darin irrt man aber. Im Jahre 1920 wurden wegen Übertretung der Paragraphen 218 und 219 des Strafgesetzbuches in Deutschland 2400 Personen bestraft. Wenn man aber erfährt, daß nach den Angaben der Ärzte in Deutschland 800 000 Kinder jährlich abgetrieben werden, erscheinen diese Zahlen in einem ganz anderen Lichte. Wir setzen den Anfang eines Aufrufs der Ärzte hierher:

800 000 Kinder jährlich werden in Deutschland im Mutterleib getötet, Hunderttausende von kleinen Neugeborenen gehen mutterverlassen zugrunde, Ungezählte werden langsam hingemordet! — Engelmacherinnen und Kinderhändler besorgen dies. — Viele Kinder ersticken im Wasser, in Gruben. Im September 1919 suchte man im Rhein nach einem Kinde. Innerhalb 24 Stunden wurden den Strom entlang 63 ertrunkene Kinder gemeldet! Wieviel wurden nicht gefunden? Wieviel Kinderleichen schwimmen die andern deutschen Ströme hinunter?

Es gibt leider keine zuverlässiger Zahlen darüber, wieviel Frauen und Mädchen jährlich an der Abtreibung sterben, wieviel dauerndes schweres Siechtum davontragen, wieviel Eheleute erbärmlichen Erpressern opfern müssen, die sie mit Anzeige bedrohen. Wer besorgt denn heute das Massengeschäft der Abtreibung? Viele Eheleute selbst und weiter ein Heer von kurpfuschenden Männern und Frauen, die meist ohne irgendwelche Kenntnisse des menschlichen Körperbaues, ohne antiseptische Maßnahmen drauflosarbeiten. Bei jeder Abtreibung ist die Frau in höchster Lebensgefahr, die noch dadurch verschärft wird, daß die Beteiligten, weil sie sich der Gesetzwidrigkeit ihrer Handlung bewußt sind, leider einen Arzt überhaupt nicht oder nur in allerhöchster Not zu Hilfe ziehen.

Mütter, junge Mädchen, junge Männer, lest

Vorbeugen, nicht abtreiben

Ein Ratgeber für Eheleute und solche, die es werden wollen. Von **Luise Otto.** Mit vielen Abbildungen. **Preis 80 Pfennig.**
Versand gegen Nachnahme oder gegen Voreinsendung des Betrages.
Zu beziehen bei allen Zeitungsboten oder direkt in der
Volksbuchhandlung Gelsenkirchen,
Ringstraße 33 Telefon 25841

Zurück!
Zahnarzt Dr. Buschmann
König-Wilhelmstr. 26
Sprechstunden: 9-1 und 3-5 Uhr

WERBE-DRUCKE
werden wirkungsvoll und modern bei uns hergestellt
BUCHDRUCKEREI
VOLKS WILLE

Garantie-Mittel
gegen
Wanzen - Bett-Flöhe
Kakerlaken - Motten
Tod durch Vergasung
Mordio-Lucifer-Vertrieb:
Hennes & Witkop
Gelsenkirchen, nur Bahnhofstraße 77

Weingroßhandlung
Forster's Weinstuben
Probierstuben
Glaswaiser Ausschank
Zur Bowle:
Weißweine von 70 Pfg. an. Obst- u. Traubensekte. — Krankenweine — Spirituosen
Verlangen Sie gefl. Preisliste
Luitpoldstraße 24

Immer noch Arbeiterentlassungen

Die Westfälische Union in Nachrodt, Abteilung der Ver. Stahlwerke, sieht sich durch die rückgängige Konjunktur gezwungen, zwei Walzenstraßen stillzulegen. 250 Arbeitern mußte aus diesem Grunde gekündigt werden.

Geschäftliche Mitteilungen.

35.-261. Preußisch-Süddeutsche Klassenlotterie.

5. Klasse (Hauptziehung) 7. Ziehungstag.

In die Lotterie-Einnahmen von Gelsenkirchen und Buer fielen folgende Gewinne zu 150 RM (Einsatzgewinn):

15 797 21 469 21 503 27 452 38 033 62 564 62 721 62 765 77 784 77 792 80 019 83 111 91 246 108 525 112 568 114 256 114 394 158 641 164 066 164 201 169 596 187 569 187 574 203 838 205 636 205 711 205 805 205 813 208 197 209 357 218 116 218 117 224 616 240 276 240 674 341 912 341 914 348 175 357 424 369 864 369 884 369 897 377 304.

Die höheren Gewinne werden den Spielern sofort durch verschlossenen Brief mitgeteilt. Ersatzlose sind, soweit der Vorrat reicht, noch zu haben. Bestellungen auf neue Lose zur 1. Klasse werden schon jetzt entgegengenommen.

VERANSTALTUNGEN UND VEREINE

Von der Bauhüttenbewegung

Nachdem in diesem Jahre bereits eine größere Anzahl von in unermüdlicher Arbeit die nach dem Kriegsende an vielen Orten Deutschlands gegründeten Bauproduktivunternehmen zu einer einheitlichen kraftvollen Organisation zusammenfaßte. Am 16. September 1930 sind zehn Jahre seit der Gründung des Verbandes sozialer Baubetriebe verflossen. Die Feier dieses Tages wird am 26. Oktober 1930 durch eine künstlerische Vormittagsveranstaltung in der Berliner Volksbühne begangen werden, zu deren würdiger Ausgestaltung der Arbeiterdichter Ernst Preczang, der Komponist des Deutschen Arbeitersängerbundes, Erwin Lendvai, eine Anzahl Chöre des Arbeitersängerbundes und die besten schauspielerischen Kräfte der Volksbühne beitragen. Diese Feier bildet den Auftakt zum siebenten Deutschen Bauhüttentag, der am 27. und 28. Oktober im Plenarsaal des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates in Berlin tagen wird.

Im Juni 1930 waren in der Bauhüttenbewegung 17 269 Arbeiter und Angestellte tätig.

Eine wertvolle Teilübersicht bietet die 72 Seiten starke, durch 81 Abbildungen von Bauhüttenbauten belebte Sondernummer 14-15 der Sozialen Bauwirtschaft, in der über die Bauhüttenarbeit in Schlesien berichtet wird. Der Umsatz dieser Betriebe, die bis Ende 1929 durch den Bau von 4525 Kleinwohnungen ganz erheblich zur Linderung der schlesischen Wohnungsnot beigetragen haben, betrug im Jahre 1929 11 075 896,07 Reichsmark. Beschäftigt waren in den schlesischen Betrieben zur Zeit der besten Bautätigkeit des Jahres 1929 2720 Arbeiter und Angestellte. Der Gesamtumsatz aller Bauhütten erreichte im Jahre 1929 die stattliche Ziffer von 137 650 996,12 Reichsmark. Die uns vorliegenden Nummern 13 bis 16 der Sozialen Bauwirtschaft enthalten noch eine Fülle von Einzelheiten über die Entwicklung der Bauhüttenbewegung und über den Stand der Bau- und Wohnungswirtschaft im allgemeinen.

Ausflug nach der Isenburg bei Hattingen.

Unter Führung der Genossin Schlüter machen morgen, Mittwoch nachmittag, Frauen, die genossenschaftlich im Kon- der Isenburg bei Hattingen. Es wird um 13 Uhr mit der Straßenbahn (Haltestelle Hauptbahnhof, Gelsenkirchen) abgefahren. Fahrtkosten 1.20 RM hin und zurück. Proviant ist mitzubringen. Kaffee wird auf der Isenburg getrunken. Dafür entstehen keine Kosten. Frauen, die sich anschließen wollen, sind herzlich willkommen.

GELSENKIRCHEN-BUER

SPD., Gelsenkirchen-Buer.

Ortsgruppe Hüllen (Frauengruppe).

Der geplante Ausflug wird mit Rücksicht auf die schlechte Wirtschaftslage nicht veranstaltet. Es sei schon jetzt darauf hingewiesen, daß für den 3. September eine Frauenkundgebung geplant ist.

Frauengruppenleiterinnen, Gelsenkirchen.

Heute, 5 Uhr, im August-Bebel-Haus: Wichtige Sitzung.

KINDERFREUNDE

Kinderfreunde, Gelsenkirchen.

Singen heute nachmittag um 5 Uhr im Metallarbeiter-Heim. Helferstunde heute abend um 8 Uhr.

Gelsenkirchen.

Mahnung.

Die bis zum 16. ds. Mts. fällig gewesenen u. rückständig gebliebenen Steuern und Abgaben:

1. **Staatliche Steuer vom Grundvermögen,**
2. **Gemeindezuschlag zur Steuer vom Grundvermögen,**
3. **Hauszinssteuer,**
4. **Gewerbeertragsteuer — Vorauszahlung für Juli—September,**
5. **Lohnsummensteuer für Juli,**
6. **Hundesteuer für Juli—September**

sind innerhalb 3 Tagen bei der städtischen Steuerkasse, sowie den Hebestellen in den Stadtteilen Buer und Horst einzuzahlen, andernfalls unverzüglich das Verwaltungszwangsverfahren durchgeführt werden muß.

Gelsenkirchen, den 16. Aug. 1930.

Städtische Steuerkasse und Steuer-Hebestellen in den Stadtteilen Buer und Horst als Vollstreckungsbehörden.